



HÖHEPUNKTE
EINBLICKE
STIFTUNG
NAMEN, DATEN, FAKTEN



J A H R E S B E R I C H T 2 0 0 9
E I N B L I C K E 2 0 1 0

3 | VORWORT

4 | HERZLICHEN DANK, BERNHARD VOGEL – VIEL ERFOLG UND FORTUNE, HANS-GERT PÖTTERING!

5 | HÖHEPUNKTE

19 | EINBLICKE 2009 | 2010

- *Demokratie* 21
- *Herausforderungen* 43
- *Zukunft und Erinnerung* 59

71 | STIFTUNG

- *Wir über uns* 72
- *Stifter und Spender haben vieles bewirkt* 74
- *Internationale Zusammenarbeit* 75
- *Politik und Beratung* 82
- *Politische Bildung* 85
- *Begabtenförderung und Kultur* 88
- *Wissenschaftliche Dienste und Archiv* 92
- *Akademie in Berlin* 96
- *Die Villa La Collina in Cadenabbia* 98
- *Altstipendiaten* 98

99 | NAMEN, FAKTEN, BILANZEN

- *Bilanzen* 100
- *Vorstand* 105
- *Mitglieder* 106
- *Kuratorium* 107
- *Organigramm* 108
- *Außenstellen* 109
- *Die Konrad-Adenauer-Stiftung
in Deutschland* 112
- *Neuerscheinungen* 113
- *Zeitschriften* 116
- *Freundeskreis* 117

IMPRESSUM

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



Kontinuität und Nachhaltigkeit sind wesentliche Voraussetzungen, um langfristig politischen Erfolg zu haben. Für eine Institution wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, die entlang weit ausgezogener Themenlinien wirkt und arbeitet, gilt das ganz besonders. Die Gewichte innerhalb der Themenschwerpunkte mögen sich verschieben, wenn neue Herausforderungen eine Veränderung der Prioritäten nötig machen. Doch der „Auftrag: Demokratie“, den die Stiftung auf der Grundlage ihrer Orientierung am christlichen Menschenbild und der daraus abgeleiteten Werte verfolgt, bleibt als Kern aller Aktivitäten bestehen, unabhängig von den jeweiligen Fieberkurven des Weltgeschehens.

Dieser Jahresbericht, der den Zeitraum 2009 bilanziert und Einblicke in die Arbeit 2010 gibt, macht erneut deutlich, welch großes Aufgabenspektrum die Konrad-Adenauer-Stiftung abdeckt, um dem „Auftrag: Demokratie“ weltweit gerecht zu werden. Dabei gilt für alle Bereiche, dass unsere Hausaufgaben in Deutschland gemacht sein sollten, wenn in der internationalen Arbeit für das Grundmuster ihrer Ergebnisse und Lösungen geworben werden soll. Die Soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit verbindet, hat in der Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise international sichtlich neue Attraktivität gewonnen, auch weil der Krisenbewältigung in Deutschland ein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Vernetzte Sicherheit, um ein anderes Beispiel zu nehmen, kann nur dann eine glaubhafte Agenda für die Stiftung sein, wenn Deutschland sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auch der internationalen Verantwortung stellt. Den Rückzug ins Paradiesgärtchen lässt die globalisierte Welt jedenfalls nicht mehr zu.

Auch Personen prägen Kontinuität und Nachhaltigkeit. Natürlich ist es eine Zäsur, wenn nach vielen Jahren der Vorsitz einer politischen Stiftung wechselt. So ist es auf der Mitgliederversammlung im Dezember 2009 geschehen. Aber die Konrad-Adenauer-Stiftung kann zuversichtlich die Herausforderungen annehmen, denen sie sich gegenübersteht. Einen nicht geringen Anteil daran hat auch Anton Pfeifer, der zwanzig Jahre lang als stellvertretender Vorsitzender mit dafür gesorgt hat, dass die Stiftung auch in schwierigen Fahrwassern Kurs halten konnte. Ihm gebührt für seinen nimmermüden Einsatz ein ganz besonderer Dank. Anton Pfeifer hat nicht mehr für die Position eines der drei Stellvertreter des Vorsitzenden kandidiert, bleibt aber weiterhin Mitglied des Vorstands. An seine Stelle ist, neben die bestätigten Stellvertreter Frau Professor Beate Neuss und Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert MdB, nun Frau Professor Johanna Wanka MdL getreten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist auch im 56. Jahr ihres Bestehens so viel und so gut wie die Summe ihrer Teile. Das sind die rund 550 Mitarbeiter im In- und Ausland, zuzüglich der vielen Ortskräfte, ohne die unsere Arbeit in mehr als 100 Ländern der Welt gar nicht möglich wäre. Sie alle haben ihren Anteil daran, dass die Stiftung wiederum eine Bilanz ihrer Arbeit vorweisen kann, die für sich spricht. Dieser Jahresbericht spiegelt ihre politische Kompetenz und unsere Überzeugung wider, dass sich das weltweite Engagement für Freiheit und Demokratie lohnt.

Sankt Augustin/Berlin,
im März 2010

Hans-Gert Pöttering

Bernhard Vogel

Michael Thielen

HERZLICHEN DANK, BERNHARD VOGEL – VIEL ERFOLG UND FORTUNE, HANS-GERT PÖTTERING!

**GRUSSWORT VON BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL, VORSITZENDE
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, ANLÄSSLICH DER
AMTSÜBERGABE AM 26. JANUAR 2010**

Es ist rund zwanzig Jahre her, als ich das erste Mal direkt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berührung kam. Damals, nachdem die Mauer gefallen und das Brandenburger Tor in Berlin wieder offen war, hat die Stiftung unter ihrem Vorsitzenden Bernhard Vogel entschieden, dass fünf ihrer Mitarbeiter dabei helfen sollten, die sich in der DDR nach dem Mauerfall entwickelnden neuen Strukturen weiter zu verfestigen. Die Hilfe war damals oft ganz praktischer Natur: Es ging um Papier, um Kopiermaschinen, also um Infrastruktur, die benötigt wurde, um in einem demokratischen System wirken zu können.

Aber es wurden den engagierten Bürgern auch Grundausstattungen wie zum Beispiel kleine, teilweise mobile Bibliotheken zur Verfügung gestellt. Dann kamen Lehrgänge, Seminare, Diskussionsveranstaltungen und vieles mehr dazu. Auch zwanzig Jahre danach gebührt der Konrad-Adenauer-Stiftung, ihren vielen Mitarbeitern und natürlich ihrem Vorsitzenden Bernhard Vogel ein herzlicher Dank dafür. Denn sie haben beim Aufbau der demokratischen Strukturen in den neuen Bundesländern Großes geleistet.

Dass Thüringer Abgeordnete 1992 einen Speyerer Bürger zu ihrem Ministerpräsidenten wählten, war begründet in der großen bundespolitischen Reputation Bernhard Vogels, in seiner langjährigen Erfahrung als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und nicht zuletzt in seinem Engagement als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in den neuen Ländern. Die Thüringer wussten, dass da kein „Besser-Wessi“ kam, sondern ein Mann, der sich mit viel Sympathie, besser noch Empathie für die neuen Länder an die Arbeit machte. Es freut mich sehr, dass Bernhard Vogel als Ehrenvorsitzender ein Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung bleibt und damit auch ein Teil des Diskussionsprozesses in unserer christlich-demokratischen Familie. Wir alle sind ihm für die bisher geleistete Arbeit zu großem Dank verpflichtet.

Hans-Gert Pöttering übernimmt das Amt des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. In den kommenden Jahren werden auf ihn und auf die Stiftung neue Herausforderungen zukommen. Zwei Themen möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen. Zum einen ist dies die demografische Entwicklung. Es ist unsere Aufgabe, die damit verbundenen weitreichenden Folgen für die Sozialsysteme und für das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land zu begrenzen. Wir müssen umfassende Antworten auf die Veränderungen des Altersaufbaus finden.

Der zweite wichtige Themenbereich, den ich nennen möchte, ist der Schutz des Weltklimas. Nach der Kopenhagener UN-Klimakonferenz vom Dezember 2009 kommen auf uns im Hinblick auf die verbindliche Vereinbarung ausreichender weltweiter CO₂-Minderungsziele Anstrengungen zu. Auch wenn in Deutschland das Verantwortungsbewusstsein für das Weltklima schon ausgeprägt ist, so müssen wir – das hat Kopenhagen gezeigt – in anderen Regionen der Welt noch für die Übernahme der notwendigen Verantwortung werben. Ich bin überzeugt, dass dieses Thema eine noch wichtigere Rolle auch in der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den kommenden Jahren spielen wird.

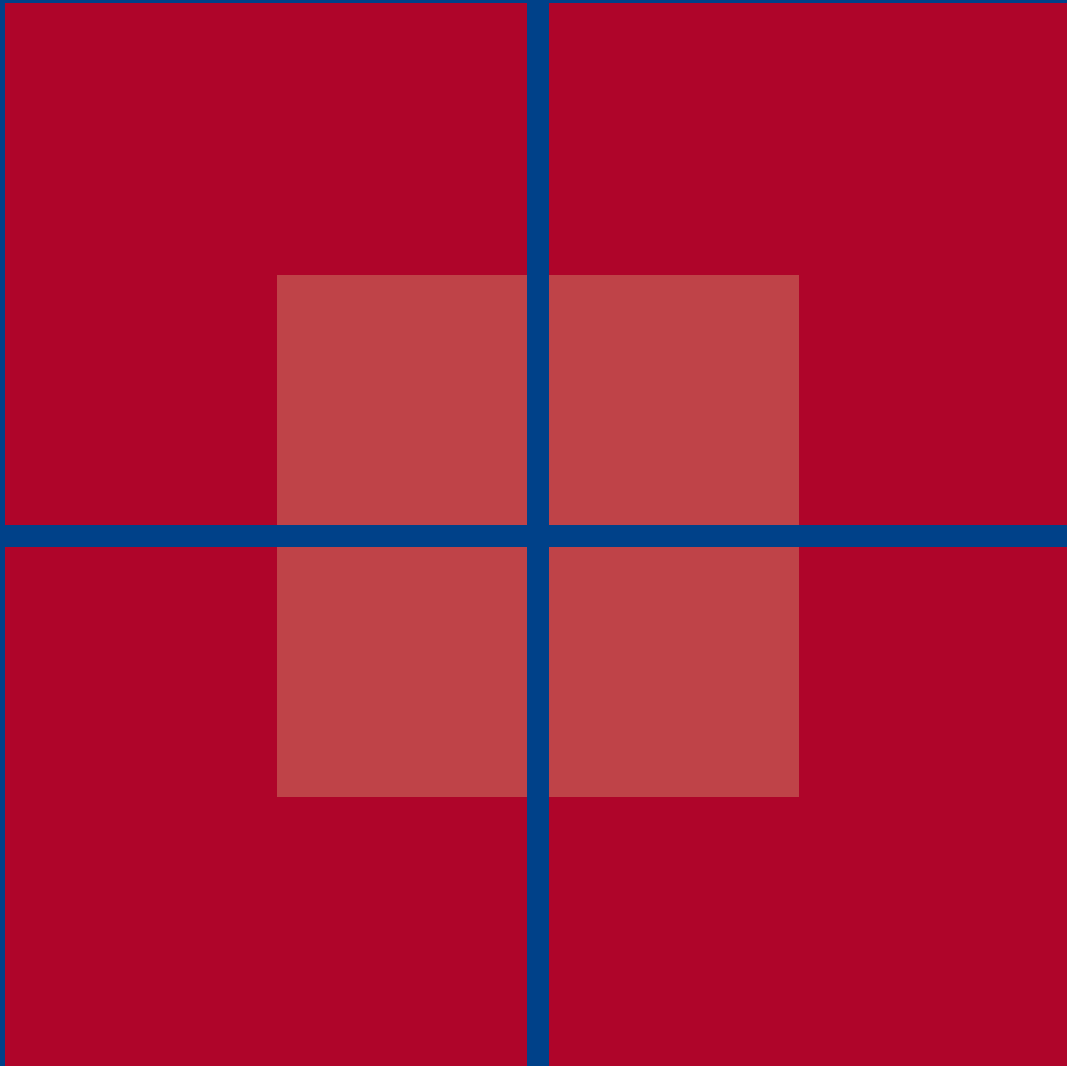
Ich habe diese beiden Themen genannt, um deutlich zu machen, warum ich über die Wahl von Hans-Gert Pöttering zum neuen Vorsitzenden der Stiftung so froh bin, die Wahl eines Mannes, der europäische und internationale Reputation mit Heimatverbundenheit und Treue zur christlich-demokratischen Bewegung verbindet. Ich wünsche ihm für sein neues Amt viel Erfolg, Schaffenskraft und die notwendige Fortune.



Professor Bernhard Vogel, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der KAS, und Professor Norbert Lammert, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung.

Die Stiftung hat damals auch ihre Arbeit in Polen, in Ungarn, in Tschechien, in der Russischen Föderation, danach in vielen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas aufgenommen und dort wichtige Beiträge zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie geleistet. Das geschah oft im Stillen, dann ist die Arbeit häufig am erfolgreichsten.

Bernhard Vogel hat diesen Weg der Konrad-Adenauer-Stiftung ganz wesentlich bestimmt. Das gute Verhältnis zu Polen und der Aufbau einer intensiven Partnerschaft waren und sind ihm besondere Anliegen.



H Ö H E P U N K T E

HERAUSRAGENDE AKTIVITÄTEN, PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN 2009 – ZU VIELE, UM ALLE HIER WÜRDIGEN ZU KÖNNEN. EINE AUSWAHL GIBT ÜBERBLICK UND EINBLICK IN DAS WEITE AUFGABENSPEKTRUM.

DIE STIFTUNG ZEICHNET AUS



MIT DREI PREISEN HONORIERT DIE STIFTUNG JEDES JAHR HERVORRAGENDE LEISTUNGEN VON MENSCHEN, DIE SICH IM SINNE DER VON DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VERTRETENEN IDEALE DURCH ORIGINALITÄT UND DIE LEIDENSCHAFT FÜR IHRE PROFESSION AUSGEZEICHNET HABEN. EIN INTERNETWETTBEWERB PRÄMIERT ALLE ZWEI JAHRE DEN EINSATZ JUNGER MENSCHEN FÜR TOLERANZ UND GEGEN JEDE FORM DES EXTREMISMUS.

DER **LITERATURPREIS**, DEN DIE STIFTUNG 1993 ZUM ERSTEN MAL AUSLOBTE, ENTWICKELTE SICH RASCH ZU EINER FESTEN GRÖSSE IM LITERARISCHEN LEBEN DEUTSCHLANDS. DIE AUSZEICHNUNG EHRT AUTOREN, DIE DER FREIHEIT DAS WORT GEBEN.

IHREN **LOKALJOURNALISTENPREIS** VERLIEH DIE STIFTUNG 2009 ZUM 29. MAL. LÄNGST ZÄHLT ER ZU DEN ANGESEHENSTEN SEINER ART IN DEUTSCHLAND. DIE MEHR ALS 400 BEWERBUNGEN BEI DER LETZTEN AUSSCHREIBUNG BEWEISEN, WIE BEGEHRT DIESER „OSCAR“ UNTER DEN ZAHLREICHEN MEDIENPREISEN IST.

MIT DEM **PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** ZEICHNET DIE STIFTUNG SEIT 2002 PERSÖNLICHKEITEN AUS, DIE SICH UM DIE STÄRKUNG UND WEITERENTWICKLUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT VERDIENT GEMACHT HABEN.

DER BUNDESWEITE WETTBEWERB **DENKT@G** PRÄMIERT SEIT 2001 INTERNETSEITEN VON JUGENDLICHEN, DIE SICH MIT DER ERINNERUNG AN SHOA UND NS-DIKTATUR, ABER AUCH MIT AKTUELLEN FRAGEN VON RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT AUSEINANDERSETZEN. WEITERE INFORMATIONEN BIETEN WIR IM INTERNET UNTER WWW.DENKTAG.DE.



DIE FREIHEIT DES ERZÄHLENS – LITERATURPREIS FÜR UWE TELLKAMP

Am 6. Dezember 2009 zeichnete die Stiftung den Autor Uwe Tellkamp im Weimarer Musikgymnasium Schloss Belvedere vor über 500 Gästen mit ihrem Literaturpreis 2009 aus. Tellkamp zählt zu den größten Hoffnungen der jüngeren deutschen Gegenwartsliteratur.

Die DDR war eine „Sandwirtschaft“, gebaut auf Gründungslegenden und Machtmythen, die sich lange in ostalgotischen Nischen gehalten haben. Uwe Tellkamps vielbeachteter Roman *Der Turm* (2008) bringt diese ideologischen Fassaden zum Einsturz und beleuchtet auf subtile Weise die bildungsbürgerlichen Winkel, die Militär- und Arbeitswelt im letzten Jahrzehnt der DDR. Der 1968 in Dresden geborene Tellkamp hat bislang drei Romane und längere Prosagedichte publiziert. Der Autor, so der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, gehöre zu der Generation, „deren entscheidende Lebensphase durch den Zusammenbruch der DDR und die Wiederausammenfügung Deutschlands geprägt wurde. Das verleiht seiner Botschaft Glaubwürdigkeit.“ Die Laudatio hielt der Berliner Theologe und Philosoph Professor Richard Schröder.

Der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung würdigt die außergewöhnliche epische und ästhetische Qualität des *Turm*-Romans. Dieser Gesellschafts-, Bildungs- und Zeitroman, der die Erzähltradition der europäischen Moderne mit einem bekannten Thema der deutschen Zeitgeschichte verbindet, ist ein bahnbrechender Beitrag zur kulturpolitischen Diskussion über das Ende der DDR. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands und sechzig Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten ist sein Buch – so heißt es in der Begründung der Jury – ein herausragendes Erinnerungszeugnis, weil es Geschichte und Fiktion auf virtuose Weise verknüpft und unser Wissen über die friedliche Revolution im Osten Deutschlands vertieft. Uwe Tellkamp hat mit *Der Turm* ein literarisches Epos geschaffen – gegen die Beschönigung der DDR-Geschichte, gegen ethische Indifferenz und für die Freiheit und Würde des Menschen.

www.kas.de/literaturpreis



KAS-LOKALJOURNALISTENPREIS FÜR DIE BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Braunschweiger Zeitung hat den Deutschen Lokaljournalistenpreis 2008 der KAS gewonnen. Die Jury honorierte damit das Konzept einer „Bürgerzeitung“ mit einer engen Bindung an die Leser, die mit verschiedenen Angeboten am Zeitungsmachen beteiligt werden. Bei der Preisverleihung am 31. August 2009 in Braunschweig gratulierte Bundespräsident Horst Köhler den Gewinnern und betonte in seinem Grußwort die Bedeutung des Lokaljournalismus.

Die Lokalzeitung schaffe als Forum der öffentlichen Debatte politische Öffentlichkeit, die „Grundvoraussetzung für Demokratie ist“, so der Bundespräsident. Nur wer gut informiert sei, sich einmischen und mitmachen kann, dem biete sich die Chance demokratischer Teilhabe. Verantwortung, Sachverstand, Sorgfalt und Fairness gepaart mit Leidenschaft, Mut und der Fähigkeit, die Leser jeden Tag aufs Neue zu begeistern – all das sind für Köhler Kennzeichen von Qualitätsjournalismus. Der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, ging in seiner Rede auf die Frage ein, wie – angesichts veränderter Lesegewohnheiten – Online und Offline optimal verbunden werden könnten. „Das Gedruckte“ dürfe niemals nur Beiwerk sein. „Beides ist wichtig“, sagte Vogel. Mit der Entwicklung neuer Ideen könne in Verbindung mit der traditionell starken Leserbindung im Lokaljournalismus der Leserschwund nicht gestoppt, aber deutlich verlangsamt werden.

Den oft beschriebenen Untergang des Printjournalismus nimmt Paul-Josef Raue, Chefredakteur der *Braunschweiger Zeitung*, gelassen – das Internet biete „keine demokratische Qualität“. Die „differenzierte Öffentlichkeit im Netz“ verglich Raue mit der Anonymität in einem Wolkenkratzer. Ganz anders die Lokalzeitung: „Hier kennt jeder jeden; wie auf einem großen Marktplatz.“

Der Deutsche Lokaljournalistenpreis erfreute sich auch im dreißigsten Jahr seines Bestehens großen Zuspruchs: Von den mehr als 400 Einsendungen kamen 28 in die Endauswahl. Der zweite Preis ging an die *Stuttgarter Zeitung* für die Reportage-Serie „Nachgeforscht“, in der Frank Buchmeier jeweils die Geschichte hinter der Geschichte schilderte.

www.kas.de/lokaljournalistenpreis



PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT 2009 FÜR EIN WELTUNTERNEHMEN MIT KULTUR

Am 11. November 2009 verlieh die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Preis Soziale Marktwirtschaft 2009 in Frankfurt am Main an das Geschwisterpaar Eva Mayr-Stihl und Hans Peter Stihl.

Erstmals in der Geschichte des Preises erhielt ein Geschwisterpaar den undotierten Ehrenpreis für seine ebenso innovative und traditionsbewusste wie nachhaltige Unternehmensführung. Der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, und Jens Odewald, Vorsitzender der Jury, überreichten Eva Mayr-Stihl und Hans Peter Stihl die Urkunde in der Frankfurter Paulskirche. Laut Begründung der Jury verbinden die beiden das unternehmerische Wohl mit der Verantwortung für die Arbeitnehmer und bleiben sich dabei – weltweit tätig – ihrer regionalen und nationalen Wurzeln bewusst. Bernhard Vogel fasste in seiner Begrüßungsrede zusammen: „Fortschrittsdrang und Tradition, Unternehmmergeist und Selbstverpflichtung, genau das zeichnet unsere diesjährigen Preisträger aus“ – Prinzipientreue im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Dass dies bei anderen Unternehmen und Branchen nicht immer der Fall war, ist spätestens in den beiden vergangenen Jahren einer breiten Öffentlichkeit bewusst geworden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt an den Rand des ökonomischen Abgrunds gebracht. Doch auch wenn „wir nicht zuletzt wegen der Umsichtigkeit der Notenbanken scheinbar aus dem Schlimmsten raus sind – es bleiben große Herausforderungen und Chancen“, sagte Professor Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank im Ruhestand, in seiner Festrede.

„Soziale Marktwirtschaft braucht Vorbilder und Autoritäten, um lebendig zu bleiben“, ergänzte Laudator Günther Oettinger, der als Ministerpräsident Baden-Württembergs ein langjähriges freundschaftliches Verhältnis zu dem Waiblinger Unternehmerpaar pflegte. Ihn faszinierte vor allem, dass sich STIHL zu einem Weltunternehmen „mit Kultur“ entwickelt habe, deren Verantwortliche und Mitarbeiter sich ihrer Wurzeln bewusst seien und sich füreinander verantwortlich fühlten.

www.kas.de/preis-soziale-marktwirtschaft



SCHÜLER AUS MESCHEDA GEWINNEN DEN DENKT@G-WETTBEWERB 2009

Unter dem Motto „Hinsehen, einmischen, mitmachen“ veranstaltet die KAS im zweijährigen Rhythmus ihren DenkT@g-Wettbewerb für junge Leute. Dieser Internetwettbewerb findet aus Anlass des offiziellen Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar statt, den Bundespräsident Roman Herzog 1996 ins Leben rief.

Auch im Jahr 2008 fand der DenkT@g unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert statt. Mehrere hundert junge Menschen beteiligten sich mit selbst entwickelten Webseiten. Themen waren wieder die Auseinandersetzung mit der Shoah und der Zeit des Nationalsozialismus, aber auch mit aktuellen Fragen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Am 23. Januar 2009 ehrte die KAS die Gewinner im Beisein des Schirmherrn und weiterer prominenter Unterstützer des Wettbewerbs. Die bekannte Thüringer Sängerin Christina Rommel und ihre Band trugen mit ihrem Auftritt zum Gelingen der Preisverleihung bei.

Den ersten Preis des DenkT@g-Wettbewerbs 2009 gewannen die Geschwister Thiemo und Lara Ewert vom Gymnasium der Stadt Meschede mit ihrem Projekt „Zukunft braucht Erinnerungen. Auf den Spuren des Petr Ginz“. Auf einer Internetseite beleuchteten sie das Schicksal des jugendlichen tschechischen Zeichners und Autors, der 1944 in Auschwitz umkam. Der Leser wird mit auf Spurensuche genommen, zum Beispiel durch Einblicke in das Tagebuch des jungen Tschechen. Von einer Reise nach Prag zu den Lebensorten des Petr Ginz haben die Gewinner eindrucksvolle Fotos mitgebracht, die sie kommentiert den Tagebucheinträgen zur Seite stellen. Die Realschule Maschstraße aus Braunschweig eroberte mit ihrem Thema „Letzter Ausweg – Exil. Das Schicksal des Rabbiners Gärtner und seiner Familie zur Zeit des Nationalsozialismus“ den zweiten Platz. Die Internationale Schule aus Brüssel belegte mit dem Beitrag „Felix Nussbaum im Exil in Brüssel – eine Spurensuche“ den dritten Platz. Erstmals war damit eine Gruppe aus dem Ausland unter den Preisträgern vertreten.

www.denktag.de

Bundeskanzlerin Angela Merkel
inmitten von Stipendiatinnen
und Stipendiaten der JONA.



DREISSIG JAHRE JOURNALISTISCHE NACHWUCHSFÖRDERUNG

EINE BEREICHERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Seit dreißig Jahren bildet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Teil ihrer Stipendiaten zu Journalisten aus. Die Journalistische Nachwuchsförderung, kurz JONA, hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Mehr als 800 Altstipendiaten arbeiten heute im Medienbereich, darunter Intendanten, Chefredakteure, Agenturinhaber und Kommunikationsleiter großer Unternehmen. Am 27. und 28. März 2009 galt es, diesen Erfolg zu feiern. Laudatorin der Jubiläumsveranstaltung in Berlin war die Bundeskanzlerin. „Durch die Arbeit der Journalistischen Nachwuchsförderung haben sich mehr Menschen den freien Medien und damit dem Lebenselixier unserer Gesellschaft gewidmet“, sagte Angela Merkel. Die JONA habe sich damit um die Vitalität der Demokratie verdient gemacht und sei eine Bereicherung für sie.

Die Kanzlerin forderte die knapp 400 Stipendiaten und Altstipendiaten im Plenum der KAS-Akademie auf, den durch die Finanzkrise notwendigen Erneuerungsprozess kritisch zu begleiten. Es gehe darum, zu bewerten, ob die Welt aus der Krise gelernt habe oder nicht. Die Kanzlerin lobte den Umgang der Medien mit der Finanzkrise. Äußerst komplexe Sachverhalte seien allgemeinverständlich erklärt und vermittelt worden. Besorgt äußerte sie sich hingegen über die abnehmende Medienkompetenz in Deutschland. Viele Menschen hätten verlernt, eine kritische Distanz zu Informationen zu wahren. Um sie hierzu zu befähigen, brauche es auch weiterhin Journalisten, die Informationen auswählen und einordnen. Blogger und Bürgerjournalismus könnten nur eine Ergänzung sein. Auch der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, erinnerte an die Rolle und Verantwortung des Journalismus in einer funktionierenden Demokratie. „Der demokratische Staat braucht informierte Bürger“, sagte Vogel. Journalisten käme als Informationsträger und Wächter eine herausragende Verantwortung zu. Michael Thielen, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, betonte, Über-

zeugung und Unabhängigkeit schlossen sich nicht aus. „Die Ausbildung in der Journalisten-Akademie ist mit der Parteinahme für eine Idee verbunden“, so Thielen. Es handle sich um eine Parteinahme für Demokratie und Pluralität, für eine Marktordnung mit menschlichem Antritt und für die europäische Idee. „Diese Überzeugung, dieser feste Standpunkt unterstützt die Unabhängigkeit eines Journalisten“, sagte der Generalsekretär. Verbunden mit einem Dank an die Verantwortlichen und Mitarbeiter der Journalisten-Akademie versprach Thielen, dass das Ausbildungsprogramm sich weiterhin auf der Höhe der Zeit bewegen werde. „Tradition ist die Weitergabe des Feuers, nicht die Anbetung der Asche“ – dieses Zitat von Gustav Mahler gab Thielen der Journalistischen Nachwuchsförderung zum Abschluss seiner Rede mit auf den weiteren Weg.

Wie dieser Weg aussehen könnte, darüber unterhielten sich im Anschluss fünf ausgebildete Journalisten bei einer Podiumsdiskussion unter der Leitung des Altstipendiaten Thorsten Alsleben vom ZDF-Hauptstadtstudio. Im Spiegelsaal von Clärchens Ballhaus blieb am Abend Raum für Networking und Meinungsaustausch zwischen alten und neuen Stipendiaten.

Möglichkeiten zum Gedankenaustausch boten sich auch am zweiten Tag der Jubiläumsveranstaltung. Andreas Thewalt von der Bild-Zeitung und der CDU-Politiker Friedbert Pflüger diskutierten über den Umgang von Politik und Medien miteinander. Über „Medien im Geschwindigkeitsrausch“ sprachen Cicero-Chefredakteur Wolfram Weimer und die Onlinejournalistin Katrin Scheib. Viele aktuelle Stipendiaten der JONA waren der Einladung gefolgt. Sie hörten aufmerksam zu und diskutierten mit. Zurzeit befinden sich 164 junge Männer und Frauen in der Ausbildung, eine Rekordzahl. Im Sommer 1979 startete die Journalistische Nachwuchsförderung mit siebzehn Studierenden.

*Alles Wissenswerte unter
www.journalisten-akademie.com*



EDITIONEN IM INTERNET – KOSTENFREIE ONLINE-STELLUNG IM TREND

Unter Leitung von Professor Hanns Jürgen Küsters (im Bild oben) diskutierten Experten wie der Spezialist für Urheberrecht von der Archivschule Marburg, Professor Rainer Polley, der Verleger Felix Droste sowie die Vertreter der Archive der politischen Stiftungen vom 8. bis 10. November 2009 in der Villa La Collina in Cadenabbia über Veränderungen, die das Internet für die Publikation wissenschaftlicher Editionen nach sich zieht. In den Beiträgen der wichtigsten Editionsgruppen der Landesarchive beziehungsweise der verschiedenen neuzeitlich orientierten wissenschaftlichen Kommissionen wurde deutlich, dass ein Königsweg zurzeit nicht existiert. Festzustellen sei aber, dass sich die kostenfreie Online-Stellung der edierten Texte wegen begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen zum wissenschaftlichen Standard entwickelt.



STABWECHSEL IM ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Günther Buchstab, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, wurde am 26. Februar 2009 in Sankt Augustin vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, in den Ruhestand verabschiedet.

Nachfolger Buchstabs ist Professor Hanns Jürgen Küsters, geboren 1952 in Krefeld. Er studierte in Bonn und Hamburg Politische Wissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Pädagogik. Nach Tätigkeiten als Bildungsreferent bei der Jungen Union, Landesverband Hamburg, und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Köln und Bonn sowie bei der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus war er von 1994 bis 2008 Leiter der Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ im Bundesarchiv.



FREIE WAHLEN ALS ERFOLG DER FRIEDLICHEN REVOLUTION IN DER DDR

Am 4. März 2009 führte die KAS anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Friedlichen Revolution in der DDR in Berlin die Tagung „Von der Diktatur zur Demokratie“ durch. Wahlfälschung gehörte zum festen Repertoire der Machtpolitik der SED, die mit angeblichen Zustimmungswerten von über 99 Prozent ihre führende Rolle bestätigt sah. Die Referenten Peter Joachim Lapp und Eckhard Jesse sowie die Zeitzeugen Ehrhart Neubert, Ulrike Poppe, Matthias Rössler, Günter Schabowski, Werner Schulz und Arnold Vaatz legten dar, dass der Nachweis von Manipulationen bei der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 durch oppositionelle Kräfte der Bürgerbewegung der Auftakt zur Friedlichen Revolution war, ein Schlüsselereignis für den Untergang der DDR. Mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 fanden zum ersten Mal freie Wahlen in der DDR statt.



WIE VIEL BILDUNG BRAUCHT DAS LAND? KAS EHRT DOROTHEE WILMS ZUM 80.

Aus Anlass des achtzigsten Geburtstags von Dorothee Wilms lud die Stiftung gemeinsam mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zu einer Festveranstaltung nach Bonn ein. Der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, betonte, dass er sich freue, die Jubilarin, die von 1992 bis 2005 dem Vorstand der Stiftung angehörte, zu ehren. Er erinnerte daran, dass sie nicht nur Bundesbildungsministerin war (1982–1987), sondern von 1987 bis 1990 auch an der Spitze des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen stand. Für die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, deren Kuratoriumsvorsitzende Wilms immer noch ist, sprachen ihr Vorsitzender, Erhard Jauck, und Konrad Adenauer, Enkel des ersten Bundeskanzlers. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, hielt einen Festvortrag über Bildungs- und Forschungspolitik.

Tafeln mit Zitaten aus dem Grundgesetz begrüßten die Besucherinnen und Besucher in der KAS-Akademie.



TAG DER KAS 2009

DANK DIR, GRUNDGESETZ!

Eine fröhliche Feier für einen außergewöhnlichen „Jubiläum“ – das war der Tag der KAS 2009, der am 12. Mai 2009 in Berlin stattfand. Im Zentrum stand das Grundgesetz, das am 23. Mai vor sechzig Jahren in Kraft trat. Die ersten Artikel der Verfassung hingen auf großen Tafeln im Eingangsbereich der KAS-Akademie. Zeitgeschichtliche Dokumente informierten die zahlreichen Besucher über die Arbeit des Parlamentarischen Rats. In einer Videobox konnten die Gäste Glückwünsche zum runden Geburtstag des Grundgesetzes aussprechen.

Eine große Mehrheit der Deutschen, nämlich 73 Prozent gleichermaßen in Ost und West, empfindet Stolz auf das Grundgesetz, wie eine zuvor von der KAS in Auftrag gegebene Umfrage ergab. Sogar über 90 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland sehen in der Bundesrepublik insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Weitaus kritischere Entwicklungen und Beobachtungen waren Thema einer spannenden Podiumsdiskussion mit Professor Hans Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Philipp Mißfelder MdB, Bundesvorsitzender der Jungen Union, Emnid-Geschäftsführer Klaus Peter Schöppner und dem Politikwissenschaftler Professor Werner Patzelt: Während die Zustimmung für die Demokratie in der Bevölkerung seit den 1950er Jahren beständig steige, sanken die Werte für die Umsetzung der Demokratie. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Mit Skepsis beobachtet Professor Patzelt zudem, wie das Grundgesetz zunehmend zum „Kult- und Sakralobjekt“ wird. Der Patriotismus für das Grundgesetz müsse aber auch mit einem patriotischen Gefühl für das Land verbunden werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte in ihrer Festrede am Nachmittag das Grundgesetz und seine Bedeutung für sechzig Jahre Demokratie. „Wir haben eine der besten Verfassungen der Welt und die beste, die Deutschland je hatte.“ Merkel kritisierte aber auch die heute oft zu beobachtende Selbstverständlichkeit

gegenüber den im Grundgesetz festgeschriebenen Werten. Damit diese erhalten bleiben, müsse man immer für sie eintreten und sich der eigenen Geschichte und Kultur bewusst sein. Relativierungen der früheren DDR und des SED-Regimes erteilte sie eine scharfe Absage. Sie erinnerte daran, dass die „DDR auf Unrecht gegründet war“, demokratische Prinzipien nicht galten und das Instrument der Lüge von der Führung für möglich erklärt wurde, um den eigenen Herrschaftsanspruch zu festigen. Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist für die Bundeskanzlerin eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Bei diesem Thema „dürfen wir uns nicht in die Tasche lügen“. Den Aufstieg für jedermann möglich zu machen sei eine Grundvoraussetzung für unseren künftigen Wohlstand. Nach ihrer Rede eröffnete Angela Merkel zusammen mit Professor Bernhard Vogel in der herrlichen Abendsonne das große Gartenfest, das den zahlreichen Gästen mit vielfältigen Informationsmöglichkeiten und Ausstellungen, mit Kabaretteinlagen von Anka Zink, mit unterhaltsamer Musik sowie dank verschiedener Sponsoren vielfältigen Speisen und Getränken einige kurzweilige Stunden bei der KAS bot. Eröffnet wurde der Tag der KAS am Vortag mit einem Schüler-Politiktag. 160 Berliner Schüler und Schülerinnen setzten sich mit dem Thema Grundgesetz auseinander. In elf unterschiedlichen Workshops drehten sie einen Kurzfilm, übten eine Theaterperformance ein, erstellten Hörfunk- und Fotoreportagen, bastelten Werbe- und Imagekampagnen und komponierten einen Grundgesetz-Song: Wo würden wir sein ohne Dich? Wer würden wir sein ohne Dich? Was würden wir sein ohne Dich? Dank Dir, Grundgesetz!

Die jungen Leute waren sich einig: Ein langer, anstrengender Tag lag hinter ihnen. Sicher war auch: Es hatte großen Spaß gemacht, und es lohnt sich, das Grundgesetz zu feiern. „Es hat eine stabile und gute Demokratie geschaffen, für die wir dankbar sein können“, brachte es der achtzehnjährige Alexander stellvertretend für seine Mitschüler auf den Punkt.



KAS-JUGENDKONGRESS: JA, ES WAR EINE REVOLUTION!

Rund 560 Schüler, Polizeischüler, Auszubildende und Studenten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Thüringen versammelten sich im Juni 2009 in Erfurt zum Jugendkongress „1989: Die Friedliche Revolution – Was bedeutet uns der Sieg der Freiheit?“.

„Das ist nie gewesen, das ist niemals wahr“, sang Stephan Krawczyk in seinem Auftaktlied. „Es ist erstaunlich, wie schnell die Erinnerungen über die DDR verblassen, ja sogar verschönert worden sind“, bemerkte er kritisch. Der DDR-Liedermacher erhielt 1985 Berufsverbot, wurde später verhaftet und ausgewiesen. In seiner Eröffnungsrede appellierte auch der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, an die Jugendlichen, zwischen Mythos und Wirklichkeit zu unterscheiden. Klar sei: „Ein Staat, der auf Menschen schießt und eine Mauer baut, um die Leute drinnen zu halten, ist ein Unrechtsstaat“.

Über die Frage „Wie revolutionär war die Friedliche Revolution 1989?“ diskutierten anschließend auf dem Podium vier prominente Ost-Deutsche: Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, Joachim Gauck sowie der frühere Olympiasieger Jens Weißflog. Alle schilderten eindrücklich ihre persönlichen Erfahrungen während der SED-Diktatur. Althaus würdigte das friedliche Aufbegehren der Menschen in der DDR 1989 und betonte: „Ja, es war eine Revolution!“

Einig war man sich, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Gauck bekräftigte: „Es geht darum, sich selber Wissen anzueignen.“ Man solle den Eltern nicht gleich glauben, wenn sie sagen „Es war ja nicht alles schlecht im Sozialismus.“ Es sei gefährlich, die DDR nur nach der individuellen Lebensgeschichte zu bewerten, so das Fazit der Podiumsdiskussion. Althaus betonte, wie wichtig es sei, dass man sich nicht nur „einen rosa-roten Ausschnitt auswählt, sondern dass man sich mit Wissen über das System wappnet und die gesamte Wirklichkeit betrachtet“.

Dazu hatten die jungen Leute in zahlreichen Workshops Gelegenheit, wo sie Fragen, die ihnen unter den Nägeln brannten, mit prominenten Politikern, Zeitzeugen und Historikern diskutieren konnten.



INDISCHE JUGENDLICHE BLICKEN OPTIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT

Indien gehört mit seinen rund 500 Millionen Kindern und Jugendlichen zu den jüngsten Ländern dieser Welt und ist zugleich der bevölkerungsreichste nach demokratischen Grundsätzen regierte Staat. Was denkt die junge Generation des Subkontinents über Politik, Religion und Familie? Um dies empirisch zu untersuchen, ließ die Konrad-Adenauer-Stiftung 2007/2008 zum ersten Mal eine repräsentative Studie über Werte und Einstellungen, Erwartungen und das politische Engagement von jungen Inderinnen und Indern durchführen. Die Ergebnisse wurden 2009 in Neu Delhi und Berlin vorgestellt.

Im internationalen Vergleich zeichnen sich demnach indische Jugendliche durch überdurchschnittliches Interesse an Politik, hohe politische Beteiligungsraten und Vertrauen in das demokratische politische System aus. Gleichzeitig sind sie bei Fragen der Familie konservativ. Sechzig Prozent der Befragten glauben, dass die Eltern die endgültige Entscheidung über den künftigen Ehepartner treffen sollten. Ein Großteil der Jugendlichen ist auf das eigene Land fokussiert und interessiert sich nur wenig für internationale Beziehungen: 35 Prozent haben von Deutschland noch nie etwas gehört.

Durchgeführt wurde die Studie von Indiens führendem sozialwissenschaftlichen Institut, dem Centre for the Study of Developing Societies. Pate stand dabei die in Deutschland etablierte Shell-Jugendstudie, deren Herausgeber, die Professoren Klaus Hurrelmann und Mathias Albert von der Universität Bielefeld, das Projekt auch wissenschaftlich beraten haben. Befragt wurden über 5.000 Inder zwischen 14 und 34 Jahren, quer durch alle Schichten und Regionen. Neben quantitativen Fragen flossen die Ergebnisse von individuellen Gesprächen und Beobachtungen ein. Besonders auffallend sind der starke Zukunftsoptimismus der indischen Jugendlichen, ihr Bildungshunger und der feste Wille, für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Diese Dynamik des Wandels wird die indische Gesellschaft verändern. So erwarten die Wissenschaftler etwa, dass das Kastensystem an Bindungskraft verlieren wird.



DEMOKRATIE-KONGRESS

EINE STARKE LOBBY FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

Auch sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind die Aufgaben für die politische Bildung vielfältig. Mit dem Ziel, diese Aufgaben sowie Lösungsansätze öffentlich sichtbar zu machen, veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. Dezember 2009 in Berlin den Demokratiekongress „erfolgreich.politisch.bilden“.

„Demokratie auf Achse“ leuchtete es den rund 450 Teilnehmern bereits bei ihrer Ankunft vor dem Hotel Inter-Continental vom Bus der Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern entgegen. Dieses Bild griff der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, in seinem Eröffnungsvortrag auf und erinnerte daran, dass Demokratie, Parlamentarismus, Parteien und Soziale Marktwirtschaft immer wieder neu erklärt, erlernt, gelebt und weiterentwickelt werden müssen. Eines der aktuellsten Themen der Politischen Bildung sprach anschließend der Hauptredner Professor Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, an: die Frage nach der Vermittlung von demokratischen Kenntnissen, Werten und Orientierung gerade an die jüngere Generation. Kernaufgabe der Politischen Bildung, so Lammert, sei es, Meinungskonkurrenz zu üben. Er beendete seinen mit langanhaltendem Applaus bedachten Vortrag mit dem Appell an Politik und Bildungssektor, sich auf die veränderte politische Kultur und das nur noch punktuelle, zeitlich befristete Interesse an konkreten politischen Fragestellungen einzustellen. Unter dem Motto „Verantwortung gemeinsam wahrnehmen“ diskutierten Vertreter aus Schule, Politik, Träger und Medien anschließend im Forum I darüber, wie der Politischen Bildung eine größere Lobby verschafft werden könne. Locker und kurzweilig wurden parallel dazu im Forum II in Impulsreferaten innovative Formen der Vermittlung politischer Bildung vorgestellt.

Abgerundet wurde die bunte Veranstaltung durch einen Markt der Möglichkeiten, auf dem zwanzig Aussteller ihr umfangreiches und vielseitiges Bildungsangebot, innovative Lernmittel, Spiele, Filme und vieles mehr präsentierten. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung zeigte das breite Spektrum ihrer politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland.

Vorrangiges Ziel der Politischen Bildung, so das Fazit im abschließenden Zukunftsforum, müsse es sein, unbequeme und junge Zielgruppen anzusprechen, mehr Aufmerksamkeit zu erlangen und mehr Methodenvielfalt zuzulassen. Am Anfang aller politischen Bildung aber stehe das Zuhören.

Ganz in diesem Sinne hat die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Demokratiekongress einen Schritt in die richtige Richtung getan. Dabei konnte sie auf eine bislang einzigartige Kooperation zwischen den Akteuren aus allen Bereichen setzen und ein „Grundrauschen“ für eine starke Lobby der Politischen Bildung schaffen. Die Anwesenden erlebten einen Kongress, der Antworten auf drängende Fragen lieferte und Mut machte. Mit frischen Ideen und Anregungen, Motivation und Energie für ihre Arbeit gingen die über 450 Teilnehmer nach Hause.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Kongress als Auftrag und Ermunterung verstanden, auch 2010 den inhaltlichen, methodischen und politischen Diskurs über die Politische Bildung zu führen.

Umfassend berichten wir in einem Internet-Portal über die Veranstaltung:

<http://www.kongress-politischebildung.de>





BERLINER RECHTSPOLITISCHE KONFERENZ: STAATEN IN DER GLOBALISIERUNG

Die vierte Rechtspolitische Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung am 23. und 24. April 2009 gehörte zu den herausragenden Ereignissen des Jahres 2009. Sie hatte den Charakter eines Symposiums und würdigte das Lebenswerk des ehemaligen Bundespräsidenten Professor Roman Herzog anlässlich seines 75. Geburtstages.

Die Konferenz stellte die Frage nach den rechtspolitischen Folgen für Staaten in einer globalisierten Welt. Themenschwerpunkte waren dabei Wirtschaft, Sicherheit, Gerechtigkeit und die Souveränität von Staaten im Prozess der Globalisierung. Dazu stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem Vortrag fest: „Was man ohne Widerspruch sagen kann, ist, dass die politischen Strukturen, in denen wir heute weltweit leben, nicht dem Grad der faktischen Vernetzung der Welt entsprechen.“ Sie regte daher eine kritische Diskussion über Strukturen und Kompetenzen der internationalen politischen Architektur an.

Auch die Konferenzbeiträge von Martti Ahtisaari, Friedensnobelpreisträger 2008 und ehemaliger finnischer Präsident, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, Rodrigo de Rato y Figaredo, ehemaliger Direktor des IWF, und vom Präsidenten der Caritas Internationalis, Oscar Andrés Kardinal Rodríguez Maradiaga, fanden ein großes öffentliches und mediales Interesse.

Seit Mitte der neunziger Jahre veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung rechtspolitische Konferenzen, zunächst in ihrem internationalen Begegnungszentrum in Cadenabbia am Comer See. Seit 2006 setzt sie diese Tradition, hochrangige Juristen aus den Bereichen Verwaltung, Rechtspflege und Wissenschaft zu aktuellen rechtspolitischen Themen ins Gespräch zu bringen, in Berlin fort. Sowohl Minister, Abgeordnete, Generalbundesanwälte, Präsidenten, Vizepräsidenten und Richter an obersten Bundesgerichten und dem Europäischen Gerichtshof wie auch herausragende Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus Legislative, Judikative und Exekutive nahmen dieses Angebot bisher an.

Das Foto oben zeigt Teilnehmer des Jahres 2009: Alexandra Freifrau von Berlichingen, Professor Roman Herzog, Angela Merkel und Professor Bernhard Vogel.



„ZWÖLF BERLINER THESEN“ FÜR DEN CHRISTLICH-JÜDISCHEN DIALOG

„Wir haben gemeinsam Licht gesucht und gefunden.“ So umschreibt der Internationale Rat der Christen und Juden (ICCJ) die wechselvolle Geschichte des christlich-jüdischen Dialogs. Mit der feierlichen Unterzeichnung des Aufrufs „Zeit zur Neu-Verpflichtung“ stellten Repräsentanten von 22 Mitgliedsgesellschaften des ICCJ von Australien bis Uruguay am 9. Juli 2009 während einer Konferenz in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung neue Weichen für das Verhältnis zwischen Christen und Juden. Die „Zwölf Berliner Thesen“, die den Namen der Stadt tragen, von der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ausgingen, rufen zur gegenseitigen Achtung und zur Akzeptanz der Unterschiede auf.

Sie aktualisieren die zehn Seelisberger Thesen, die 1947 unter dem unmittelbaren Eindruck vom Grauen des Holocausts den Antisemitismus als Sünde gegen Gott und die Menschheit verurteilten und den Antijudaismus in seiner Absurdität entlarvten. Die Thesen richten sich erstmals nicht nur an Christen, sondern auch an Juden und weiten den Blick über das christlich-jüdische Gespräch hinaus auf den Dialog mit den Muslimen.

Jenseits der theologischen Fragen rufen sie angesichts der Herausforderungen für die gesamte Menschheit zur Zusammenarbeit aller aus dem Glauben lebenden Menschen auf. Sie wollen soziale Gerechtigkeit in der globalen Gesellschaft und die interkulturelle und interreligiöse Bildung fördern, Verantwortung für die Umwelt übernehmen sowie den Dialog mit politischen und wirtschaftlichen Institutionen intensivieren.

Landesrabbiner Henry Brandt sprach von einer „Revolution“ im Verhältnis von Juden und Christen in den letzten Jahrzehnten. Das Erreichte müsse gegen die jüngsten Turbulenzen verteidigt werden. Die Forderungen konkretisierend, erklärte Bischof Heinrich Mus Singhoff, dass gemeinsame soziale Projekte deutlich machen sollten, wofür wir stehen. Die viertägige Konferenz zeigte, dass die Erinnerung an die Shoah Sensibilität dafür schafft, wie gefährdet Freiheit und Demokratie sein können, und sie gab Anregungen, wie das gegenseitige Verständnis verbessert werden kann.

Im Gespräch mit ZDF-Moderator Steffen Seibert betonten George H.W. Bush, Helmut Kohl und Michail S. Gorbatschow auch die Bedeutung der mutigen Menschen in ganz Europa, die die Friedliche Revolution möglich gemacht hatten.



ZWANZIG JAHRE MAUERFALL UND WIEDERVEREINIGUNG

DER SIEG DER FREIHEIT

Höhepunkt der KAS-Aktivitäten zu „Zwanzig Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall“ bildete am 31. Oktober 2009 eine Festveranstaltung im Berliner Friedrichstadtpalast. Unter dem Motto „Der Sieg der Freiheit“ würdigte die Stiftung den ehemaligen US-Präsidenten George H.W. Bush, den früheren Generalsekretär Michail S. Gorbatschow und Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl, die in den dramatischen Wochen und Monaten der Jahre 1989/90 in entscheidendem Maße den Lauf der Geschichte prägten. Das weitsichtige und entschlossene Handeln dieser drei Staatsmänner in jenen historischen Tagen, die die Welt veränderten, wurde vor 1.800 Teilnehmern gewürdigt. Anwesend waren außerdem 260 Journalisten und 35 Kamerateams aus aller Welt.

Hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft waren der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu diesem besonderen Ereignis in den Friedrichstadtpalast gefolgt, darunter Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundesverfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier sowie zahlreiche frühere Minister der Kabinette Helmut Kohls, aber auch ausländische Gäste wie der frühere ungarische Ministerpräsident Miklós Németh, der erste frei gewählte polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und der frühere polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski. In seiner Laudatio würdigte Bundespräsident Horst Köhler den Freiheitsdrang, den Mut und die ungeheure Leistung der Bürgerrechtler und Menschen in der DDR, in Polen, in Ungarn, in Tschechien und den anderen osteuropäischen Staaten, die mit ihrem Aufbegehren und ihren friedlichen Protesten für den fundamentalen Umbruch 1989 sorgten. Es wären dann vor allem jene drei Staatsmänner gewesen, die die Zeichen der Zeit erkannten und die dramatischen Entwicklungen in die entscheidenden Bahnen lenkten. „Ich danke Ihnen im Namen der Deutschen und – ich bin sicher – im Namen aller Völker Europas“, betonte der Bundespräsident

und fügte mit sichtlicher Freude hinzu: „Dass wir Sie alle drei heute hier haben, ist ein Zeichen der Hoffnung und Ermutigung.“

In einem Podiumsgespräch unterstrichen alle drei Staatsmänner anschließend den guten persönlichen Kontakt, der die Zusammenarbeit damals erleichtert habe. „Wenn ich George Bush schlecht gelaunt angerufen habe, ging es mir danach meistens besser. Und bei Gorbatschow hat sich die Stimmung von Mal zu Mal verbessert“, erinnerte sich Kohl. Beide seien „ein Glücksfall für Deutschland“ gewesen. Bush seinerseits betonte, er sehe in Helmut Kohl „einen der wahren großen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. Er war ein Fels in der Brandung.“

„In der Wahrheit leben – Der mutige Weg in die Freiheit“ lautete am Nachmittag des gleichen Tages der Titel einer Gesprächsrunde mit den ehemaligen Bürgerrechtlern Professor Jan Sokol (Tschechien), Jan Rulewski (Polen) und Wolfgang Templin (Deutschland), die miteinander über die Entwicklungen Ende der 1980er Jahre, die damaligen Kontakte und gegenseitigen Beeinflussungen diskutierten.

Den Abschluss des ereignisreichen und beeindruckenden Tages bildete ein hervorragendes Kammerkonzert von jungen Stipendiatinnen und Stipendiaten der KAS, die unter der Leitung von Professor Anne-Kathrin Lindig in der Akademie der Stiftung Werke von Brahms, Debussy, Schubert und Dvořák spielten.

In zahlreichen weiteren Veranstaltungen beleuchtete und würdigte die Konrad-Adenauer-Stiftung 2009 bundesweit Stationen, Entwicklungen und Zusammenhänge der Friedlichen Revolution gegen das SED-Regime, aber auch den Umbruch in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten.

In Greifswald, Dresden und Erfurt fanden Gesprächsforen statt, die sich mit der Rolle der Kirchen in der Friedlichen Revolution, mit der Literatur als Seismograph der Entwicklung in der DDR sowie der Bedeutung der Flüchtlinge und Ausreisewilligen für den Umbruch befassten.



MEHR ALS WEB 2.0 – ERFOLGREICH WÄHLER MOBILISIEREN

Unter dem Motto „Mehr als Web 2.0 – Innovationen und Trends in den USA und Europa“ lud die KAS am 21. und 22. Juni 2009 in Berlin Experten zu ihrer 7. Internationalen Konferenz für Politische Kommunikation. Ein Höhepunkt war der Auftritt von Jim Margolis, zentrale Figur im Medienteam von Barack Obama. Die nahezu perfekte Kampagne des amerikanischen Präsidenten hat neue Standards gesetzt, vor allem was die Nutzung des Internets angeht. Obama nutzte es zur Spendeneinnahme, zur ungefilterten Kommunikation und zur Organisation seiner Anhänger. Kampagnenexperten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern berichteten unter dem Eindruck der Europawahlen vom Juni 2009 über ihre Strategien und Techniken sowie neue Entwicklungen und innovative Wege zur Mobilisierung von Wählern.



DAS VERBINDET! DIE KAS-ALTSTIPENDIATEN ONLINE

Am 21. Mai 2009 ging – nach nur einem halben Jahr intensiver Planung und Vorbereitung – KASconnect, die neue soziale Netzwerkplattform der Altstipendiaten der Stiftung, online. Während eines Empfangs der Landesregierung Baden-Württemberg für die über 400 Teilnehmer der Jahrestagung der KAS-Alumni in Stuttgart drückte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, gemeinsam mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Günther H. Oettinger, und dem Sprecher der Altstipendiaten, Markus Zeitzen, den Startknopf und wünschte dem Projekt viel Erfolg. Angesichts immer beliebter werdender digitaler Netzwerke verfügen die Altstipendiaten mit KASconnect über ein zeitgemäßes Medium, das der Zusammenarbeit untereinander und mit der Stiftung neue Impulse verleiht.



AUF DEM TREPPCHEN STEHEN – DER PREIS VON REKORDEN

Am 18. November 2009 begrüßte die KAS in Düsseldorf rund 150 Teilnehmer zum ersten Sportforum NRW. Vertreter aus Politik, Sportverbänden, Sportwissenschaft und Medien sowie Sportler, Sportlehrer und Trainer verfolgten spannende Diskussionen: Die positiven Wirkungen von sportlichen Erfolgen und Rekorden sind unbestritten. Sie dienen sowohl der Integration als auch der Motivation für den Breitensport. Allerdings hat das Auf-dem-Treppchen-Stehen auch seinen Preis: Ohne eine leistungsfähige Früherkennung und gezielte Förderung von Talenten ist Spitzensport nicht möglich. Darüber hinaus brauchen Spitzensportler auch die Perspektive, dass sich die sportliche und berufliche Karriere gut vereinbaren lassen. Doppel-Olympiasiegerin Ulrike Nasse-Meyfahrt informierte über ihre persönlichen Erfahrungen.



WIDER DIE MENSCHENWÜRDE: DER HANDEL MIT DER WARE MENSCH

„Moderne Sklaverei als globales Problem und Angriff auf die Menschenwürde“ – mit einer Podiumsdiskussion am 22. April 2009 nahm sich die KAS dieses drängenden Themas an. Menschenhandel ist der am schnellsten wachsende Verbrechenszweig – und eine Gefahr für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auch in Europa. Seine Bekämpfung ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit auf dem Gebiet der Menschenrechte. Die CDU-Menschenrechtspolitikerin Erika Steinbach MdB diskutierte darüber mit Somaly Mam. Die Kambodschanerin, als Kind selbst Opfer von sexueller Ausbeutung, ist heute eine der bekanntesten Kämpferinnen gegen Frauenhandel geworden. In einem eindringlichen Appell forderte sie dazu auf, sich dem Problem nicht zu verschließen und ihm durch Aufklärung entschlossen entgegenzutreten.



EIN „MANN, DER GUTES TUT“ – DIE KAS EHRT PETER MOLT

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer mehr auf dem Prüfstand. Ein rasantes Tempo der Veränderung, eine zunehmende regionale und sektorale Vernetzung sowie die bisher eher defizitär ausfallende Bilanz internationaler Kooperation verlangen neue Ideen und Konzepte. Mit Professor Peter Molt steht der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Persönlichkeit zur Seite, die die internationale Arbeit zu Beginn der 1960er Jahre im persönlichen Auftrag von Konrad Adenauer aufbaute und sie seitdem begleitete. Die Stiftung widmete ihm daher im November 2009 in Berlin anlässlich seines 80. Geburtstags das Symposium „Entwicklungspolitik neu denken“.

„Sein ganzes Leben lang wollte er immer seinen Beitrag leisten, dass die Welt eine bessere wird“, so fasste Professor Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und langjähriger Weggefährte Peter Molts, dessen Schaffen in seiner Laudatio zusammen. Ausdrücklich dankte Vogel dem Jubilar für sein langjähriges Engagement in Ruanda. Zu Recht nenne man ihn dort den „Mann, der Gutes tut“. Über die Frage, wie eben solch „Gutes“ in die Tat umgesetzt werden könne, diskutierten Professor Theodor Hanf von der Universität Freiburg, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Arnold Vaatz und Christian Ruck, sowie der frühere Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Klemens van de Sand. Die Referenten setzten sich für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ein, mahnten aber auch an, dabei die Armutsbekämpfung nicht aus dem Auge zu verlieren.

Der Jubilar nutzte die Chance, um mit dem Irrglauben aufzuräumen, Staaten wie Maschinen behandeln zu können. „Man kann nicht einfach bei Nicht-Funktionieren an ein paar Rädchen schrauben und meinen, dann laufe der Motor wieder.“ Das Gegenteil sei der Fall: „Demokratie kann nur von innen gelingen.“ In Anspielung auf Afghanistan sagte er, dass es daher von elementarer Bedeutung sei, vor Ort für Stabilität zu sorgen. Molt trat für eine wertorientierte Entwicklungspolitik ein und forderte die Akteure auf, sich „bei allen Schwierigkeiten nicht entmutigen zu lassen“.



FÜR FRIEDEN UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG: KAS ERÖFFNET BÜRO IN ABU DHABI

Als erste deutsche politische Stiftung ist die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Juni 2009 mit einem Büro in der Golf-Region präsent. „Einen konkreten Beitrag zu Frieden, Toleranz und Völkerverständigung“ wolle die KAS in der geostrategisch immer wichtigeren Region leisten, so der stellvertretende KAS-Vorsitzende, Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert MdB, bei der feierlichen Eröffnung in Abu Dhabi.

Auf der Veranstaltung „Werte und Interessen als Herausforderungen für die Internationalen Beziehungen“, die ebenfalls im Juni am Emirates Center for Strategic Studies and Research (ECSSR) in Abu Dhabi stattfand, stellte Lammert das neue Regionalprojekt Golf-Staaten der Stiftung vor. Er betonte dabei, dass sich in den Beziehungen der internationalen Staatengemeinschaft die alleinige Orientierung an „handfesten Interessen“ als nicht ausreichend erwiesen habe, und forderte dazu auf, sich verstärkt der eigenen Werte und Orientierungen bewusst zu werden. Nur die gemeinsame Betrachtung von Werten und Interessen als zwei Seiten einer Medaille führe zu einem ausbalancierten und ausgeglicheneren Verhältnis der Staaten und unterschiedlichen Kulturen, so der Bundestagspräsident.

Das ECSSR und die KAS schlossen ein Kooperationsabkommen, das die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, der regionalen Integration, bei ordnungspolitischen Grundsatzfragen fördern und den politischen Dialog zwischen Europa und den Staaten des Golf-Kooperationsrates vertiefen soll. Anlässlich der Unterzeichnung dieses Abkommens unterstrich der stellvertretende Generalsekretär der KAS, Gerhard Wahlers, dass sich die Golf-Region nicht mehr auf Öl und Gas reduzieren lasse, sondern auch in grundsätzlichen politischen Fragen wie auch angesichts aktueller außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen eine herausragende Rolle spiele. Die zunehmende Öffnung der Staaten mit Blick hin zu guter Regierungsführung, ordnungspolitischen Diskussionen, der regionalen Integration und der Vertiefung der Beziehungen zu Europa „bietet wegweisende Ansatzpunkte für die Stiftungsarbeit in der Region“.



DIE „WASSERWERK-GESPRÄCHE“ – MARKENZEICHEN DER KAS IN BONN

Im März 2009 legte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, in seinem Vortrag „Die europäische Perspektive – Werte, Politik, Wirtschaft“ dar, welche Aufgaben und Chancen Europa angesichts der Finanzkrise, des Klimawandels und der globalen Sicherheit hat. Professor Andreas Rödder, Historiker aus Mainz, sprach im Mai aus Anlass des 60-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes und führte so in eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion ein. Teilnehmer waren unter anderen der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, der Staatsrechtler Professor Otto Depenheuer und der Politikwissenschaftler Professor Tilman Mayer. Am Tag der Deutschen Einheit ging es in einer Autorenlesung, einer Podiumsdiskussion und einer Fotoausstellung um den zwanzigsten Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR.



HOMMAGE FÜR VOLKER SCHLÖNDORFF: DIE KAS EHRT DEN GROSSEN FILMEMACHER

Ein zum Triumph in die Höhe gestreckter Arm – so als hätte er den Oscar in der Hand. Den aber hatte er schon. Am 15. Januar 2009 reckte Volker Schlöndorff die Adenauer-Büste, die er bei der feierlichen Hommage erhielt, in die Höhe. Kulturstaatsminister Bernd Neumann ehrte ihn als „einen der ganz Großen des deutschen Films“. 500 Gäste, die Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert begrüßte, feierten Schlöndorff und sein Werk, das insbesondere im Bereich der Literaturverfilmungen Maßstäbe gesetzt hat. Zu Ehren des Filmemachers las Ulrich Matthes aus Robert Musils Roman „Die Verwirrungen des Zöglings Törleß“, den der Regisseur 1966 verfilmt hatte. Bibiana Beglau trug aus Schlöndorffs Biographie „Licht, Schatten und Bewegung“ vor. Und das Merlino-Quartett spielte Leos Janacek, den Lieblingskomponisten des Regisseurs.



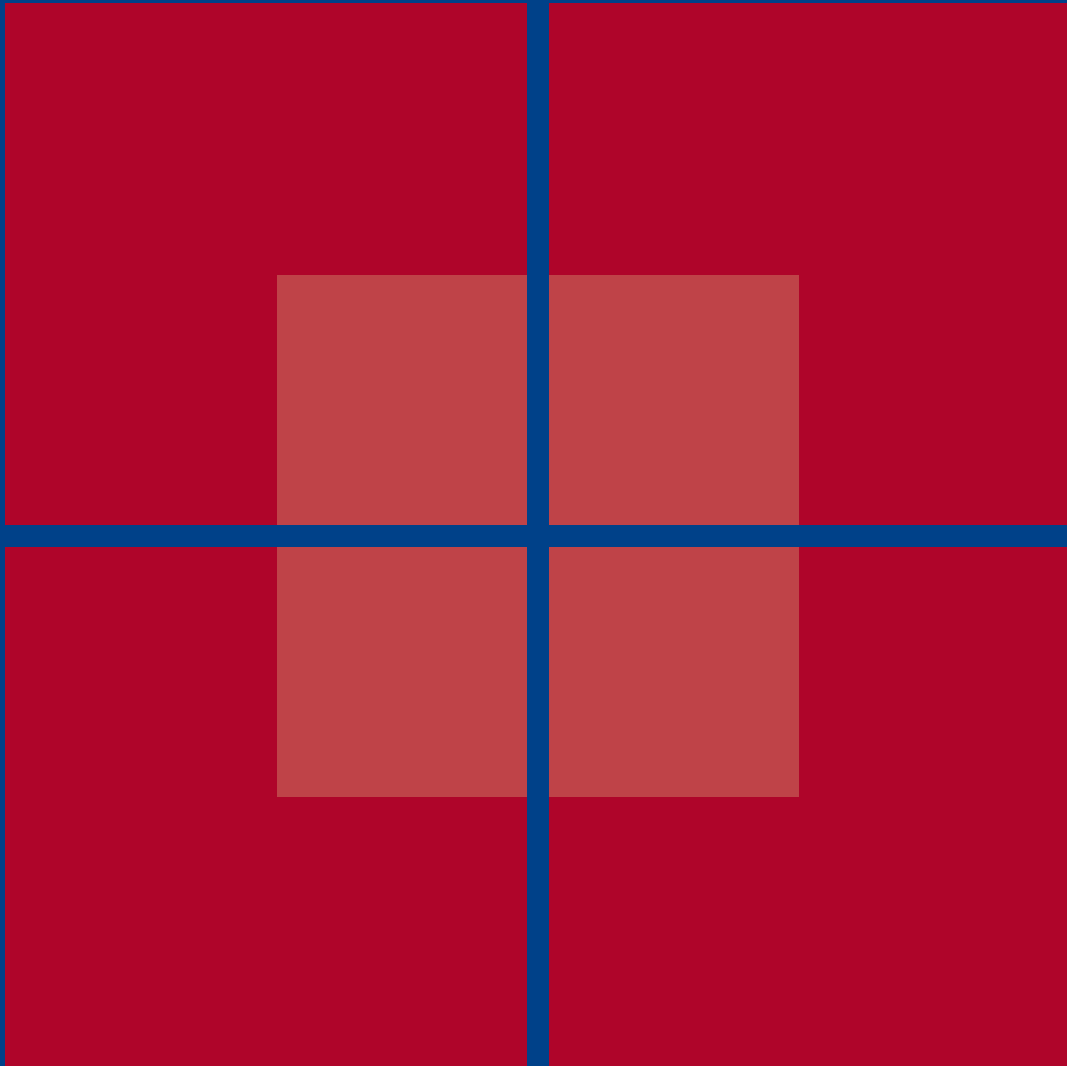
HOMERS ERBEN – GRIECHISCHER KULTURABEND BEGEISTERT BESUCHER

Fast 600 Gäste drängten sich am 25. Februar 2009, um zumindest einen Stehplatz im dicht besetzten Forum zu ergattern. Staatsministerin a.D. Hildegard Müller begrüßte mit einer Würdigung der griechischen Kulturgeschichte die Gäste aus Diplomatie, Kultur und Medien. Der Botschafter von Griechenland, S.E. Tassos Kriekoukis, bedankte sich für die erfolgreiche Kooperation und stellte in Aussicht, an diesen großartigen Erfolg anknüpfen zu wollen. Das Kulturprogramm umfasste eine Lesung des Bestsellerautors Petros Markaris, der aus seiner Biographie „Wiederholungstäter“ las, ein Konzert der berühmten Sängerin Nena Venetsanou, das das Auditorium verzauberte, sowie eine Ausstellung zeitgenössischer Kunst aus Griechenland. Bei einem Buffet mit griechischen Spezialitäten feierten die Gäste bis spät in die Nacht.



BONNER SOIRÉE: DER IDEALISMUS – EIN DEUTSCHES VERHÄNGNIS?

Der Idealismus: eine große europäische Kulturepoche, aber auch ein deutsches Verhängnis? Bei der Soirée, die die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Rheinische Merkur im Schillerjahr 2009 gemeinsam durchführten, erinnerte KAS-Vorstandsmitglied Norbert Röttgen am 29. Mai 2009 im Bonner Wasserwerk an die Irrwege des Idealismus im 20. Jahrhundert und würdigte ihn gleichzeitig als Ermutigung in Zeiten der Globalisierung. Professor Rüdiger Safranski – Autor von *Schiller oder Die Erfindung des Deutschen Idealismus* (2004) und *Romantik. Eine deutsche Affäre* (2007) – hob die Impulse des Idealismus für Bildung, Wertebewusstsein und Freiheitsverständnis hervor. Rezitationen des Schauspielerduos Leslie Malton und Felix von Manteuffel sowie das Ardendo-Streichquartett mit KAS-Stipendiatinnen rundeten das Programm ab.



E I N B L I C K E
2 0 0 9 | 2 0 1 0

IHR HERAUSRAGENDES FACHWISSEN UND IHRE
WELTWEITE POLITISCHE KOMPETENZ NUTZT DIE
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, UM AKTUELLEN
HERAUSFORDERUNGEN ADÄQUAT ZU BEGEGNEN.
DAS ZEIGEN DIE FOLGENDEN BEITRÄGE ZU
THEMEN, DIE ÜBER DEN TAG HINAUS DIE ARBEIT
DER STIFTUNG BESTIMMEN.

DEMOKRATIE


- 24 | ■ *Stühlerücken in der Mitte?*
Wie sich die Parteienlandschaft verändert
Michael Borchard
- 27 | ■ *Die Zukunft des „C“*
Eine wichtige Diskussion über das Christliche in der Politik
Bernhard Vogel
- 30 | ■ *Zwanzig Jahre danach –*
Wie die Deutschen die Einheit sehen
Viola Neu
- 33 | ■ *Vom Mauerfall zur Einheit –*
Das Jahr der Entscheidungen
Hanns Jürgen Küsters
- 36 | ■ *Ernstfall Demokratie –*
Als der Eiserne Vorhang in Europa verschwand
Thomas Kunze
- 39 | ■ *Demokratie fängt unten an –*
Neue Verantwortung für die lokale Ebene
Florian Schartau
- 41 | ■ *Die Welt zu Gast in Südafrika –*
Zwanzig Jahre nach dem Ende der Apartheid
Julia Weber

HERAUSFORDERUNGEN

- 46 | ■ *Warum Deutschland sich engagieren muss –*
Ziele und Wege vernetzter Sicherheit
Michael A. Lange
- 49 | ■ *Ein Vogel mit zwei Flügeln –*
Vernetzte Sicherheit am Beispiel Afghanistan
Babak Khalatbari
- 50 | ■ *Rettungsanker Soziale Marktwirtschaft –*
Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise
David Gregosz/Susanna Vogt
- 53 | ■ *Soziale Marktwirtschaft:*
Wissen digital bündeln
- 54 | ■ *Neue Wege:*
Zum Stellenwert von Methodik und Didaktik in der Politischen Bildung
Annette Wilbert
- 56 | ■ *Kind und Studium erfolgreich meistern –*
Elternnetzwerk der Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung
Elvira Giebel-Felten/Christine Henry-Huthmacher
- 57 | ■ *Umweltsicherung ist Zukunftssicherung:*
Vom Naturschutz in Amazonien bis zur umweltpolitischen Parteienberatung
Anja Czymmeck / Nino Galetti

ZUKUNFT UND ERINNERUNGEN

- 62 | ■ *Im Netz der Parteien?*
Internet und politische Kultur
Ralf Guldenzopf
- 65 | ■ *Vom Archivregal zum Datenspeicher*
Michael Hansmann/Wolfgang Tischner
- 67 | ■ *Literatur als Seismograph –*
KAS-Literaturpreisträger machen Geschichten aus der Geschichte
Michael Braun
- 69 | ■ *„Man trotzt der Angst bis tief in die Seele“*
Herta Müller erhielt den Literaturnobelpreis
Günther Rüter



DIE STABILITÄT EINER DEMOKRATIE ENTSCHIEDET SICH IN DER POLITISCHEN MITTE. SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS IST VIEL IN BEWEGUNG GERATEN, AUCH INTERNATIONAL. ALTE GEWISSHEITEN SCHEINEN NICHT MEHR ZU GELTEN. DABEI BRAUCHEN VIELE NUR EINE NEUE BEGRÜNDUNG.

STÜHLERÜCKEN IN DER MITTE?

WIE SICH DIE PARTEIENLANDSCHAFT VERÄNDERT

DR. MICHAEL BORCHARD

*Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Wenn die Grabgesänge auf die Volksparteien so etwas wie der „Number-One-Hit“ im Diskurs um die Zukunft unseres politischen Systems sind, dann bildet der Vorwurf, die Parteien seien im erbitterten Kampf um die Mitte kaum noch unterscheidbar, die Grundmelodie dieses „Chartstürmers“. Beginnt tatsächlich das große „Stühlerücken“ in der Mitte? Haben sich die beiden großen Volksparteien wirklich über die Jahrzehnte weitestgehend entideologisiert und angeglichen?

Auf den ersten Blick scheint der Abgesang auf das „alte Parteiensystem“ – wenn es das so jemals gegeben hat – nicht unbegründet zu sein: Die gegenseitige Abschottung und Polarisierung der Parteien nimmt in den Augen der Wähler – so die Parteienforschung – ab, und das Parteiensystem scheint sich gleichzeitig zu fragmentieren. Das „Superwahljahr“ 2009 mit seinen sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl hat tatsächlich ein durchgängiges Muster hervorgebracht: In jedem der neu gewählten Landesparlamente sind mindestens fünf Parteien vertreten, in einem gar sechs. Neue Koalitionsoptionen tauchen auf: Aus den Landtagswahlen seit 1990 sind insgesamt mehr als zehn verschiedene Regierungsmuster hervorgegangen. „Dreiparteienkoalitionen“, seit der Wiedervereinigung als Gefahr für die Stabilität des politischen Systems gesehen, ließen neunzehn Jahre auf sich warten. Die „erdruhschartigen Verluste“ für die eine oder die andere Partei, vor etwas mehr als einem Jahrzehnt die absolute Ausnahme, sind gewissermaßen zur Normalität geworden. So musste die SPD in Hessen ein Minus von 13 Prozent hinnehmen. Die CDU verzeichnete im Saarland ebenfalls 13 und in Thüringen 11,8 Prozent Verluste.

Die „Jamaika-Koalition“, eine seit langem in der Theorie heiß diskutierte und karikierte Option, ist im Saarland zum ersten Mal Realität geworden: Nach den Wahlen vom 30. August 2009 bildeten CDU, FDP und Grüne eine schwarz-gelb-grüne Landesregierung.

Und doch tragen die Ergebnisse des Wahljahres eher zur Relativierung als zur Bestätigung einfacher Erklärungsmuster bei. Die vielleicht wichtigste Botschaft ist, dass die These von der „strukturellen linken Mehrheit“ offenbar nicht ohne weiteres zutrifft. Die häufig mit dem Stigma der „neoliberalen Kälte“ belegten Parteien Union und FDP haben mit dem Bekenntnis zu einer gemeinsamen Koalition jedenfalls nicht den erwarteten Schrecken ausgelöst. Im Gegenteil: Wenn es eine dominierende Konstellation des Wahljahres 2009 gibt, dann ist es unter dem Strich ganz klar das christdemokratisch-liberale Modell. Wenn aber daraus folgt, dass sich die Gesellschaft nicht kollektiv nach links bewegt, stimmt dann überhaupt das Bild von der „Reise nach Jerusalem“, bei der die Stühle in der politischen Mitte immer knapper werden?

Gerade im Blick auf die Ergebnisse des Superwahljahres hat das „Schwadronieren“ über die umkämpfte Mitte und die Klage über die Verwechselbarkeit der Volksparteien immer auch den Hauch einer „politischen Todsünde“ an sich: die Wählerbeschimpfung. Als ob die Menschen, die an die Urne gehen, nicht so recht wüssten, was sie dort tun sollen, und sich dann sozusagen entschlossen unentschlossen und uninformiert in letzter Minute für das eine oder das andere Übel entscheiden! Das widerspricht der Realität.

Wähler handeln – wie das Jahr 2009 eindrucksvoll bewiesen hat – außerordentlich rational, ja in großem Maße strategisch, reflektiert und zielstrebig. Zwei Ziele waren – wie auch die demoskopischen Untersuchungen vor dem Wahltag deutlich gezeigt haben – für sie bei der Bundestagswahl dominant: Eine Neuauflage der Großen Koalition war nicht gewünscht, die Bundeskanzlerin sollte an der Spitze einer anderen politischen Konstellation, der christlich-liberalen Koalition, stehen. Das bislang ungekannte Ausmaß des „Stimmensplittings“ zwischen CDU-Erststimme und FDP-Zweitstimme hat der Union ein Erststimmenergebnis von 39,4 Prozent beschert und damit ihr Stimmempotenzial aufgezeigt. Entscheidend war dabei eine Kompetenz, die so gar nicht in das Bild vom „Linksruck“ der Union und vom „Balgen um die Mitte“ passt, sondern eher dem klassischen Kernbestand der Unionsprogrammatik zuzurechnen ist: die Wirtschaftskompetenz. Bei der Befragung von Fokusgruppen durch die Konrad-Adenauer-Stiftung ist deutlich geworden, dass der Union in den Augen der Wähler als einziger Partei diese Kompetenz zugesprochen wurde.

Kurz vor der Wahl nannten 34 Prozent die Union als die Partei, die über die überzeugendsten Wirtschaftskonzepte verfüge. Nur noch 15 Prozent gaben hier die SPD an. Die Wahlen im Saarland und in Thüringen, bei denen die CDU hohe Verluste verkräften musste, widersprechen diesem Befund nicht. Hier war den Analysen zufolge nicht die Sachkompetenz entscheidend, sondern eher die wachsende Unzufriedenheit mit den Landesregierungen bzw. Ministerpräsidenten und ein gewisser „Abnutzungseffekt“, der sich nach jeweils zehn Jahren Regierungszeit mit absoluter Mehrheit eingestellt hatte. In beiden Ländern war die Einschätzung der CDU-Wirtschaftskompetenz dennoch unverändert hoch, aber im Gegensatz zur Bundestagswahl nicht der ausschlaggebende Grund für die Wahlentscheidung. Wenn denn Union und SPD tatsächlich einander so ähnlich sein sollen, wie erklären sich dann deutlich unterschiedliche Kompetenzzusammenfassungen auf wesentlichen Politikfeldern?

Auch hinsichtlich der SPD ist der Hinweis auf die umkämpfte Mitte nicht wirklich zutreffend: Grundtenor der parteiinternen Analysen nach der Bundestagswahl war, dass der explizite Weg in die Mitte eigentlich für die Partei ins Abseits geführt habe. 69 Prozent gaben gegenüber Infratest an, längst nicht mehr zu wissen, was die Partei nach der Wahl vorhabe. 67 Prozent sagten in der gleichen Befragung, dass die Partei mit Hartz IV und der Rente mit 67 sozialdemokratische Prinzipien aufgegeben habe. Eine Unzufriedenheit, die keinesfalls nur mit den parteipolitischen Enttäuschungen der Großen Koalition auf der Seite der SPD-Anhänger zusammenhängt, sondern bereits früher begonnen hat. Seit 1998 hat es die deutsche Sozialdemokratie nicht vermocht, ihre reformpolitischen Impulse, die ja nicht zuletzt das unterstützenswerte Ziel verfolgten, die Sozialsysteme den neuen sozialen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen, in eine „sozialdemokratische Erzählung“ einzubetten. Ein Band, das alle Gruppierungen der Partei umschließt, kam nicht zustande. Wofür die Sozialdemokratie steht, ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht klar geworden. Hinzu kam die nicht zu unterschätzende Wirkung der „Causa Ypsilanti“, die nachhaltigen Schaden an der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie angerichtet und Vertrauen erschüttert hat. Letztlich hat die SPD – zwischen den Polen des eigenen Spektrums oszillierend – in der gesellschaftlichen Mitte und auf der linken Seite verloren. Die Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl, weg von der SPD hin zu Union, vor allem aber zu Grünen und Linkspartei, spiegelt dies deutlich wider. Sie haben ein Ausmaß angenommen, das den Status der SPD als Volkspartei gefährdet. Besonders stark hat sie bei den Jungen unter dreißig, vor allem aber bei den Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen, also bei ihrer Kernklientel, verloren. Die Union hingegen hat die These von der letzten Volkspartei bestätigt: Keine deutsche Partei ist in allen Bevölkerungs-, Alters- und Berufsgruppen so relativ gleichmäßig vertreten.



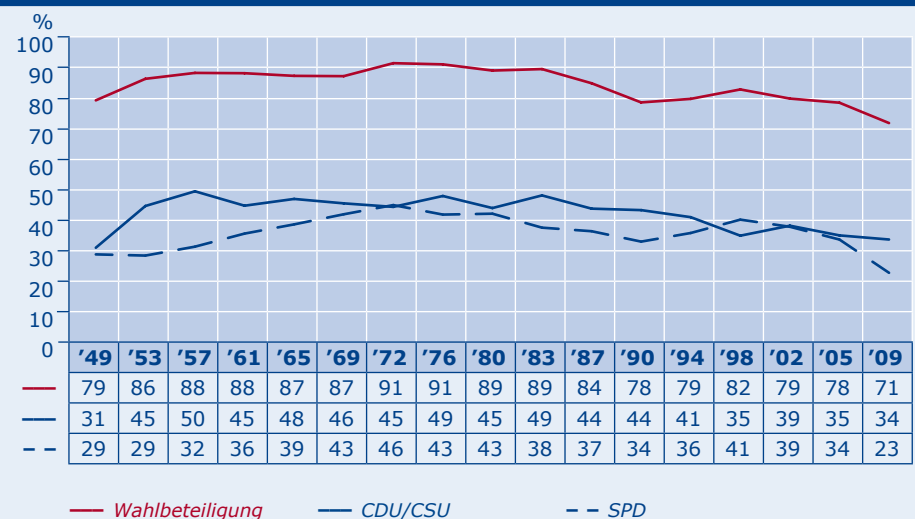
Bei der Bundestagswahl vom September 2009 errang die Union ein Ergebnis nahe an der magischen Vierzig-Prozent-Marke. Entscheidend dafür war ihre Wirtschaftskompetenz, wie eine Umfrage der KAS ergab.

Für die Union ist diese Tatsache und die schwierige Entwicklung bei der SPD freilich weder Grund zur Hämme noch zur Selbstzufriedenheit. Vielmehr drängen sich auch für sie Lehren aus diesem Exempel auf. Eine Erneuerung der alten Kraft der Volksparteien

ergibt sich nicht, indem man auf eine wie auch immer geartete Veränderung der Gesellschaft, vielleicht sogar auf eine Rückkehr traditioneller Einstellungen und Bindungen hofft. Es sind die Volksparteien selbst, die sich ändern und ihre Erneuerungs- und Überzeugungskraft neu gewinnen müssen. Der „Wanderweg in die Zukunft“ bedeutet für die Union, dass man die Erfolge bei der Erschließung neuer Wählergruppen – beispielsweise die bemerkenswerten Ergebnisse bei den jungen Frauen – verstetigen muss, dass er aber gleichwohl mit dem „Traditionsgepäck“ im Tornister beschriftet werden sollte.

Das betrifft nicht nur die politischen Inhalte, sondern auch den politischen Stil. „Die Botschaft könnte lauten: Die Lage ist ernst. Aber wir können und werden die Krise meistern. Das wird aber nur gemeinsam gelingen. Die Regierung muss ihren Teil dazu beitragen, die Bürger aber auch“ (Warnfried Dettling). Es ist die christliche Demokratie, die mit ihrem klaren Bezug auf das christliche Menschenbild diese Vision einer „neuen Fairness“ zwischen Bürger und Staat, Politik und Gesellschaft so authentisch verkörpern kann, wie kaum eine andere politische Gruppierung.

WAHLBETEILIGUNG UND STIMMENANTEILE BEI BUNDESTAGSWAHLEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Zu den Stärken der Union gehört, die christlichen Wurzeln der CDU nicht nur ernst zu nehmen, sondern auch den Dialog mit den Kirchen über die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu intensivieren und zu vertiefen. Dazu gehört der Wille, den Volkspartei Charakter zu leben, was heißt, eine offene und engagierte Diskussion über grundlegende politische Ideen in der Partei so zu führen, dass das einigende Band zwischen den einzelnen Gruppierungen gestärkt wird. Die Aufforderung der Journalistin Mariam Lau an die Union, „spirituelle Landschaftspflege“ zu betreiben, weist in die richtige Richtung: Kernbegriffe des christdemokratischen Vokabulars wie „liberal“, „christlich-sozial“ und „konservativ“, Werte wie „Freiheit“ und „Verantwortung“ müssen lebensnah immer wieder neu gefüllt und interpretiert werden.

In den 1970er Jahren wie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat es die Union geschafft, gesellschaftliche Kernfragen mit zeitgemäßen Konzepten zu beantworten, ohne ihr Profil zu verlieren. Es spricht nichts dagegen, dass sie auch in Zukunft solche Akzente setzen kann und damit die Idee der Volkspartei lebendig hält. Dafür braucht sie freilich breite Unterstützung und wissenschaftliche Begleitung. Die politischen Stiftungen, die qua Satzungszweck die Parteien, sozusagen als „Transmissionsriemen“, bei der in unserer Verfassung geforderten „Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes“ unterstützen und Grundlagen ihres politischen Wirkens erarbeiten sollen, können hier einen wichtigen Dienst leisten.

DIE ZUKUNFT DES „C“

EINE WICHTIGE DISKUSSION ÜBER DAS CHRISTLICHE IN DER POLITIK

PROFESSOR DR.
BERNHARD VOGEL

*Ministerpräsident a.D.,
bis Ende 2009 Vorsitzender,
seit 2010 Ehrenvorsitzender
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Wie Reinhard Marx, dem Erzbischof von München, macht es auch mir Freude, dass gegenwärtig allenthalben über das „C“ in der Programmatik von CDU und CSU diskutiert wird. Von Sympathisanten und Kritikern, von Kirchenmännern und Kirchenfrauen, von Philosophen, Politologen und Soziologen, von Politikern und Journalisten, von Wählern und Nichtwählern. Auf Tagungen, insbesondere auf Klausurtagungen, auf Symposien und Konferenzen, in Mitgliederversammlungen, auf Jahresempfängen und in den Feuilletons der Zeitungen und ihren Leserbriefspalten.

Etwas Besseres kann uns eigentlich nicht passieren, mehr Aufmerksamkeit können wir uns nicht wünschen. Das Christliche, die christlichen Werte sind offensichtlich nicht uninteressant geworden. Man hat sie nicht in der Vergangenheit abgelegt. Sie fordern heraus und provozieren.

Zu Recht schreibt Marx in einem Beitrag in der FAZ (25. Januar 2010): „Eine ‚Musealisierung‘ des Christentums ist überflüssig. Es geht darum, sich dieses ‚C‘ neu zu vergewissern.“ Aber wie macht man das? Wohl am besten, indem man sich vor Augen führt, warum Christen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die CDU und in Bayern die CSU gegründet haben. Sicher, die Männer und Frauen, die nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands überall, oft ohne voneinander zu wissen, eine gänzlich neue Partei gründeten, wünschten sich eine Union der Landschaften, eine Union aller sozialen Schichten und eine Union der Wählerschaft aus beiden christlichen Kirchen. Aber sie wollten mehr. Sie wollten die „zweite Chance“ (Fritz Stern), wenn sie den Deutschen gegeben sein sollte, nutzen und den Staat und seine Verfassung in bewusster Abkehr von der Irrlehre des Nationalsozialismus und ihrer menschenverachtenden Ideologie am christlichen Menschenbild ausrichten. Für ganz Deutschland, wenn das nicht möglich sein sollte, wenigstens zunächst für den freien Westen. Das schworen sich die Männer und Frauen des Widerstandes schon vor dem Ende der Diktatur. Die Idee der Union ist, so hat es Eugen Gerstenmaier formuliert, in den Gefängniszellen von Plötzensee geboren worden.

*Die Orientierung am
christlichen Menschenbild
und das Bekenntnis zum
Christentum bilden auch
sechzig Jahre nach Gründung
der Unionen die ethische
Grundlage ihrer Politik.*

Die Gründer der Union haben sehr bewusst die christlich-sozialen, die wertkonservativen und die liberalen Traditionen der deutschen Parteiengeschichte zusammengeführt. Eine ökumenische Partei aus evangelischen und katholischen Christen entstand, lange bevor in den Kirchen die ökumenische Bewegung sich Bahn brach. Die Politik ist vorausgegangen, die Kirchen sind – Gott sei Dank – nachgefolgt.

Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik standen Pate, und sie wurden zum Fundament der neuen Partei, der Union, die zum Ausdruck dessen das „C“ in ihren Namen aufnahm. Von Anfang an als Verpflichtung und als Bekenntnis, als Stachel im eigenen Fleisch und nicht als Anspruch. Als Verpflichtung, sich am christlichen Menschenbild zu orientieren und messen zu lassen, und als Bekenntnis zum

Christentum als eine der Voraussetzungen der abendländischen Demokratie. Dieses Fundament hat getragen über mehr als sechzig Jahre. Die Unionen haben ungeahnte Erfolge (1957 die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate im Bundestag) und bittere Niederlagen (seit 2005 nur noch 35 Prozent und weniger) begleitet. Das Fundament steht auch heute nicht ernsthaft in Frage, und es darf auch nicht in Frage gestellt werden.

Alle drei Grundsatzprogramme der CDU bekennen sich dazu. Das erste, das – erstaunlich spät – 1978 in Ludwigshafen beschlossen worden ist, das Berliner Programm von 1994 und das Grundsatzprogramm, das 2007 in Hannover verabschiedet wurde.

Das Programm von Hannover ist nicht geschrieben worden, weil wir neue Grundsätze brauchten. Wir haben es verabschiedet, weil wir neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben hatten, die sich uns 1978 oder auch 1994 so noch nicht stellten. Wir müssen – um den Osnabrücker Bischof Bode zu zitieren – auch „den Erdbeben der Zukunft Stand halten“ können.

Bei der Überarbeitung des ersten Kapitels – „Wir christliche Demokraten“ – unseres Grundsatzprogramms sind wir 2007 behutsam und sensibel vorgegangen. Einige Änderungen haben wir gleichwohl ganz bewusst vorgenommen. Wir haben uns selbstverständlich, wie in den früheren Programmen, zum christlichen Menschenbild als der ethischen Grundlage für verantwortungsvolle Politik bekannt (I, 1, 1) und erneut betont, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Aber wir haben ausdrücklich unterstrichen, dass die Union „für jeden offen ist, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht“ (I, 1, 2). Darauf gründet unser gemeinsames Handeln von Christen, Andersgläubigen und Nichtgläubenden in der CDU.

Von diesem Fundament „leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Sie erfordern, begrenzen und ergänzen einander und sind gleichberechtigt. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten ist unsere Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung.“ (I, 10)

Das ist die verbindliche Grundlage der CDU. Sie bindet alle, die ihr als Mitglieder angehören, für sie bei Wahlen kandidieren, in ihrem Namen Politik gestalten. Wer sie wählt, soll sich darauf verlassen können. Die CDU ist gut beraten, sich Gedanken über ihre Wahlergebnisse in den letzten zehn Jahren, genauer seit 1998, zu machen. So sehr man versucht ist, auf das desaströse Abschneiden der SPD zu verweisen, so sehr sich Unionswähler darüber freuen dürften, dass Angela Merkel für weitere vier Jahre zur Kanzlerin gewählt ist und dass unser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, nicht die Große Koalition fortsetzen zu müssen, sondern in bewährter und erfolgreicher Weise mit der FDP eine Regierung gebildet zu haben, so notwendig ist eigene Nachdenklichkeit. Warum sinkt die Wahlbeteiligung vor allem bei Landtags- und Kommunalwahlen in geradezu erschreckendem Maße? Warum geht die Zahl der Parteimitglieder wieder zurück? Dass sie bei der SPD rascher zurückgeht als bei der Union, darf ein nur schwacher Trost sein. Und was ist gegen diese Entwicklung zu tun?

*Gemeinsam handeln:
Die CDU ist offen für jeden,
„der Würde, Freiheit und
Gleichheit aller Menschen
anerkennt und die
hieraus folgenden Grund-
überzeugungen unserer
Politik bejaht“
(Grundsatzprogramm 2007).*

Papst Johannes XXIII. hat einmal gesagt, ein Christ sei ein Mensch, dem die Wirklichkeit so schmeckt, wie sie tatsächlich ist. Diesem Rat sollten wir folgen. Die Wirklichkeit hat sich verändert. Wer heute am Sonntag nur höchst selten in die Kirche geht, darf nicht erwarten, dass seine Mitbürger heute so wählen, wie ihre Großeltern vor fünfzig Jahren gewählt haben. Wer sich – zu Recht – über die friedliche Revolution in Ostdeutschland freut, sollte sich nicht darüber wundern, dass viele alte Seilschaften noch da sind und von ihrem Wahlrecht, das sie früher ihren Kritikern nicht zugestanden haben, jetzt selbstverständlich Gebrauch machen.



Zur neuen Wirklichkeit gehört, dass wir alle, dass die Wählerschaft selbständiger und unabhängiger geworden ist. Tradition und Gewohnheit haben an Bedeutung verloren, Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreudigkeit haben zugenommen. Sollte man das beklagen? Ich meine nein! Aber es müssen Konsequenzen aus dieser neuen Wirklichkeit gezogen werden. Alle Parteien, vor allem aber die Union, sollten erkennen, dass es heute mehr denn je darauf ankommt, Profil zu zeigen. Eine Ansammlung von wählerfreundlichen Aussagen in den Wahlprogrammen reicht nicht. Es genügt nicht, sich an Umfragen und populären Meinungen zu orientieren. Parteien müssen in der Tat nahe bei den Menschen sein, sie müssen wissen, was der Mann/die Frau auf der Straße denkt. Aber sie haben nach wie vor auch die Aufgabe zu führen. Parteien müssen für als richtig erkannte Ziele um Mehrheiten kämpfen. Auch wenn diese Ziele zunächst unpopulär sein mögen.

Parteien müssen Profil zeigen und die Wähler von der Richtigkeit ihrer Ziele überzeugen. Für die Union gilt es, ihren christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Wurzeln treu zu bleiben. Dann hat die Idee einer starken Volkspartei in der Mitte Zukunft.

Konrad Adenauer hatte den Mut, schon 1953 für die Wiederbewaffnung einzutreten. Helmut Kohl setzte nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 durch, was sein Vorgänger Helmut Schmidt als notwendig erkannt hatte, womit er aber in seiner Partei gescheitert war, den NATO-Nachrüstungsbeschluss. Beiden gelang es, die widerstrebende Wählerschaft von der Richtigkeit ihrer Entscheidung zu überzeugen und die nachfolgenden Wahlen mit großem Erfolg zu gewinnen.

Parteien dürfen nicht nur Wählerwünsche bündeln, sie müssen auch Ziele vorgeben. Für die Union heißt das, nicht nur dafür zu werben, dass fortschrittliche, liberale, konservative Protestanten und Katholiken sie wählen. Und wenn sie ermittelt, dass konservative Wähler ihr fernbleiben, nicht ein paar Gramm mehr konservative Parolen hinzuzufügen, sondern durchgängig deutlich zu machen, dass sie an ihren drei Wurzeln, die ihr Profil ausmachen, festhalten wird und dass der Baum nur wachsen und gedeihen kann, wenn er aus allen drei Wurzeln Wasser zieht. Nicht heute etwas mehr liberal, ein anderes Mal mehr konservativ, sondern auch für die Zukunft: christlich-sozial, liberal und wertkonservativ. Nur so lässt sich die Idee der Union auch für die Zukunft buchstabieren. Nur so hat die Idee einer starken Volkspartei der Mitte Zukunft.



Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Auftrag eindeutig. Sie dient einer großen Idee. Der Idee des christlichen Menschenbildes. Der Botschaft, dass der Mensch von Gott geschaffen ist, dass seine Würde unantastbar ist und dass wir vor Gott und unseren Mitmenschen verantwortlich sind. Es ist der Auftrag der Stiftung, diese Idee zukunftsfähig zu machen und sie immer wieder zeitgerecht neu auszusagen. In Deutschland und zusammen mit unseren Freunden in Europa und in der Welt.

Die geistigen Grundlagen unseres Namensgebers sind unser Programm. Es ist aktueller denn je, es ist notwendiger denn je. Die aktuelle Diskussion beweist es einmal mehr. Gerade zunehmende Säkularisierung und Individualisierung, zunehmende Unübersichtlichkeit verlangen nach neuer Sinnggebung. Unserem Programm in allen Feldern unserer vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, bleibt unsere Verpflichtung.

ZWANZIG JAHRE DANACH – WIE DIE DEUTSCHEN DIE EINHEIT SEHEN

DR. VIOLA NEU

*Koordinatorin Wahl-
und Parteienforschung,
Hauptabteilung Politik
und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nachgegangen, wie die Deutschen heute die Wiedervereinigung bewerten. Zum Fall der Mauer und zur deutschen Wiedervereinigung haben viele ihren Beitrag geleistet: von den Bürgerrechtlern in der DDR, der Volksbewegung bis zu Politikern. Oft engagierten sie sich unabhängig voneinander und zum Teil auch mit unterschiedlichen politischen Zielen und Erwartungen. Seitdem hat sich vieles verändert. Wie werden die letzten zwanzig Jahre heute gesehen? Wie wird der Stand der Wiedervereinigung im Osten wie auch im Westen bewertet? Hierzu hat die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 21. bis 25. September 2009 mit dimap 1.307 telefonische Interviews durchgeführt, davon 603 in den neuen, 704 in den alten Ländern.

Unabhängig davon, welche Frage man dazu stellt, verteilen sich die Antworten immer nach einem ähnlichen Schema. Die Anhänger der Linken in Ost- und Westdeutschland zeigen sich generell weniger positiv bzw. eher kritisch bis ablehnend. Bei den Anhängern von Union und SPD finden sich die höchsten Zustimmungswerte. Jüngere Befragte, vor allem die Altersgruppen, die den Fall der Mauer nicht mehr aus persönlichem Erleben kennen, äußern sich hingegen reservierter. Offenbar kann bereits zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer nicht mehr automatisch davon ausgegangen werden, dass dieses historische Ereignis auf Wissen und vertiefte Kenntnisse gründet. Vor allem die Ursachen für den Fall der Mauer und die Rolle der verschiedenen Akteure ist in den jüngeren Altersgruppen weniger gegenwärtig. Die positivste Haltung findet sich bei älteren Befragten. Diese Gruppe hat sowohl die deutsche Teilung als auch die Wiedervereinigung erlebt. Hier ist auch das emotionale Empfinden stärker ausgeprägt.

Insgesamt zeigen die Antworten dennoch nur kleine Differenzen zwischen den alten und neuen Ländern. Auch die Unterschiede in den sozialen Gruppen sind verhältnismäßig gering.

Von den jüngeren Befragten wird der Verlauf der Wiedervereinigung seit dem Fall der Mauer positiv bewertet. Dies gilt bei der Frage nach der Erfüllung von Freiheit und Demokratie, aber auch hinsichtlich der materiellen Verbesserung der Situation in den neuen Ländern. Die jüngeren Befragten bewerten die Angleichung der Lebensverhältnisse deutlich positiver als die älteren Jahrgänge. Somit ist in dieser Altersgruppe zwar eine gewisse Unkenntnis über die Ursachen des Mauerfalls vorhanden, was eine geringere emotionale Verankerung der Ereignisse zur Folge hat, doch schätzt sie die



Die Berliner Mauer – heute ein großes, buntes Denkmal wie hier an der East Side Gallery. In den Köpfen der Menschen ist sie mittlerweile klein, wie eine Umfrage der KAS ergab.

DER FALL DER MAUER

gute Entscheidung/gutes Ereignis

Region		Parteipräferenz					Insge- samt
West	Ost	CDU/ CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
91	92	92	92	94	99	90	91

Entwicklung seit der Wiedervereinigung in allen Bereichen positiver ein als die mittleren und älteren Jahrgänge. Daraus lässt sich ableiten, dass die deutsche Einheit mittlerweile etwas Selbstverständliches geworden ist und Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern vor allem von den älteren Jahrgängen betont werden.

An der Richtigkeit des Falls der Mauer zweifelt fast niemand. 91 Prozent sagen, dass das ein gutes Ereignis gewesen sei. Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern sind hier nicht vorhanden. In dieser Frage besteht in allen Gruppen, sogar bei den unterschiedlichen Parteianhängern, großer Konsens.

Hohe Zustimmung findet auch heute noch die historische Entscheidung, die Wiedervereinigung auf der Basis des Grundgesetzes durchgeführt zu haben. Dem stimmen 87 Prozent der Deutschen zu. 85 Prozent der Deutschen bewerten es aus heutiger Sicht als richtig, dass auch in der Zeit der deutschen Teilung am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten wurde. Für die Mehrheit der Deutschen ist die friedliche Überwindung der SED-Diktatur ein Grund, stolz zu sein. 79 Prozent stimmen der Aussage zu: „Die Deutschen können stolz auf die friedliche Überwindung der SED-Herrschaft sein“.

DIE WIEDERVEREINIGUNG AUF DER BASIS DES GRUNDGESETZES

gute Entscheidung/gutes Ereignis

Region		Parteipräferenz					Insgesamt
West	Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
89	80	93	88	89	89	75	87

DAS FESTHALTEN AM ZIEL DER WIEDERVEREINIGUNG ZUR ZEIT DER DEUTSCHEN TEILUNG

gute Entscheidung/gutes Ereignis

Region		Parteipräferenz					Insgesamt
West	Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
86	82	90	90	85	96	78	85

DIE DEUTSCHEN KÖNNEN STOLZ AUF DIE FRIEDLICHE ÜBERWINDUNG DER SED-HERRSCHAFT SEIN

stimme voll und ganz zu/stimme eher zu

Alter					Region	
18 – 24	25 – 34	35 – 54	55 – 64	65+	West	Ost
77	77	78	83	79	79	78

Parteipräferenz						
CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Keine Angabe	Insgesamt
84	83	81	84	73	75	79

Die wesentliche Ursache für den Fall der Mauer sehen die Deutschen in dem Bedürfnis nach Freiheit. 80 Prozent stimmen der Aussage zu: „Der Freiheitsdrang der Bürger war so groß, dass er von der SED nicht mehr unterdrückt werden konnte.“ In dieser Frage überwiegt die Übereinstimmung bei den Befragten.

Auch das Mitwirken der Bürgerbewegung am Sturz des SED-Regimes wird aus heutiger Sicht ungebrochen positiv bewertet. 74 Prozent sagen „Die Bürgerbewegung hat einen wesentlichen Anteil an der Überwindung der DDR-Diktatur“.



Viele Faktoren und Akteure haben zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung beigetragen. Zwanzig Jahre später bewerten fast alle Deutschen die Einheit als sehr positiv.

Doch nicht nur das Engagement der Bürger und der Bürgerbewegung wird für das Ende der DDR verantwortlich gemacht. Auch DDR-spezifische Gründe werden deutlich wahrgenommen. So sagen 74 Prozent: *„Der wirtschaftliche Niedergang der DDR hat wesentlich zum Ende der SED-Diktatur beigetragen.“*

Aber auch die Rolle der Staatsmänner bei der Wiedervereinigung wird von den Deutschen anerkannt. So sagen 73 Prozent: *„Entscheidend für das Gelingen der Wiedervereinigung war, dass Politiker wie Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, George Bush senior und Michail Gorbatschow entschlossen und mutig gehandelt haben.“*

Die Wiedervereinigung ist auch nach zwanzig Jahren für viele Deutsche ein emotional herausragendes Ereignis, an dessen grundsätzlicher Richtigkeit keine Zweifel bestehen. Dabei ist den Deutschen bewusst, dass viele Faktoren für den Fall der Mauer zusammenkommen mussten: die Aktivitäten der Bürgerbewegung, die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, das entschlossene Handeln der Staatsmänner, aber eben auch DDR-spezifische Gründe wie der wirtschaftliche Niedergang. Auch längerfristige Grundentscheidungen der Bundesrepublik werden aus heutiger Perspektive positiv bewertet.

Die Mauer in den Köpfen ist nach zwanzig Jahren Mauerfall klein. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sind nur in einigen Einstellungen sichtbar, nämlich wenn es sich um konkrete Bewertungen der Situation in den neuen Ländern seit der Vereinigung handelt. Lediglich bei den Anhängern der Linken ist eine größere Reserviertheit in fast allen abgefragten Bereichen erkennbar. Doch auch bei ihnen überwiegen positive Beurteilungen. Wer aufgrund seines Alters kaum oder keine Erinnerungen an den Fall der Mauer hat, sieht die Entwicklung nach dem Mauerfall insgesamt optimistischer als die älteren Befragten. Dafür ist bei diesen das emotionale Empfinden und Erinnern stärker ausgeprägt als bei den Jüngeren.

„MY GERMANY“

Seit 2008 stellen Botschafter in der Akademie „ihr Deutschland“ vor. Dabei entwerfen sie ein facettenreiches Bild von Geschichte und Gegenwart, von Kunst, Kultur und Politik der Bundesrepublik Deutschland. Hier einige prägnante Aussagen:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands war die Krönung einer der größten Erfolgsgeschichten der modernen Diplomatie.“
William R. Timken Jr. (USA)

Mit 20.000 Arbeitsplätzen ist BMW (Sir Michael Arthur: „Britische Motorenwerke“) einer der größten Arbeitgeber auf der Insel. Fazit der engen deutsch-britischen Zusammenarbeit: „Long may that last.“
Sir Michael Arthur (Großbritannien)

„Heute ist die deutsch-französische Freundschaft für alle selbstverständlich. Das verdanken wir in erster Linie zwei großen Männern mit einem sehr ausgeprägten politischen Willen: Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Diese beiden Staatsmänner verkörpern das, was die deutsch-französische Aussöhnung ausmacht.“
Bernard de Montferrand (Frankreich)

„In keinem anderen Land könnten sich so viele Ausländer einen festen Platz im öffentlichen Leben erobern.“
Peter P. van Wulfften Palthe (Niederlande)

„Deutschland und Spanien teilen gemeinsame demokratische und freiheitliche Werte und sind durch eine soziale und ethische Nähe verbunden.“

„Spanien hat eine positive Einstellung gegenüber Deutschland.“
Rafael Dezcallar de Mazarredo (Spanien)

„Wir haben mit keinem anderen Land so enge Verbindungen wie zu Deutschland, nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch menschliche.“
Christian Blickenstorfer (Schweiz)

„Polen ist für Deutschland ein wichtiger, weil schwieriger Partner.“

„Missverständnisse“ in den Beziehungen resultierten häufig aus der „Ungleichzeitigkeit der politischen Debatten“ in beiden Ländern.
Marek Prawda (Polen)

DEUTSCHLANDBILDER

VOM MAUERFALL ZUR EINHEIT – DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN

PROFESSOR DR.
HANNS JÜRGEN KÜSTERS

*Leiter Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 ist in seinem Ereignisablauf ein glücklicher Zufall und zu diesem Zeitpunkt von niemandem erwartet worden. Alle Regierungen trifft die Entwicklung unvorbereitet. Im Mittelpunkt steht allseits das Bestreben, alles unter Kontrolle zu halten. Eine wesentliche Voraussetzung für den friedlichen und unblutigen Verlauf des Zusammenbruchs der DDR ist der Verzicht der sowjetischen Führung auf den Einsatz militärischer Mittel. Dem folgt von Seiten des Westens der Verzicht, die Schwäche der Sowjetunion einseitig auszunutzen.

In dieser Krisensituation und für das Zustandekommen der Wiedervereinigung spielt die persönliche Diplomatie der Staats- und Regierungschefs und ihre Steuerung des Entscheidungsprozesses die entscheidende Rolle. In engen Kontakten und Telefonaten betreiben Helmut Kohl, George Bush, Michail Gorbatschow und François Mitterrand, aber auch die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, James Baker, Eduard Schewardnadse, Douglas Hurd und Roland Dumas ein intensives Krisenmanagement. Sie verhindern das Entstehen einer explosiven Lage, legen Konflikte bei, begrenzen Verstimmungen und handeln Kompromisse aus.

Der Wiedervereinigungsprozess vollzieht sich mit größerer Dynamik, als alle Beteiligten erwarten. In der zweiten Januarhälfte 1990 stellen die Regierungen in Bonn, Washington und Moskau die Weichen in Richtung Wiedervereinigung. Verschiedene Gründe sind dafür ausschlaggebend.

Die Entwicklung in der DDR ist von der Unfähigkeit und dem zunehmenden Machtverfall der Regierung Hans Modrow gekennzeichnet. Sie wird inzwischen von den Bürgern nicht mehr als Macht im Staate akzeptiert. Die Stasi ist nach dem Sturm auf die Normannenstraße desavouiert. Die desolante ökonomische Lage der DDR treibt die Zahl der Übersiedler in die Bundesrepublik weiter in die Höhe. Die DDR steht unmittelbar vor dem Bankrott und benötigt dringend die Finanzhilfe der Bundesrepublik. Der Wille der Bürger, möglichst sofort in den Genuss der Freiheitsrechte und des Lebensstandards der Bundesrepublik zu gelangen, zwingt die Bundesregierung, ein neues Konzept vorzulegen.

Bundeskanzler Kohl entschließt sich zum Strategiewechsel, indem er drei Grundsatzentscheidungen trifft. Er strebt die Wiedervereinigung in Form einer bundesstaatlichen Lösung so schnell wie möglich an. Zudem will er mit dem Vorschlag einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR die innerstaatliche Wiedervereinigung vorantreiben. Darüber hinaus gelingt es dem Kanzler, mit der Wahl der parteipolitischen Bündnispartner in der DDR und der Zusammenführung der Allianz für Deutschland eine Wahlkampfplattform für die Volkskammerwahlen zu schaffen und über die Parteigremien Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung in der DDR zu erlangen. Gleichzeitig lehnt die Bundesregierung umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfen für die Regierung Modrow ab, bis am 18. März 1990 in freien Wahlen die Volkskammer



Die Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990 war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung.

gewählt und eine demokratische Regierung unter Leitung von Lothar de Maizière im Amt ist. Schließlich entscheidet sich die Bundesregierung, den verfassungsrechtlich vorgezeichneten Weg des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu gehen.

Ebenfalls im Januar 1990 gibt auch die Regierung Bush ihre Strategie der Schritt-für-Schritt-Politik auf und drängt auf die schnelle Wiedervereinigung. In Washington beruht die veränderte Taktik auf der Überlegung, Deutschland nicht vor die Wahl „Einheit oder Allianz“ zu stellen. Hauptsorge ist, dass diese Frage überhaupt aufgeworfen wird – und erst recht nicht die Frage: „Einheit oder Allianz mit der Sowjetunion“.

Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt jedoch bei Gorbatschow. Für seine Entscheidung Ende Januar 1990, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, spielen die erhebliche finanzpolitische Zwangslage und massive Versorgungsschwierigkeiten der Sowjetunion ebenso eine Rolle wie die Erkenntnis, dass die Entwicklung in Deutschland nicht mehr aufzuhalten ist. Die Massendemonstrationen der Bürger in der DDR setzen auch Moskau unter Handlungsdruck.

Die Bundesregierung hat Anfang Februar klare Vorstellungen über Ziele, Taktik und Methoden der Wiedervereinigung. Sie strebt die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands durch Ablösung sämtlicher Viermächterechte an. Einvernehmen besteht mit der Regierung Bush über die Trennung der inneren und äußeren Aspekte der Wiedervereinigung, verbunden mit einem schnellen Verhandlungstempo. Die Entscheidung, im Zwei-plus-Vier-Rahmen nur über die Ablösung der Viermächterechte zu verhandeln und die Verhandlungen über die innere Wiedervereinigung den Deutschen zu überlassen, schafft die Ausgangsbasis, die Sowjetunion unter den Vier Mächten zu isolieren. Voraussetzung ist ein zügiger Abschluss der Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Wahlsieg der Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen Mitte März 1990 wird als Erfolg des Bundeskanzlers gewertet. Damit sind letzte Zweifel an dem Willen der Deutschen zur Einheit ausgeräumt. Das Konzept der Bundesregierung geht auf. Der Abschluss des Staatsvertrages über die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Mitte Mai 1990 garantiert der DDR umfangreiche Hilfen. Die Einführung der D-Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 ist der erste Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Die Regierungskoalition nutzt diesen Erfolg und strebt nunmehr gesamtdeutsche Wahlen zum Zeitpunkt der fälligen Bundestagswahl Ende 1990 an. Sie geht davon aus, dass ihr die bis dahin erreichte Wiedervereinigung den Wahlsieg beschert.



Plakat zur Volkskammerwahl, die am 18. März 1990 stattfand.

Hat die Bundesregierung die Länder bisher aus den Verhandlungen mit der DDR weitgehend heraushalten können, so gelingt das bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag nicht mehr. Mit dem Sieg Gerhard Schröders bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Mai 1990 verlieren die CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat die Stimmenmehrheit. Außerdem benötigt die Bundesregierung für den zweiten Staatsvertrag, der die Einigung besiegeln soll und ohne Änderungen des Grundgesetzes nicht zu bewerkstelligen ist, die Stimmen der SPD für eine Zweidrittelmehrheit. Somit ist die Regierung Kohl gezwungen, sich mit den Sozialdemokraten zu arrangieren. Der Schachzug des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, die Verhandlungen über den Einigungsvertrag so weit vorzubereiten, dass alle notwendigen Prüfungen für einen Beitritt erfolgt sind, bevor die eigentlichen Verhandlungen beginnen, führt zum Erfolg. Es soll nur noch darüber gesprochen werden, was die beitrittswillige DDR-Regierung als verhandlungsnotwendig erachtet. Weitreichende Veränderungen an dem politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik sind nicht erforderlich. Mit dem Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes bestätigt die Bundesregierung ihre seit vierzig Jahren vertretene Kernstaatstheorie.

Im Juni 1990 werden die Stimmen in der DDR nach sofortigem Beitritt immer lauter. Die Koalitionskrise der Regierung de Maizière Anfang August sowie die notwendigen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern bestimmen die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Während die Bundesregierung nur das Notwendigste an der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik ändern will, sieht die Opposition ihre Chance, eine Revision des Grundgesetzes zu verlangen. Zentraler Konflikt sind die Kosten der Einheit, über deren Finanzierung Bund und Länder von Beginn an streiten. Während der Bund sich mit der Beteiligung der Länder an dem Mitte Mai 1990 vereinbarten Fonds Deutsche Einheit nicht zufriedengeben will, erkennt die DDR-Regierung zunächst nicht den Vorteil, an dem Länderfinanzausgleich beteiligt zu werden. Der Einbeziehung der in der DDR neu entstehenden Länder in dieses Ausgleichssystem stimmen die Länder der Bundesrepublik nur nach einer Übergangszeit zu. Zugleich setzen sie eine neue Stimmengewichtung im Bundesrat durch, wodurch das politische Gewicht der bevölkerungsstarken und finanzkräftigeren Länder gewahrt bleibt.

Am 23. August 1990 stimmt die Volkskammer völlig überraschend dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu und setzt den 3. Oktober als offizielles Beitrittsdatum fest, nachdem de Maizières Drängen auf vorgezogene gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober gescheitert war. Am 31. August wird der Einigungsvertrag unterzeichnet. Zwei Wochen später, am 12. September, findet in Moskau die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages statt, nachdem sich Kohl und Gorbatschow bei ihrem Treffen im Kaukasus Mitte Juli über die Modalitäten verständigt haben.

Doch warum wird der 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit? Die Ergebnisse des Zwei-plus-Vier-Vertrages sollen den Außenministern der KSZE-Mitgliedstaaten formell bekannt gegeben werden. Diese treffen jedoch erst nach der Eröffnung der UNO-Vollversammlung am 1. Oktober, also am 2. Oktober, in New York zusammen. Folglich ergibt sich der 3. Oktober als erster Tag des wiedervereinten Deutschland, zu dem die Vier Mächte ihre Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland als Ganzes aufgeben, die sie am 5. Juni 1945 proklamiert hatten. Völkerrechtlich souverän wird die Bundesrepublik Deutschland nach Ratifikation und mit Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages (eigentlich „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“) am 15. März 1991.

Am 12. September 1990 unterzeichnen die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Damit erhält Deutschland nach rund 45 Jahren seine volle Souveränität zurück.



Die Wiedervereinigung stellte keine historische Unausweichlichkeit dar, wie Margaret Thatcher stets behauptet. Natürlich wären andere Entwicklungen und Optionen möglich gewesen. Nach einer vorübergehenden Phase des Zögerns sind politischer Instinkt, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungskraft des Bundeskanzlers und auch einige glückliche Umstände ausschlaggebend gewesen, dass die deutsche Einheit schneller wiederhergestellt worden ist, als viele sich das nach vier Jahrzehnten Teilung noch haben vorstellen können. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist in einem enormen Kraftakt zustande gekommen, auf den die Deutschen stolz sein können.



Das Ringen um die deutsche Einheit

Der Autor zeichnet den Weg, der am 3. Oktober 1990 zur inneren und äußeren Einheit Deutschlands führt, aus den Akten des Bundeskanzleramtes nach. Er gibt kenntnisreich und detailliert Einblick in eine Phase deutscher Politik, in der „eine Vielzahl von Problemen, für die es keine Antwortmuster gab, plötzlich gelöst werden musste“, so Wolfgang Schäuble in seinem Geleitwort zu diesem Buch.

Das Ringen um die deutsche Einheit.

Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1998/90

Hanns Jürgen Küsters, Freiburg 2009, 512 Seiten, 18 EUR

ISBN 978-3-451-30253-4



ERNSTFALL DEMOKRATIE – ALS DER EISERNE VORHANG IN EUROPA VERSCHWAND

DR. THOMAS KUNZE

*Leiter Europa/
Nordamerika-Abteilung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

9. November 1989, Ost-Berlin: Um 21 Uhr erhält Honecker-Nachfolger Egon Krenz einen Anruf des noch amtierenden Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke: Günter Schabowski habe irgendetwas auf einer Pressekonferenz gesagt. Viele Menschen würden sich in Richtung Grenze bewegen. „Wenn wir nicht sofort entscheiden, was zu tun ist, verlieren wir die Kontrolle“, beschwört er den neuen SED-Generalsekretär. Aber die SED-Führung hat bereits die Kontrolle verloren. Grenzzoffiziere entscheiden im Angesicht der sich versammelnden und herandrängenden Menschenmassen zum Teil eigenverantwortlich, die Tore zu öffnen. Kurze Zeit später feiern Zehntausende DDR-Bürger gemeinsam mit den Westberlinern auf dem Kurfürstendamm und am Brandenburger Tor. „Ein Traum ist in Erfüllung gegangen“, titelt am nächsten Tag eine Sonderausgabe der *Berliner Morgenpost* und spricht damit Millionen Deutschen aus dem Herzen.

*Ein Traum wird wahr:
Am 9. November 1989
öffnet die DDR ihre
Grenzen. Die Vorge-
schichte dazu fand auch
in Osteuropa statt.*

Dieser Traum hat eine Vorgeschichte. Ohne den Mut der Polen und der Ungarn und ohne historische Persönlichkeiten wie Michail Gorbatschow, George Bush senior, Helmut Kohl und Papst Johannes Paul II. wäre die Geschichte anders verlaufen.

Im Juni 1987 hatte Papst Johannes Paul II. seinem Heimatland Polen einen Besuch abgestattet. In Danzig hielt er vor einer dreiviertel Million Gläubigen die außergewöhnlichste Messe seines Pontifikats. Angesichts eines unübersehbaren Meeres von Fahnen der noch verbotenen oppositionellen Gewerkschaft Solidarnosc legte er die vorbereitete Predigt zur Seite und rief seinen Landsleuten zu: „Ich bete jeden Tag für Sie in Rom, ich bete für mein Heimatland und für Euch Arbeiter ... Kein Kampf ist wirkungsvoller als jener der Solidarnosc“. Die beeindruckenden Bilder Hunderttausender weinender und applaudierender Menschen gingen um die Welt.

Polen wurde im August 1989 das erste Land des Ostblocks, das keinen kommunistischen Regierungschef mehr hatte. Die Sowjetunion hatte wenige Monate zuvor durch den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu erkennen gegeben, dass sie nicht mehr zum Schutz der kommunistischen Regime intervenieren würde. Mit der Aufgabe der Schutzfunktion hatte Gorbatschow das Ende des sozialistischen Weltsystems eingeläutet.

Nun entwickelten sich die Ereignisse mit einer ungeheuren Schnelligkeit: Im Juni 1989 wurde in Budapest der 1958 hingerichtete ehemalige Ministerpräsident Imre Nagy feierlich umgebettet. Das Begräbnis stellte zugleich eine Rehabilitierung der Revolutionsopfer von 1956 dar. Das ungarische Fernsehen übertrug das Ereignis live. Um zwölf Uhr ertönten in ganz Ungarn die Glocken. Das Land hielt eine Schweigeminute ab. Auf dem Budapester Heldenplatz sangen eine viertel Million Menschen ihre Nationalhymne. Die Trauerreden gerieten zur Abrechnung mit dem Kommunismus. Als US-Präsident George Bush wenige Wochen später Ungarn besuchte, ließ der ihm bereitere Empfang das Ende des Kommunismus erahnen. Im strömenden Regen warteten mehrere Zehntausend

Menschen vor dem ungarischen Parlamentsgebäude auf die Ankunft des amerikanischen Präsidenten. Ein unbeschreiblicher Jubel brach aus, als die Wagenkolonne von George Bush und seiner Frau Barbara eintraf.

Bereits zwei Monate früher, am 30. Mai 1989, hatte der US-Präsident seinem sowjetischen Amtskollegen in der wohl wichtigsten Rede seiner Amtszeit das Angebot zur Beendigung des Kalten Krieges und der Teilung Europas gemacht. Im Austausch dafür übernahm er die Verpflichtung, die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu respektieren und bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammenzuarbeiten. Die Rede hatte für die osteuropäischen Staaten Signalwirkung. Man spürte förmlich, dass mit ihr Weltgeschichte geschrieben wurde. Am 10. September 1989 öffnete Ungarn schließlich als erstes Land des Ostblocks den Eisernen Vorhang.

Die Ereignisse des Herbstes 1989 lösten jeweils Domino-Effekte aus: die Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen, der Rücktritt Erich Honeckers, der Fall der Berliner Mauer und – einen Tag nach dem Mauerfall – der Rücktritt des bulgarischen KP-Chefs Todor Schiwkow und die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei.

Das physische Ende des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu wurde schließlich – weltweit in die Wohnstuben übertragen – zum Sinnbild für das Ende des Kommunismus in Europa. Als Ceaușescu am 22. Dezember 1989 vom Balkon des Gebäudes des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Bukarest aus das Wort ergriff, um vor einer organisierten Menschenmasse zu sprechen und die Aufstände in rumänischen Städten zu verurteilen, gegen die er zuvor Militär und Geheimdienst blutig hatte vorgehen lassen, mischten sich in den organisierten Applaus, den er sonst bei seinen Reden zu hören gewohnt war, zunächst leise, dann immer lauter und intensiver werdende Buhrufe und Pfiffe. Konsterniert und zutiefst verunsichert unterbrach Ceaușescu seine Rede. Die Kameras schwenkten für einige Minuten auf die Nachbargebäude, es war nur noch zu hören, wie Ceaușescu sagte: „Das ist eine Provokation.“

Er klopfte immer wieder an das Mikrofon und stotterte: „Hallo, hallo, hallo! Genossen! Verhalten Sie sich ruhig!“ Im Hintergrund rief seine Frau: „Ruhe! Ruhe! Ruhe!“. Einstudierte Sprechchöre „Ceaușescu-Romania!“ verschafften ihm nach einigen Minuten noch einmal die Chance zu sprechen. Die Kameraobjektive richteten sich wieder auf ihn. Ad hoc versprach er eine Erhöhung der Mindestlöhne, des Kindergeldes und der Renten. Doch die Unruhe der Massen nahm zu. Die Fernsehübertragung wurde abgebrochen. Die Fernsehzuschauer sahen als letztes Bild das von ungläubiger Verblüffung verzerrte Gesicht ihres Präsidenten. Drei Tage später wurde er gemeinsam mit seiner Frau Elena hingerichtet. Europa war vom Kommunismus befreit.

Die ehemaligen kommunistischen Machthaber hatten das Arsenal totalitärer Spielregeln und die Aufrechterhaltung einer die Realität überlagernden zentralen ideologischen Fiktion beherrscht. Sie benutzten den Marxismus in willkürlicher Auslegung dazu, das absolute Machtmonopol mit einer vorgegaukelten Wissenschaftlichkeit zu untermauern. „Sozialistische Demokratie“ und „Diktatur des Proletariats“ hießen die Schlagworte. Gestützt wurde ihre Macht durch demagogische Massenpropaganda, psychischen und physischen Terror, die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche und durch ihre Geheimpolizei. Doch in der Stunde des Sturzes der kommunistischen Führer zeigte sich, wie fragil ihr System war. Die Schwäche der totalitären Propaganda erkennt man im Moment der Niederlage. Kaum war die zentrale, alles dominierende Gewalt auseinandergebrochen, wechselte ein Großteil der einstigen Gefolgsleute mit verblüffender Geschwindigkeit und ohne sich auch nur einen Moment mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen das Lager. Neue Pfründe warteten darauf, vergeben zu werden, und in den meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks behinderten deshalb alte Eliten den nun einsetzenden Transformationsprozess genauso, wie sie durch ihn profitierten.



Eine Menschenmenge umringt im März 1990 in Bukarest eine umgestürzte Lenin-Statue – Symbol für das Ende des Kommunismus. Seit dem Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu herrschten in Rumänien bürgerkriegsähnliche Zustände.

Der Weg zu Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie war steinig. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihn von Anfang an begleitet: Das erste Büro im ehemaligen sowjetischen Machtbereich eröffnete die KAS genau einen Tag nach dem Mauerfall, am 10. November 1989, in Warschau. Es folgten Büros in Budapest, Prag und Riga. Im Jahr 2009 hat die KAS Büros in Albanien und der Republik Moldau eröffnet und ist damit in allen Hauptstädten Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit eigenen Büros vertreten. Ziel der Arbeit war von Anbeginn die konstruktive Begleitung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses, der Aufbau der Bürgergesellschaft, die Entwicklung des Parteiensystems, eine funktionsfähige Sozial- und Wirtschaftsordnung, die europäische Integration und die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der Region. Heute, zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, ist der wichtigste Teil der Wegstrecke zurückgelegt.

Am Tag, nachdem die Mauer fiel, eröffnet die KAS ihr Büro in Warschau. Inzwischen ist sie in allen Hauptstädten Mittel-, Ost- und Südosteuropas vertreten.

2009 erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit vielen Veranstaltungen im In- und Ausland an die dramatischen Ereignisse des historischen Jahres 1989. Ein Sonderportal auf www.kas.de beschreibt unter dem Titel „Jubiläen von Einheit und Freiheit“ damit verbundene Weichenstellungen für die Zukunft. In Prag gedachte eine Tagung des 20. Jahrestages des Endes des Totalitarismus. In Sopron trafen sich Zeitzeugen des Paneuropäischen Picknicks mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. In Warschau diskutierte eine internationale Wissenschaftskonferenz über „das polnische Jahr 1989“. In Bukarest unterstützte die KAS ein Theater- und Filmprojekt, das die Revolution von 1989 und die Bedeutung von Demokratie und Freiheit einem breiten Publikum in beeindruckender Weise bewusst machte. In Moskau erinnerte der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, an den Beginn des Weges zur deutschen Einheit und daran, dass dieser Weg ohne die vielen Freunde, die Deutschland bis heute in Russland hat, so nicht hätte beschritten werden können. Am 31. Oktober 2009 trafen sich schließlich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung noch einmal die drei großen Männer, die vor zwanzig Jahren Weltgeschichte schrieben: Helmut Kohl, Michail Gorbatschow und George Bush sen. Im überfüllten Berliner Friedrichstadtpalast sprachen sie über die Wochen des Jahres 1989, in denen der Eisernen Vorhang fiel.



Mit einer Festveranstaltung würdigte die KAS am 31. Oktober 2009 im Berliner Friedrichstadtpalast Akteure der Deutschen Einheit. Das Bild zeigt den früheren Sowjetführer Michail Gorbatschow, den Ex-US Präsidenten George Bush und Altkanzler Helmut Kohl (vorne), Bundeskanzlerin Angela Merkel, Eva-Luise Köhler und Bundespräsident Horst Köhler sowie den KAS-Vorsitzenden, Professor Bernhard Vogel.

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist für viele Völker unseres Kontinents eine Vision in Erfüllung gegangen. Sie sind in einem Europa vereint, das Frieden und Freiheit garantiert. Die sich rasant verändernde Welt bringt neue Herausforderungen mit sich. Es ist zu hoffen, dass das Jubiläumsjahr der Freiheitsrevolutionen auch die Diskussion darüber in Gang halten wird, wie wichtig die Verteidigung unserer Freiheit und unserer europäischen und christlich-abendländischen Werte gegenüber neuer Intoleranz und Intoleranten ist.

Platz der Grundrechte

DEMOKRATIE FÄNGT UNTEN AN – NEUE VERANTWORTUNG FÜR DIE LOKALE EBENE

FLORIAN SCHARTAU
*Koordinator Kommunalpolitik,
Hauptabteilung Politik
und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns“ erhoffte sich Freiherr vom Stein, als er 1808 die preußische Städteordnung einführte. Wie die „Stein-Hardenbergschen“ Reformen insgesamt zu einer schubhaften Modernisierung des Landes führten, sollte das Urdokument der Kommunalpolitik vor Ort, in jeder Stadt breite Beteiligung der freien und frei gewordenen Bürger an der lokalen Politik schaffen. Die Stärkung des Gesamtstaates sollte auch über die Verbindung der Menschen mit ihrer Gemeinde erreicht werden. Die Bürger sollten die Stadtverordneten und den Magistrat wählen und somit die Möglichkeit haben, über Aufgaben vor Ort und die mit ihnen betraute Verwaltung zu bestimmen. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführten Reformen der Selbstverwaltung wurden zu einem grundlegenden Prinzip deutscher Staatsorganisation, auf das nach 1945 in einem demokratischen Geist erfolgreich aufgebaut werden konnte.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ist zweifelsohne auch eine Erfolgsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung. Die föderale Ordnung des Grundgesetzes „will dem Zentralismus wehren, will Macht begrenzen, will Macht kontrollieren“ (Professor Bernhard Vogel). Während im freien Teil Deutschlands Konrad Adenauer, schon bevor er Präsident des Parlamentarischen Rates wurde, sagte: „Es ist uns ernst mit der Forderung nach einem föderalistischen Aufbau Deutschlands“, lautete 1946 die Parole der SED: „Einheit bedeutet Aufstieg, Föderalismus Niedergang!“.

Die Gemeinden sind seitdem zu einem wichtigen, nicht ersetzbaren Teil des deutschen Föderalismus geworden. Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes weist ihnen die Zuständigkeit bei allen Aufgaben zu, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln. Dass diese Selbstverwaltung nicht kostenlos wahrgenommen werden kann, ist dabei keine neue Erkenntnis. Schon mit Einführung der preußischen Städteordnung gab es so manche Stadt, die lieber auf die Freiheiten der Selbstbestimmung verzichten wollte, weil sie die Kosten der neuen Aufgaben fürchtete. Ein nützlicher Hinweis der Geschichte für die heutige Zeit ist, das Konnexitätsprinzip – die Einheit von Aufgabenübertragung und Mittelausstattung – zu beachten.

Die Herausforderungen sind heute andere, aber geringer geworden sind die Probleme für die Kommunen 201 Jahre nach Einführung der Städteordnung und sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik nicht. Die globalisierte Wirtschaft, die demographische Entwicklung und der weltweite Wissenswettbewerb hinterlassen ihre Wirkungen auch in den Städten und Gemeinden. Die Kommunen sind gefragt, wenn es darum geht, Zusammenarbeit so zu gestalten, dass den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort am besten entsprochen werden kann.



*Engagement vor Ort soll
Brücken schaffen, die soziale
Schichten, Herkunft und
Lebensstile überwinden.
Dies fördert die KAS – damit
Deutschland für die Zukunft
gerüstet ist.*

Neue Verantwortungsstrukturen werden vielerorts beispielsweise im Bildungssektor angedacht, um den aktuellen Entwicklungen Folge zu leisten. Gesteigerte Anforderungen an das Bildungssystem und die Bildungsinhalte durch den globalen Wissenswettbewerb sowie höhere Ansprüche von Familien an Bildung gehen heutzutage Hand in Hand. Gerade Familien der „bürgerlichen Mitte“ sehen Bildungschancen als entscheidend dafür an, einen sozialen Abstieg ihrer Kinder zu vermeiden. Das neu entstandene Qualitätsbewusstsein führt – insbesondere in Großstädten – dazu, dass die staatlichen Schulen unter harten Konkurrenzdruck von privaten Schulen geraten. Bildungsqualität wird immer öfter abseits staatlicher Schulen gesucht. Die Herausforderung, Bildung auf einem hohen Niveau zu garantieren, ist für das staatliche Bildungssystem oft nicht mehr allein eine Frage internationaler Wettbewerbsfähigkeit, sondern wird mancherorts zur Existenzfrage. Dort müssen die Kommunen sich diesen Herausforderungen stellen, und deshalb sollten sie als Akteure mit Verantwortung gestärkt werden.

Die deutschen Kommunen sind gerade auch bei ihrer eigenen städtebaulichen Entwicklung gefragt. Menschheitsfragen wie der Klimawandel entscheiden sich zuallererst in Städten. Diese nehmen nur ein bis zwei Prozent der Erdoberfläche ein, allerdings leben im Jahr 2050 voraussichtlich fünfzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Innovative und nachhaltige Strategien, um den damit verbundenen Herausforderungen gerecht zu werden, sind gefragt. Klar ist dabei aber auch, dass sich die Probleme deutscher Städte von denen der „Megacities“ weitgehend unterscheiden. Bereits jetzt – und in den kommenden Jahren umso mehr – stehen Kommunen vor der Notwendigkeit, den städtischen Lebensraum für eine weniger und älter werdende Bevölkerung zu gestalten. Gerade kleinere Gemeinden können den gewohnten Standard der Daseinsvorsorge nicht mehr halten.

Der Strukturwandel zur Wissensökonomie – intellektuelle Ressourcen werden wichtiger als materielle Ressourcen – erhöht den Druck auf Kommunen, global wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen. Städte sind Kristallisationspunkte technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen und Motoren für wirtschaftliches Wachstum. Wenn sie auf die neuen Anforderungen der Wissensökonomie keine Antwort finden, sind Abwanderungstendenzen nicht zu vermeiden. An diesen und anderen kommunalen Fragen entscheidet sich letztlich die Zukunft des ganzen Landes: Wie können Städte als Räume von Innovation und Entwicklung gestaltet werden? Welche Konsequenzen müssen für Verkehrsplanung gezogen werden, um angemessen auf den Klimawandel zu reagieren?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit ihrer Gründung dem Subsidiaritätsprinzip, dem bürgerschaftlichen Engagement und dem Leitbild starker Kommunen verpflichtet. Die aktive Bürgergesellschaft will eine Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips und braucht deshalb die Stärkung der stabilen kleinen Einheiten vor Ort. Dazu gehört die Familie, dazu gehört das Ehrenamt, und dazu gehören die Organe der Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, die nicht dauernd durch Aufgaben, die der Bund und die Länder ihnen übertragen, überlastet werden dürfen.

Der amerikanische Soziologe Robert A. Putman spricht von „verbindendem Sozialkapital“, von soziale Schichten, Herkunft und Lebensstile überwindenden Brücken, die durch das Engagement vor Ort geschaffen werden – wichtige Werte in einer mobilen und globalisierten Gesellschaft. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird sich auch weiter dafür einsetzen, dass die Belange „vor Ort“ Gehör und Aufmerksamkeit finden – damit Deutschland als Ganzes die Herausforderungen der Zukunft annehmen kann.



Engagement vor Ort soll Brücken schaffen, die soziale Schichten, Herkunft und Lebensstile überwinden. Dies fördert die KAS – damit Deutschland für die Zukunft gerüstet ist.



DIE WELT ZU GAST IN SÜDAFRIKA

ZWANZIG JAHRE NACH DEM ENDE DER APARTHEID

JULIA WEBER

*Trainee
Auslandsbüro Südafrika,
Konrad-Adenauer-Stiftung,
Johannesburg*

Südafrika hat es nicht leicht. Die eine Seite beschimpft das Land als *bully*. Als den „Hegemon“ im südlichen Afrika, der seine Nachbarstaaten politisch und wirtschaftlich überrollt, der mit seinen Produkten die heimischen Märkte zerstört, den Regierungen vorschreibt, wie sie zu handeln haben, und sich auf internationaler Bühne als Sprecher des gesamten afrikanischen Kontinents ausgibt. Die andere Seite wirft Südafrika zu viel Zurückhaltung vor: nicht entschieden genug für die Demokratie und gegen die Despoten auf dem eigenen Kontinent einzuschreiten und somit Regime wie das von Robert Mugabe in Simbabwe erst ermöglicht zu haben. Die viel zitierte „Madiba Magic“, die den Beginn des demokratischen Südafrikas markierte und die Weltgemeinschaft verzauberte, scheint mehr und mehr zu verpuffen.

Dabei sah vor rund fünfzehn Jahren alles so vielversprechend aus: Nelson Mandela ging aus den ersten demokratischen Wahlen von 1994 als klarer Sieger hervor, und das Land sah sich im Aufbruch. Mit der erfolgreichen Transformation und dem Ende der politischen und wirtschaftlichen Isolation stiegen auch die Erwartungen an das „Regenbogenland“. Doch sowohl innen- als auch außenpolitisch sieht es anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid alles andere als rosig aus.



Die Unterschiede zwischen Arm und Reich in der „Regenbogennation“ sind nach wie vor sehr groß. Das Bild zeigt ein verlassenes Obdachlosencamp im Schatten des Green Point Stadium in Kapstadt (Oktober 2009).

Arbeitslosigkeit und Armut bilden nach wie vor die wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen. Die extrem ungleiche Einkommensverteilung hat sich seit dem Ende der Apartheid sogar vertieft. Nirgendwo wird die Ungleichverteilung offensichtlicher als auf den Straßen Johannesburgs: Obdachlosigkeit und Verzweiflung auf der einen Seite, Luxuslimousinen und glitzernde Shoppingcenter auf der anderen. Nur wenige andere Länder (etwa Namibia oder Brasilien) weisen eine ähnlich hohe Diskrepanz zwischen der Masse der Armen und der reichen Elite auf. Fließendes Wasser, Strom und ein festes Dach über dem Kopf sind für einen Großteil der Menschen noch immer ein Traum. Die offizielle Arbeitslosenquote Südafrikas lag 2009 bei 23,6 Prozent. Die tatsächliche Zahl wird auf über 40 Prozent geschätzt. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik muss sich einiges tun, um einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut zu vermeiden. Um die Herausbildung einer sozial verantwortlichen Mittelschicht in Südafrika zu unterstützen, ist die Vermittlung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einer der Schwerpunkte der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit Mai 2009 ist der neue Staatspräsident Jacob Zuma im Amt – und regiert mit einem klaren Mandat: 17,7 Millionen Wähler gaben ihm am 22. April 2009 ihre Stimme. Der abermals deutliche Sieg des African National Congress (ANC) und die Ergebnisse der Opposition könnten einen Trend in Südafrikas Parteienlandschaft andeuten: Während lediglich die bürgerliche Democratic Alliance (DA) mit 16,66 Prozent und der Congress of the People (COPE) mit 7,42 Prozent einen nennenswerten Anteil der Stimmen erzielen, fallen die kleineren Parteien weit zurück – die Aussicht auf ein dominantes Parteiensystem mit nur ein oder zwei Oppositionsparteien könnte in naher Zukunft Wirk-

Um das Mehrparteiensystem der Republik Südafrika zu stärken, arbeitet die KAS mit der Inkatha Freedom Party und anderen Parteien der Opposition zusammen.

lichkeit werden. Das KAS-Büro will das Mehrparteiensystem stärken. Dies äußert sich traditionell in der Unterstützung der Inkatha Freedom Party, doch auch andere Oppositionsparteien bezieht die KAS in ihre Arbeit ein. Zudem kooperiert die KAS auch mit regionalen Think Tanks und Universitäten bei der Erstellung von Publikationen, um die Diskussion in der Öffentlichkeit anzuregen – beispielsweise zum Thema Parteienfinanzierung, die in Südafrika weitestgehend unreguliert ist und eine Zementierung der Macht des ANC forciert.

Dass die Masse der Bevölkerung nicht mehr lange stillhalten würde, hatten zahlreiche Beobachter schon vor der vierten demokratischen Wahl im Jahr 2009 befürchtet. Und tatsächlich: Ein Streik in der Bauindustrie hatte die Arbeiten an den Fußballstadien, die derzeit für die WM 2010 errichtet werden, im Juli 2009 zeitweise zum Erliegen gebracht. Ärzte, Müllmänner, Minenarbeiter sowie Angestellte der Kommunen streikten wochenlang, und in den Townships brachen Proteste aus. Drei Monate später, im Oktober 2009, erreichten die Ausschreitungen einen neuen – gewaltsamen – Höhepunkt. Außerhalb der Armenviertel haben brutale Überfälle auf Einkaufszentren drastisch zugenommen. Die im September 2009 herausgegebene Verbrechenstatistik der Polizei zeichnet ein erschreckendes Bild: Zwar ist die Zahl der Morde insgesamt um 3,4 Prozent zurückgegangen. Doch bei landesweit 18.148 Morden zwischen März 2008 und März 2009 kann man nicht von einem Erfolg sprechen. Einbrüche in Privathäuser sind um 27 Prozent gestiegen, Einbrüche in Firmen gar um 41,1 Prozent. Ebenso auf dem Vormarsch sind Diebstähle und Entführungen von Autos und Lastwagen. Polizei und Justiz sind überfordert – oder zum Teil selbst in die Verbrechen involviert.

Anklagen wegen Korruption, Geldwäsche, Bestechung und Betrug gegen Jacob Zuma selbst wurden auf wundersame Art kurz vor der Wahl fallen gelassen. Das Verfahren gegen Zuma hatte sich über sieben Jahre hingezogen – und eine Wiederaufnahme scheint in immer weitere Ferne zu rücken, je mehr strategische Positionen in Staat und Regierung der neue Staatspräsident mit persönlichen Freunden und langjährigen Unterstützern besetzt. Die Ernennung von genehmen Richtern und die offenen verbalen Angriffe auf die Justiz lassen die Befürchtungen um die Zukunft der eigentlich so starken



Der Congress of the People (COPE) etablierte sich bei den Wahlen 2009 auf Anhieb als drittstärkste Kraft. Lange Schlangen bildeten sich vor den Wahllokalen.



Verfassung des Landes, an deren Entstehungsprozess die KAS aktiv mitgewirkt hat, wachsen. Daher werden auch künftig die Themen Verfassungsentwicklung, Rechtsstaat und Unabhängigkeit der Justiz einen Schwerpunkt der KAS-Arbeit in Südafrika bilden.

Trotz aller Bedenken und Kritik, eines hat Südafrika im Jahr 2009 bereits bewiesen: Für die Fußballweltmeisterschaft ist man gerüstet. Auch wenn Transport und Unterbringung der FIFA noch Sorgen bereiten: Im Confederations-Cup, der im Juli 2009 in Südafrika ausgetragen wurde, paarten sich afrikanische Lebensfreude mit einer Fußballbegeisterung, die das ganze Land in den Griff nahm. Vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 kann Südafrika der Welt beweisen, dass es ein guter Gastgeber ist. Für die afrikanischen Nachbarn und für den Rest der Welt.



DAS ERSTE JAHRZEHNT DES 21. JAHRHUNDERTS HAT GEZEIGT, DASS DIE GLOBALISIERTE WELT VERBINDLICHER REGELN BEDARF, UM HUMAN UND LEBENSWERT ZU BLEIBEN. SICHERHEIT, FREIHEIT, WOHLSTAND UND TEILHABE AN DER ZUKUNFT HABEN IHREN PREIS: GEMEINSAME ANSTRENGUNG, MITVERANTWORTUNG UND ENGAGEMENT.

WARUM DEUTSCHLAND SICH ENGAGIEREN MUSS

ZIELE UND WEGE VERNETZTER SICHERHEIT

DR. MICHAEL A. LANGE

*Leiter Team Außen-,
Sicherheits- und Europapolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Ein Ergebnis der weltpolitischen Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges und nach den Erfahrungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist ein Paradigmenwechsel in Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit.

Bis zum Ende der Ost-West-Konfrontation wurden nur Konflikte zwischen Staaten als Bedrohung empfunden; innerstaatliche Auseinandersetzungen wurden dagegen als lokale Konflikte (Bürgerkrieg) in fernen Regionen abgetan und als weniger bedrohlich wahrgenommen. War die „gefühlte“ Bedrohung beim Bürger am Ende der Ära des Kalten Krieges daher oft eher gering, so hat sie in Europa und auch in Deutschland angesichts der Bilder von Terroranschlägen in unseren Nachbarländern deutlich zugenommen. Wir stehen vor einer Vielzahl neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen, die von bisher unbekannt globalen, regionalen und lokalen, dabei oft sogar nicht-staatlichen (Gewalt-)Akteuren ausgehen.

Offensichtlich ist, dass sich der Sicherheitsbegriff insgesamt gewandelt bzw. erweitert hat. Neben die Bedrohung des Einzelnen in unserer Gesellschaft durch „traditionelle“ Gewalkriminalität rückt die „neue“ Bedrohung durch terroristische Anschläge. Hinzu tritt eine wachsende Bedrohung von Individuen in fragilen Staaten durch die Verletzung von Menschenrechten, denen wir nicht mehr tatenlos zusehen wollen. Angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen empfinden wir immer stärker *responsibility to protect*, ungeachtet nationaler Souveränitätsansprüche. Deutschland kann sich diesen neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht entziehen. Eine so empfundene Schutzverpflichtung gegenüber Menschen, die jenseits unserer nationalen Grenzen in menschenverachtenden, diktatorischen, schwachen bzw. bereits gescheiterten Staaten leben müssen, zwingt uns, im Verbund mit Partnern, die unsere Werte teilen, immer mehr weltpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Deutschlands Verantwortung in der Welt besteht auch darin, die Rechte derer zu schützen, die in menschenverachtenden oder diktatorischen Staaten leben.

Diese Verantwortung wird in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Deshalb müssen, neben unseren Interessen, auch unsere Grundwerte noch stärker Maßstab deutscher Außen- und Sicherheitspolitik werden. Die beschriebenen Herausforderungen reichen dabei von nur schwer abschätzbaren Entwicklungen (Unsicherheiten) über potenzielle Gefährdungen bis hin zu realen Bedrohungen. Die Globalisierung bringt einem international erfolgreichen Exportland wie Deutschland zwar vor allem Vorteile, sie birgt jedoch durch die enge Vernetzung auch neue Gefahren und daraus resultierende Bedrohungen.

Lokale Konflikte jenseits unserer Grenzen entfalten globale Wirkungen. Der internationale Terrorismus verändert die Bedingungen internationaler Politik und damit letztlich auch die Voraussetzungen für den Einsatz von Streitkräften. Diesen wird im Rahmen des notwendigen Krisen- und Konfliktmanagements in Zusammenarbeit mit zivilen Kräften eine immer bedeutendere Rolle zukommen.

Dabei tritt das klassische „symmetrische“ Bedrohungsszenario eines zwischenstaatlichen Krieges, auf das die Bundeswehr – nicht zuletzt auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung – immer noch ausgerichtet ist, heute eher in den Hintergrund.

Stattdessen konstatieren wir eine zunehmende Entstaatlichung des Kriegsgeschehens in Gestalt von sogenannten asymmetrischen Konflikten, in denen Söldnergruppen, bewaffnete Milizen bis hin zu privaten Sicherheitsfirmen als neuartige, nichtstaatliche Gewaltakteure das Geschehen bestimmen. Von solchen „asymmetrischen“ Konflikten, die sich oft „fern der Heimat“ abspielen, gehen immer größere Gefährdungen auch für die Sicherheit unseres Landes aus. Ob diese Bedrohungen durch Ausbildungslager für Terroristen, die Geiselnahme von Touristen, Überfälle auf Handels- oder Kreuzfahrtschiffe durch Piraten in internationalen Gewässern, Hackerangriffe auf deutsche Kommunikations- oder Transportnetzwerke oder sonstige „unfreundliche“ Akte entstehen, immer häufiger nehmen sie ihren Ausgang außerhalb Deutschlands. Die räumliche Entfernung zu einem solchen asymmetrischen Konflikt sagt heute nichts mehr über seine Relevanz für die Sicherheit eines Landes aus.

Sicherheitsvorsorge bzw. Terrorabwehr kann aus diesen Gründen also nicht mehr nur „passiv“ im Rahmen einer Landes- bzw. Bündnisverteidigung durch Abschreckung erfolgen, sondern muss in wachsendem Maße „aktiv“, nicht zuletzt auch durch potenziell gefährliche Auslands-/Antiterrorereinsätze erfolgen. Die internationale Gemeinschaft wird in Zukunft vermehrt gezwungen sein, gewaltsame (lokale) Konflikte am Ort ihrer Entstehung einzudämmen, um ein Übergreifen auf andere Regionen bzw. das eigene Territorium dauerhaft zu verhindern. Die „Asymmetrie“ der Konflikte resultiert dann vor allem aus der Tatsache, dass im Rahmen terroristischer Strategien unsere technologisch-organisatorische Überlegenheit oft durch eine erhöhte Opferbereitschaft unserer Gegner ausgeglichen wird, die bis hin zur Selbsttötung geht.

In der hinter uns liegenden Phase des Kalten Krieges lautete die Maxime der Bundeswehr noch: „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“ In einer globalisierten und eng vernetzten Welt ist die Situation eine völlig andere. Die Bundeswehr muss sich in der Konsequenz von einer Präsenzarmee zu einer Einsatzarmee wandeln. Viele deutsche Soldaten erfüllen bereits jetzt ihren Auftrag zusammen mit Partnern und Verbündeten weit jenseits der eigenen Landesgrenzen. Dort geht es aber nicht – wie mancher Kritiker behauptet – darum, politische Probleme militärisch zu lösen, sondern darum, die Voraussetzungen zu schaffen, damit politischer Wiederaufbau oder Staatsbildung in Krisenregionen, wie jene etwa am Hindukusch, überhaupt möglich wird.

Wir müssen der Gefahr entgegentreten, dass von schwachen (Afghanistan) oder gescheiterten Staaten (Somalia) Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt ausstrahlen. Deshalb leisten auch wir unseren Beitrag, damit diese Staaten in Zukunft wieder selbst für ihre „innere“ Sicherheit sorgen können. Dies erfordert vor allem eine nachhaltige Ausbildung und Unterstützung der jeweiligen nationalen Sicherheitsorgane (Armee, Polizei und Justiz) sowie ziviles Engagement, denn Sicherheit und Entwicklung in Krisenregionen bedingen einander. Ohne Sicherheit kann es keine nachhaltige politische oder wirtschaftliche Entwicklung geben; ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit demokratischer Teilhabe kann in keinem Land langfristig innere Stabilität hergestellt werden. Strebt man in solchen Krisengebieten nicht nur eine kurzfristige (militärische) Stabilisierung der Lage durch Maßnahmen der Krisenintervention an, muss die Frage nach der langfristigen Sicherstellung des Wiederaufbaus von auf Entwicklung ausgerichteten staatlichen Strukturen beantwortet werden.

Reicht die allein militärische Reaktion also nicht aus, zumal das Militär selbst in der Regel nicht über alle heute notwendigen Kenntnisse, Strategien und Instrumente verfügt, die für eine nachhaltige Konfliktbeilegung in ihnen nicht vertrauten Krisengebieten (Entwicklungsländern) erforderlich sind, so muss der militärische Einsatz von entwicklungspolitischen Anstrengungen, seien sie nun staatlicher oder nichtstaatlicher



Mit dem Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ trägt die Bundesrepublik zur Stabilisierung Afghanistans entscheidend bei. Das Bild zeigt deutsche Bundeswehrsoldaten, die im Mai 2009 im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (CIMIC) mit Vertretern eines Dorfrates sprechen.

Provenienz, begleitet werden. Militärische Interventionen können eben immer nur „Zeit kaufen“, um die notwendigen politischen Lösungen zu finden.


Dies bedeutet dann aber auch, dass ohne eine vorübergehende externe Sicherheitspräsenz – etwa in Form der ISAF-Kontingente – kein Wiederaufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau aber auch keine dauerhafte Reduzierung dieser Kontingente möglich erscheint, zumindest solange eine Übertragung der Sicherungsaufgaben auf nationale Sicherheitskräfte noch nicht möglich ist.

Sollte sich diese Übertragung allerdings in unverantwortlicher Weise verzögern, etwa wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft der nationalen Regierung, stellt sich, nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen, dann schon die Frage, wie mit dem eingegangenen kostenträchtigen Engagement weiter zu verfahren ist. Gelingt es der lokalen Exekutive in einem überschaubaren Zeitraum nämlich nicht, der Herausforderungen Herr zu werden bzw. das staatliche Gewaltmonopol wieder zu etablieren, kann es zu einer dauerhaften Aneignung der natürlichen und existenznotwendigen Ressourcen (z.B. Öl, Diamanten, Drogen) des jeweiligen Landes durch konkurrierende Clans oder ethnische (Minderheiten-)Gruppen kommen. In der Konsequenz bestimmen sie dann die Gesetze und Strukturen, befinden willkürlich über Leben und Tod.

Ein solcher Zustand kann über kurz oder lang zur gewöhnlichen Lebenssituation gerade für junge Menschen (Beispiel Kindersoldaten) werden, die sich in diesen Strukturen einrichten und sich keine andere als eine solche „kriminelle“ bzw. „terroristische“ Existenz mehr vorstellen können. Ihnen bietet eine andere Ordnung kaum Chancen, weshalb sie dagegen auch energisch kämpfen werden. Gleichzeitig kann die Einsatzmüdigkeit der (ausländischen) Militärs, verbunden mit einer abnehmenden Zustimmung der eigenen Bevölkerung zum Auslandseinsatz ihrer Soldaten, zu weiteren politischen Problemen – etwa bei Mandatsverlängerungen – führen. Da solche Probleme auch den Widerstand leistenden, feindlichen Kräften in den Einsatzländern dank der weltumspannenden Medien nicht verborgen bleiben, können sie die weiteren Entwicklungen durchaus realistisch einschätzen. Nicht zuletzt deshalb kommt es in solchen Krisenszenarien zu Redewendungen wie: „Ihr habt die Uhren, aber wir haben die Zeit.“

Ziel des deutschen Konzeptes der „Vernetzten Sicherheit“ muss es deshalb immer sein, vor dem Hintergrund finanzieller Beschränkungen und politischer Unwägbarkeiten zu einer größtmöglichen, effizienten Koordination aller am Auslandseinsatz beteiligten Kräfte zu gelangen, um einen Erfolg nicht nur möglich, sondern auch absehbar zu machen. Dafür bedarf es einer institutionellen Abstimmung der nationalen Akteure. Im Einsatzland selbst gelingt dies, angesichts der oft großen Anzahl internationaler staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und der Kooperationsnotwendigkeit mit der einheimischen Regierung, zugegebenermaßen oft nur sehr schwer. Umso mehr ist zumindest im eigenen Land eine organisierte, ressortübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen am Einsatz beteiligten Ministerien erforderlich. Nur wenn bereits auf der Planungsebene Übereinstimmung über Ziele und Maßnahmen erreicht ist, kann der Einsatz in sich schlüssig sein und bei der eigenen Bevölkerung die notwendige Zustimmung finden.

Asymmetrische Bedrohungen von der beschriebenen Komplexität kann heute aber kein Staat – auch die Vereinigten Staaten nicht – allein meistern. Diese neuartigen Gefahrenlagen zwingen nicht nur Deutschland, seine außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Konzepte, Strategien und Instrumente zu überdenken bzw. anzupassen. Die gesamte internationale Gemeinschaft muss sich diesen Herausforderungen gemeinsam stellen.



Asymmetrische Bedrohungen wie die Piraterie am Horn von Afrika muss die internationale Gemeinschaft gemeinsam meistern.



EIN VOGEL MIT ZWEI FLÜGELN

VERNETZTE SICHERHEIT AM BEISPIEL AFGHANISTAN

Deutschlands Engagement am Hindukusch verdeutlicht, dass die Ambitionen und der Umgang mit den neuen Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts eine Transformation des Sicherheitssektors notwendig machen. In diesem Prozess erfordert die „Vernetzte Sicherheitspolitik“ ein Denken und Handeln in neuen Dimensionen. Das formulierte schon 2006 der damalige Verteidigungsminister, als er sagte, dass für eine vernetzte Sicherheit „die eng abgestimmte Arbeit vor allem zwischen dem Bündnis der Europäischen Union und den Vereinten Nationen“ entscheidend sein wird.

Kurze Zeit später wurden im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ die neuen Herausforderungen und der daraus resultierende Themenschwerpunkt „Vernetzte

Sicherheit“ detailliert beschrieben: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur im multinationalen Wirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewähr-

leistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.“

Vernetzte Sicherheit ist zu einer Chefsache geworden, wie die USA-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2009 belegt. In ihrer Rede vor Senat und Repräsentantenhaus in Washington bekannte sie sich zum „Konzept der Vernetzten Sicherheit“ für Afghanistan, bei dem militärisches und ziviles Engagement verbunden sind. Das bedeutet in der Praxis

ein Miteinander von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Sicherheit. Das eine, so die Überzeugung, funktioniert nicht ohne das andere.

Ein afghanisches Sprichwort, das besagt, dass ein Vogel mit einem Flügel nicht fliegen kann, veranschaulicht diesen Ansatz. Sinnbildlich gesprochen, sind Sicherheit und Entwicklung die beiden Flügel, die Afghanistan bei seinem demokratischen Neustart unterstützen sollen. Aus diesem Grund beteiligt sich die Bundesregierung in Afghanistan mit erheblichen Mitteln an Aufbau- und Entwicklungsprojekten: von der Infrastruktur über Bildungsprogramme bis hin zu Ausbildungsmaßnahmen für die Polizei.

Das beharrliche Engagement der Bundesregierung und auch des Deutschen Bundestages hat außerdem dazu geführt, dass inzwischen auch die Partner Deutschlands von diesem Ansatz überzeugt sind und die Politik der Vernetzten Sicherheit heute Konsens unter den NATO-Verbündeten ist. Dies kann als ein nachhaltiger Erfolg deutscher Afghanistan-Politik bewertet werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet in Afghanistan und Pakistan in diesem Kontext wertvolle Arbeit, indem sie lokale politische Entscheidungsträger und Vertreter der Zivilgesellschaft regelmäßig über den Ansatz der Vernetzten Sicherheit, der die Interessen und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bündelt, informiert und sensibilisiert. In Afghanistan hat sich hierbei das von der KAS mitbegründete National Centre for Policy Research (NCPRI) als „Think & Training Tank“ behaupten können. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Militärattachéstab und der Führungsakademie werden in Pakistan erstmals im Jahr 2010 Teilnehmer des pakistanischen Generalstabes zu einem sicherheitspolitischen Seminar eingeladen werden.

Dr. Babak Khalatbari
Leiter Auslandsbüro Afghanistan und Pakistan,
Konrad-Adenauer-Stiftung



RETTUNGSANKER SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

LEHREN AUS DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

DAVID GREGOSZ Die Bundesregierung steht vor erheblichen Herausforderungen, die die gesamte Legislaturperiode prägen werden. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der tiefen Rezession, die die Weltwirtschaft im Jahr 2009 bestimmte, sowie fortdauernde Reformnotwendigkeiten auf einzelnen Politikfeldern haben Priorität auf der Agenda.

*Koordinator Grundsatzfragen
und Ordnungspolitik,
Hauptabteilung Politik
und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Nicht zuletzt von der Bewältigung der interdependenten Problemlagen wird abhängen, ob sich die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit Vorbildcharakter für Europa und die Welt wieder erhöhen kann. Es war nicht die Wirtschaftsordnung Erhard'scher Prägung, die versagte bzw. die internationale Finanzmarktkrise auslöste. Es war vielmehr die Missachtung ihrer grundlegenden Prinzipien, die zu den weltweiten Verwerfungen beitrug.

SUSANNA VOGT

*Referentin Globale
Wirtschafts- und Sozialordnung,
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

URSACHEN UND FISKALISCHE AUSWIRKUNGEN

Ausgangspunkt der Banken- bzw. Finanzkrise war – neben erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichten, ineffizienten Aufsichtsstrukturen und falschen Anreizmechanismen im Bankensektor – eine verfehlte Sozial- und Geldpolitik in den USA. Sie begünstigte die Entstehung einer Spekulationsblase am Immobilienmarkt, deren Platzen den Auslöser für weitere Negativentwicklungen an den Finanz- und Gütermärkten bildete. Steigende Finanzierungskosten, eine zurückhaltende Kreditvergabe, wirtschaftliche Abschottungstendenzen und ein massiver Vertrauensschwund – ablesbar an einbrechenden Börsenkursen – waren die Folge. Schmerzhaft erlebten Bürger und Unternehmen, dass die globale Verflechtung der Volkswirtschaften – neben ihrer unbestreitbar wohlstandsmehrenden Wirkung – zu einer ungebremsen Weitergabe ökonomischer Schocks führte.

DEN POPULISTEN TROTZEN

Wir erleben weltweit die größte Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Aufgrund ihrer Dimension und globalen Synchronität ist die heutige Situation jedoch ungleich komplexer als vor achtzig Jahren. Die gesellschaftliche Verunsicherung ist groß, weshalb populistische Angriffe auf das Marktprinzip leicht verfangen. Diese Kritik blendet jedoch aus, dass die Ergebnisse auf dem Markt Folge menschlichen Handelns sind. Der Markt ist keine autonom agierende Instanz, sondern der effizienteste Lenkungsmechanismus für das Handeln einer Vielzahl von Akteuren innerhalb eines Ordnungsrahmens. Für diesen Rahmen und die marktwirtschaftliche Regelsetzung, in deren Zentrum der Mensch stehen muss, trägt der Staat die Verantwortung.

Die Soziale Marktwirtschaft, die als ordnungspolitische Idee den Wiederaufbau und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands ganz entscheidend flankiert hat, kann nicht nur auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung verweisen – sie steht darüber hinaus auf einer beachtenswerten theoretischen und sozial-ethischen Grundlage.

Zu dieser Funktion des Staates bekennen sich gerade die Befürworter einer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung. Sie weisen dem Staat bewusst eine aktive, verantwortungsvolle Rolle im Marktgeschehen zu, die dieser aber mit Augenmaß erfüllen muss. Dieses fundamentale Kriterium machten sich bereits die ordoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft rund um den Ökonomen Walter Eucken zu eigen.

PRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND IHRE MISSACHTUNG

Die Ordnungstheoretiker der Freiburger Schule legten in den 1930er Jahren eine Neukonzeption des Liberalismus vor (und waren damit die eigentlichen „Neoliberalen“ – ein Begriff, der heute zu Unrecht mit dem Liberalismus klassischer Prägung verbunden wird). Sie waren der Überzeugung, dass der Markt nicht aus sich selbst heraus jene Ordnungsfunktion erfüllen kann, die ihm der klassische Liberalismus zuschrieb. Es waren die Ordoliberalen, die dem Staat als ultimativem „Gewährleister“ der marktwirtschaftlichen Ordnung eine besondere Bedeutung zumaßen. Über konstituierende und regulierende Prinzipien wie Marktpreismechanismus, Preisniveaustabilität, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung sowie Monopolkontrolle und progressive Einkommenssteuer sollten die staatlich gewährte Rahmenordnung sowie die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Wirtschaftsgeschehen gesteuert werden.

Der Verlauf der jüngsten Krise verdeutlicht, dass diesen Prinzipien nach wie vor Gültigkeit verschafft werden muss. Die beobachteten Marktübertreibungen waren unmittelbare Folge verfehlter Politik der Vergangenheit, die gegen die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstieß: In den USA versuchte man, die Konjunktur durch niedrige Zinsen zu stimulieren, und gab staatliche Anreize zur privaten Verschuldung. Die massive Geldmengenausweitung ließ Geld- und Gütermenge in ein Missverhältnis geraten. Außerdem entledigten sich viele Banken ihres Kreditausfallrisikos und damit der Haftung für bestimmte Geschäfte, indem sie Hypothekendarlehen verbrieften und am Markt an andere Banken, Finanzmarktakteure oder private Anleger verkauften, ohne von der Aufsicht zu einem Selbstbehalt gezwungen zu werden. Die direkte Gläubiger-Schuldner-Beziehung wurde zu Lasten einer intransparenten Haftungsstruktur aufgegeben. Fehlanreize bei Rating-Agenturen und Schwächen bei den internationalen Bilanzierungsregeln verstärkten die Entwicklung.

DIE RICHTIGE ANTWORT FINDEN

Trotz unübersehbarer Schwierigkeiten der Regelsetzung muss eine „Rückkehr des Staates“ in diesen Bereichen stattfinden. Dabei bildet die Soziale Marktwirtschaft den ordnungspolitischen Überbau, um die skizzierten Herausforderungen zu bewältigen. Sie bleibt eine adäquate Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und aus vielen Gründen eine zeitgemäße Ordnungsidee:

- Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsmodellen ist die Soziale Marktwirtschaft anthropologisch begründet und damit mehr als ein wirtschaftliches Konzept. Ausgangspunkt dieses Modells ist die Personalität des Menschen, auf dessen Urteilskraft und Entscheidungsfähigkeit vertraut werden kann.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb richtig, weil sie den Marktmechanismus ins Zentrum rückt. Die Fähigkeit der Marktwirtschaft, breiten Wohlstand zu generieren, ist unerreichbar. Flankiert wird dies durch die staatliche Rahmenordnung und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Marktgeschehen. Es darf nicht vergessen werden, dass die jetzige Krise auch durch die Verletzung dieser Grundlagen entstanden ist.
- Nur die Soziale Marktwirtschaft weist dem Staat eine konstruktive und angemessene Rolle zu. Sie minimalisiert ihn weder, noch überhöht sie ihn.



Adäquate Antworten auf die Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise bietet die Soziale Marktwirtschaft. Für dieses Ordnungsmodell wirbt die KAS weltweit.

- Mit dem Subsidiaritätsprinzip steht eine Vorgabe zur Verfügung, an der sich staatliches Handeln vor allem im Bereich der Sozialpolitik orientieren sollte: Die Missachtung dieses Prinzips hat wohlfahrtsschädliche Auswirkungen und diskreditiert den mündigen Bürger.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Doktrin, sondern ein „progressiver Stilgedanke“ (Alfred Müller-Armack). Aus diesem Grund ist sie als anpassungsfähiges Konzept international anschlussfähig.

INTERNATIONAL FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT WERBEN

Die KAS veröffentlichte die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ bisher in elf Sprachen, darunter Englisch, Französisch, Chinesisch, Russisch und Spanisch. Alle können heruntergeladen werden unter www.kas.de/Leitlinien

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert auch international verbesserte Regeln. Die Diskussion über eine qualitative Wohlstandsmehrung hat mit der Krise neue Impulse erhalten. Ein solcher Wohlstand muss auf einer soliden Wertebasis aufbauen, wie sie die Soziale Marktwirtschaft bietet. Dieser Kerngedanke prägt auch die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Durch ihr weltweites Engagement soll fundamentalen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf internationaler Ebene Geltung verschafft werden. Mit dem Grundlagendokument *Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften* wurde dabei ein Beitrag zur Debatte über eine globale Ordnungspolitik entwickelt. Das Dokument wird von führenden Repräsentanten aus Politik und Wissenschaft in der Europäischen Union mitgetragen und soll dem weltweiten Austausch in den Partnerländern der Konrad-Adenauer-Stiftung dienen. Ziel ist es, im Dialog mit politischen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträgern, Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Vertretern aus der Wissenschaft und von Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden weltweit Verbündete für die dargelegten Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens zu identifizieren sowie für eine praxisorientierte Anwendung zu gewinnen.

Insbesondere der Dialog mit den Kirchen wird in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein. Beide christlichen Weltkirchen haben in einem umfassenden Verständnis der Krise als kultureller Aufgabe jenseits nationaler Grenzen ihre Position zur Finanzmarktkrise, deren Ursachen sowie dem möglichen Ausweg mit grundlegenden Texten – namentlich der ersten Sozialenzyklika Papst Benedikts XVI. sowie einem Wort des Rates der EKD – unterstrichen.

PERSPEKTIVEN

Die Krise hat das Fenster zur Diskussion über globale wirtschaftliche und soziale Ordnungsstrukturen weiter geöffnet. Auch in den USA und Großbritannien findet eine neue Debatte über Wirtschafts- und Sozialmodelle statt – das erleichtert internationale Übereinkünfte. Zugleich wächst das weltweite Interesse an der Sozialen Marktwirtschaft. Besonders junge Demokratien und Regierungen in prekärer Lage zeigen die Bereitschaft zum ordnungspolitischen Dialog. Außerdem wird die Bedeutung eines staatlich eingeregelter Markt und definierter staatlicher Eingriffsmöglichkeiten für eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung im Zuge der Finanzkrise auch auf globaler Ebene ersichtlich. Was für den Nationalstaat gilt, ist auch für die Weltwirtschaftsgemeinschaft wichtig und lässt sich auf die Kernforderung der Ordoliberalen konzentrieren: Freiheit braucht Ordnung und muss mit Verantwortung verknüpft werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist den Gefahren, die sich aus der Finanzkrise ergeben haben, gewachsen.



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: WISSEN DIGITAL BÜNDELN

„Es ist bedrückend zu sehen, wie viele – auch von jenen, die sich ihr verhaftet fühlen – heute mit leichter Hand inflationär das Wort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ im Munde führen, es aber leider kaum noch erklären können und – was so wichtig ist in dieser Zeit – sie auch nicht mehr verteidigen können.“ Mit diesen Worten eröffnete der ehemalige Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) seine Antrittsrede im Februar 2009 im Deutschen Bundestag.



Diese ernüchternde Zustandsbeschreibung hat nichts an Aktualität eingebüßt. Es ist durch zahlreiche Umfragen hinlänglich belegt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahren teilweise das Vertrauen entzogen. Das mag auch daran liegen, dass es heute nur wenige glaubwürdige Führungspersönlichkeiten und Institutionen gibt, die sich ihrem originären Gedankengut verpflichtet fühlen und es – auch gegen Widerstände – vermitteln können. Es darf daher nicht verwundern, dass das Wissen um die handlungsleitenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft „verschüttet“ ist. Im schlimmsten Fall werden die heutigen wirtschaftlichen Probleme, etwa sinkende Wachstumsraten, strukturelle Arbeitslosigkeit, sanierungsbedürftige Sozialsysteme oder die immense Staatsverschuldung, einfach dem System der Sozialen Marktwirtschaft angekreidet. Mag der diagnostizierte Vertrauensschwund in unsere Wirtschaftsordnung auch mit der unreflektierten Gleichsetzung der ordnungspolitischen Idee mit der ökonomischen Realität zusammenhängen?

In jedem Fall scheint es immens wichtig, weiter über die Grundlagen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren und sich auch um deren Fortentwicklung zu bemühen. Schließlich ist sie ein Kernbestandteil der christdemokratischen Idee. Im Zeitalter digitaler Medien wird dabei auch das Internet zunehmend wichtiger, das für junge Menschen ohnehin das Informationsmedium erster Wahl geworden ist.

Vor diesem Hintergrund bündelt ein Internetportal die Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Themenbereich, will also „verschüttetes“ Wissen freilegen und neu vermitteln. Es werden Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt, Hintergründe der Wirtschafts- und Finanzkrise erläutert, einzelne Fragen direkt aufgegriffen und weiterführende Hinweise gegeben. Das Portal listet aktuelle Veranstaltungstermine sowie neue Publikationen auf und bietet Zugang zu anderen themenbezogenen Plattformen. Programmatische Texte, die Biographien der Gründungsväter, Videoclips und die Kontaktangaben zu den Experten in der Konrad-Adenauer-Stiftung komplettieren das Onlineangebot.

www.kas.de/soziale-marktwirtschaft



NEUE WEGE

ZUM STELLENWERT VON METHODIK UND DIDAKTIK IN DER POLITISCHEN BILDUNG

ANNETTE WILBERT

*Koordinatorin Stabsstelle
Didaktik und Methodik,
Hauptabteilung Politische
Bildung, Konrad-Adenauer-
Stiftung*

Es ist eines der Kernanliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie systematisch zu erläutern, christlich-demokratische Werte zu vermitteln und Kompetenzen für demokratisches Handeln zu stärken. Die zunehmende Mediatisierung der Politik und der wachsende Einfluss des Internets stellen die politische Bildung dabei vor besondere Herausforderungen. Denn „wer nichts weiß, muss alles glauben“ (Marie von Ebner-Eschenbach), was berichtet oder behauptet wird.

Studien belegen beispielsweise, dass die Wähler das Fernsehen als die wichtigste Informationsquelle über den aktuellen Wahlkampf betrachten. Sie folgen den Änderungen des Tenors der Fernsehberichterstattung und halten diesen für realitätsnah. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchungen ist, dass für eine Wahlentscheidung nicht unbedingt die Sachkompetenz, sondern die Sympathie zu einer vertrauenswürdigen Persönlichkeit ausschlaggebend ist. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass sich konstant positive Berichterstattung begünstigend auf die Wähler auswirkt und negative Beiträge die Unterstützung der Wähler verringern.

Vor diesem Hintergrund erhalten Fragen der Methodik und Didaktik in der politischen Bildung eine ganz neue Bedeutung. Welche Inhalte und Ziele wollen wir vermitteln? Wen wollen wir erreichen? Und vor allem: Wie können wir unsere Zielgruppen erreichen und politische Bildung so vermitteln, dass sie ihre Wirkung maximal entfalten kann?

AUF VIELFÄLTIGE ANFORDERUNGEN FLEXIBEL REAGIEREN

Darauf gibt es keine leichte Antwort. Zu heterogen ist unsere Gesellschaft und zu unterschiedlich sind die Lernvoraussetzungen. Zu vielfältig sind aber auch die einsetzbaren Methoden und Möglichkeiten moderner Unterrichtsgestaltung in Zeiten des Web 2.0. Wer über den strategischen Einsatz neuer Vermittlungsformen und Methoden nachdenkt, kommt daher nicht umhin, Zielgruppen jenseits der eingeübten soziodemographischen Kriterien zu bestimmen und besonders wirksame Motivationsanreize neu zu denken. Folgende Beispiele mögen dies verdeutlichen.

*Lernen am Computer und
im Internet ist nur dann
erfolgreich, wenn es durch
Präsenzphasen, in denen
zwischenmenschliche
Kommunikation stattfindet,
ergänzt wird.*

Ein erster Ansatzpunkt könnten die unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnisse sein. Erwerbstätigen Erwachsenen bieten die neuen Medien vielfältige neue Lernszenarien. E-Learning-Angebote und Online-Akademien machen Erwachsenenbildung unabhängig von örtlichen und zeitlichen Zwängen möglich. Sie sind aber, wie die Erkenntnisse der lernpsychologischen Forschung bestätigen, nur dann erfolgreich, wenn sie mit Präsenzphasen verknüpft sind. So wissen wir heute, dass das Gehirn ein soziales Organ (*social brain*) ist, das auf zwischenmenschliche Kommunikation angewiesen ist. Deshalb sind wir Menschen primär auf Resonanz und auf Kooperation „gepolit“. Das Gehirn belohnt das Miteinander durch Ausschüttung von gewissen Botenstoffen, die Wohlbefinden

erzeugen. Und alle neuronalen Motivationssysteme sind darauf ausgerichtet, Wertschätzung, Zuwendung, Bestätigung durch andere zu finden.

DIE INTERNET-GENERATION ERREICHEN

Ein weiterer Anknüpfungspunkt könnte die unterschiedlich stark ausgeprägte Medienaffinität sein. Die heranwachsende digitale Generation nutzt das Internet bereits selbstverständlich. Sie ist es auch, deren politische Einstellung und Erwartungshaltung in besonderem Maße durch die Medien beeinflusst wird. Das Internet ist für sie nicht nur Werkzeug im Klassenzimmer, Seminarraum, Büro oder Alltag, sondern auch ein sozialer Raum. Vor allem ist es ein freier Raum, wenngleich auch kein rechtsfreier Raum. Das Wertgefüge derjenigen, die sich regelmäßig in diesem Raum bewegen, scheint verändert, wie die Erfahrungen mit der Piratenpartei in jüngster Zeit deutlich machen. So sprechen sich zum Erstaunen vieler, die eine klassische politische Bildung genossen haben, grundsätzlich und ohne Güterabwägung gegen Internet-Zensur aus. Sie wollen, wie der Erfolg neuer Veranstaltungsformate wie Barcamps, d.h. partizipativ organisierte Veranstaltungen, zeigt, weder „didaktisiert“ werden, noch an „didaktisierten“ Materialien lernen. Sie wollen Freiraum, in dem sie jedoch begleitet werden möchten.

Das Internet ist hierarchiefrei, unkontrollierbar allwissend, und die junge Generation hegt eine besondere Kritikkultur untereinander – diese Gepflogenheiten verändern den Zugang zur und den Umgang mit Information. Dementsprechend sollte auch die Vermittlungsmethode gewählt und das Bildungsangebot konzipiert werden. Anwendungen wie Weblogs, Wikis, Chatdienste und Foren, E-Mail, Lernplattformen einerseits, Artikel, Websites, Wikipedia-Artikel andererseits bieten ganz neue Möglichkeiten. Diese Anwendungen und Inhalte sind mehr als Werkzeuge, mit denen sich Inhalte recherchieren lassen. Sie leisten einen Beitrag zu wesentlichen politischen Kompetenzen und unterstützen die Lernenden darin, sich Politik nach konstruktivistischen Lernprinzipien anzueignen.

Es erscheint zudem geboten, die Zielgruppe der Jugendlichen besonders in den Blick zu nehmen. Noch nie haben so wenige Bürger ihr Recht zu wählen genutzt wie heute. Der seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltende Trend korrespondiert mit der politischen Apathie bzw. dem Desinteresse vor allem auch jüngerer Menschen an der Politik und der zum Teil demonstrativen Abwendung von der traditionellen politischen Sphäre. Die Jugend zu gewinnen ist jedoch für viele gesellschaftliche Bereiche eine Notwendigkeit, für die Kirchen ebenso wie für die Politik, die Gewerkschaften und auch die politische Bildung. Dies gilt umso mehr, als empirische Beobachtungen belegen, dass die Jahre von zwölf bis sechzehn die entscheidenden Jahre für das politische Denken sind.

FÜR DIE HERAUSFORDERUNGEN GERÜSTET

Allein diese drei Beispiele zeigen, dass angesichts der Vielzahl, Unterschiedlichkeit und Komplexität der Veränderungen in der Gesellschaft die Methoden und Formate der politischen Bildung überdacht und neue Wege beschritten werden müssen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit der 2009 neu geschaffenen Stabsstelle Methodik und Didaktik die organisatorischen Voraussetzungen für eine strategische Anpassung des Lern- und Lehrangebotes geschaffen. Sie verdeutlicht die Bedeutung von Methodik und Didaktik nach innen und außen.

Die Umsetzung und Erschließung neuer Potenziale in den einzelnen Bereichen bleibt dabei eine Gesamtaufgabe. Es wird ein wichtiges Ziel sein, Akzeptanz für mehr Methodenvielfalt zu schaffen und zu ermutigen, neue Wege zu gehen. Dann aber wird die politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung auch in Zukunft die größtmögliche Wirkung entfalten und ihrem besonderen Auftrag gerecht werden.

Damit die Politische Bildung der KAS leistungsfähig bleibt, geht sie stärker als bisher neue Wege in Methodik und Didaktik.



Die „digitale Generation“ – Vor allem junge Erwachsene nutzen die Lernangebote im Internet.



KIND UND STUDIUM ERFOLGREICH MEISTERN

ELTERNNETZWERK DER STIPENDIATEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Ein wichtiges Anliegen der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es, Rahmenbedingungen zu gestalten, in denen Studium und Familie miteinander vereinbar werden. Für erfreulich viele Stipendiatinnen und Stipendiaten lautet die Frage nicht „Karriere oder Kinder“, sondern „Karriere und Kinder“. Sie zu unterstützen und ihre Interessen auch in die öffentliche Diskussion einzubringen, hat sich die Begabtenförderung zum Ziel gesetzt.

Im Jahr 2006 waren 123.000 Studierende mit einem Kind an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Das entspricht 7 Prozent aller Studierenden. Bei den KAS-Stipendiaten ist der Anteil vergleichbar. Studierende mit Kind befinden sich häufig in dem Konflikt zwischen Studienanforderungen und Betreuungsbedarf. Das trifft besonders dann zu, wenn Lehrveranstaltungen am Abend oder am Wochenende –

und damit außerhalb der Regelzeiten von Einrichtungen der Kinderbetreuung – stattfinden.

Um ihr Studium erfolgreich zu absolvieren, brauchen Studierende mit Kind eine verlässliche Unterstützung. Etwa die Hälfte von ihnen hat in Deutschland für das Kind

einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung. Mehr als jede vierte Mutter beziehungsweise jeder vierte Vater lässt das Kind privat betreuen, ein weiteres Viertel nutzt sowohl institutionelle als auch außerinstitutionelle Betreuungsformen. Die Vereinbarkeit von Studium und Kind bewerten Studierende in Ostdeutschland viel optimistischer als in Westdeutschland (72 Prozent versus 58 Prozent). Die persönliche Sicht der Studierenden auf die Vereinbarkeit von Studium und Kind hängt stark davon ab, welche Erfahrungen sie gemacht haben. Die Mehrzahl (60 Prozent) sieht beides als prinzipiell vereinbar an.

Um auch die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu unterstützen, hat die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung erstmals im September 2009 den Workshop „Kinder – Studium – Berufseinstieg: Erfolgreich meistern“ für Eltern angeboten. In dieser Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer über ihre bisherigen Erfahrungen und tauschten persönliche Erfolgsstrategien aus. Rollenvorbilder aus verschiedenen Berufsfeldern wurden vorgestellt, arbeitsrechtliche Fragen erörtert und in einem intensiven Bewerbungstraining eine individuelle Berufsplanung für die spezielle Situation als junge Eltern erarbeitet. Während des Workshops wurden die Kinder von qualifizierten Erzieherinnen betreut.

Im August 2009 wurde auf Initiative von Ulrike Löttsch und Holger Zapf das Elternnetzwerk „Studieren und Promovieren mit Kind – Netzwerk der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.“ gegründet. Das Netzwerk hat die Aufgabe, den Erfahrungsaustausch zwischen den Stipendiaten zu intensivieren, den Informationsfluss zwischen Eltern und der Begabtenförderung zu verbessern sowie Seminare für Eltern auszurichten. Eine eigene Kommunikationsplattform des Elternnetzwerkes ist in der Zwischenzeit im KAS-Alumni-Net eingerichtet worden.

Die Begabtenförderung der Stiftung misst dem Elternnetzwerk große Bedeutung bei, handelt es sich doch um einen wichtigen familienpolitischen Ansatz, Kindererziehung, akademische Ausbildung und Berufseinstieg besser miteinander zu vereinbaren.

*Elvira Giebel-Felten
Referentin Hauptabteilung Begabtenförderung
und Kultur, Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Christine Henry-Huthmacher
Kordinatorin Frauen- und Familienpolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*



UMWELTSICHERUNG IST ZUKUNFTSSICHERUNG

VOM NATURSCHUTZ IN AMAZONIEN BIS ZUR UMWELTPOLITISCHEN PARTEIENBERATUNG

ANJA CZYMMECK

*Leiterin KAS-Verbindungsbüros
Fortaleza (Brasilien)*

Wie vielfältig die Arbeit der KAS alleine in der Umweltpolitik ist, zeigt ein Einblick in das Länderprogramm Brasilien. Von der Förderung nachhaltiger Anbauweisen für Kleinbauern im Amazonasgebiet über die Vermittlung ökologischen Basiswissens für kommunale und regionale Entscheidungsträger bis zur umweltpolitischen Beratung der christlich-demokratisch orientierten Partnerpartei Democratas reicht das Engagement der KAS in dem südamerikanischen Schwellenland.

DR. NINO GALETTI

*Referent Energie und Umwelt,
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit*

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 schärfte auch beim Gastgeberland Brasilien das öffentliche Bewusstsein für den Erhalt von Natur und Umwelt. Nach dem Gipfel begannen sich viele Brasilianer mit Umweltthemen auseinanderzusetzen – ganz spezifisch mit dem Schutz der tropischen Regenwälder im Amazonasgebiet. Die brasilianische Politik erhob die Bewahrung der Naturschätze des Landes zu einem wichtigen Ziel.

Dieser „Geist von Rio“ ist bis heute Leitgedanke für die Arbeit der KAS in Brasilien, vor allem im Norden und Nordosten des Landes. Auf Grund der extremen Armut stehen Politiker, staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und die Bevölkerung vor der großen Herausforderung, ökonomische und ökologische Belange miteinander zu verbinden.

*Die KAS unterstützt Projekte,
die die Umwelt schonen,
verantwortungsvoll mit
begrenzten Ressourcen
umgehen und die soziale
Entwicklung fördern.*

Dass eine verantwortungsbewusste Nutzung von Umweltressourcen und soziale Entwicklung erfolgreich Hand in Hand gehen können, zeigt die Arbeit der Nichtregierungsorganisation Centro de Estudos Avançados de Promoção Social e Ambiental (CEAPS). Seit über 25 Jahren hilft die Partnerorganisation der KAS unter dem Projektnamen „Saúde e Alegria“ (Gesundheit und Frohsinn) in mittlerweile über 140 Gemeinden, die entlang des Rio Tapajós im Amazonasgebiet liegen, das Leben der Menschen an die besonderen Herausforderungen der Region anzupassen. Seit 1994 ist die KAS an dieser Arbeit, von der rund 30.000 Anrainer profitieren, beteiligt. Sie organisiert Seminare, bei denen die Bevölkerung über Umweltprobleme innerhalb ihrer Gemeinde aufgeklärt und über alternative Handlungsmöglichkeiten informiert wird. So lernen die Flussanwohner etwa, wie man von den Schätzen des Regenwaldes leben kann, ohne diesen zu zerstören. Konkret bedeutet das: Die KAS hilft den Menschen, eine Ausbildung in einem Handwerk oder einer Kunstfertigkeit zu machen, um mit den Produkten der Natur – etwa Schuhe aus Kautschuk oder Körbe aus Palmblättern – eine Einkommensbasis zu erlangen. Daneben werden Bauern über die Vorzüge der Biolandwirtschaft, die Folgen illegaler Waldrodungen oder der Ausweitung von Monokulturen unterrichtet.

Mit der Vermittlung dieser Kenntnisse beauftragt die KAS auch den Zirkus Mocarongo, der Kindern und Jugendlichen wichtige Lerninhalte mit Hilfe künstlerischer Aktivitäten und Animationen vermittelt. Der Zirkus besucht die Flussgemeinden regelmäßig per Schiff und ist der Treffpunkt „Nummer eins“: Hier begegnen sich die Bewohner und diskutieren Probleme. Das wichtigste Ziel dabei ist die Fähigkeit einer jeden Kommune, sich selbst zu verwalten und ihre Probleme eigenständig zu lösen. Deswegen steckt „Saúde e Alegria“ zusammen mit der KAS viel Energie in die Vermittlung demokratischer Werte und ermutigt die Bevölkerung zum aktiven Engagement und zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen in ihren Gemeinden. Diese Bemühungen tragen inzwischen Früchte: Durch ein eigenes Radioprogramm und eine selbst erarbeitete Zeitung haben sich die Flussbewohner untereinander vernetzt und tauschen Informationen aus. Daneben haben sie einen gemeinsamen Rat der Flussgemeinden gegründet, um ihre Interessen gegenüber Behörden und Unternehmen, die im Amazonasgebiet aktiv sind, zu vertreten.

Ein weiterer Beitrag der KAS zum Umweltschutz in Brasilien ist ein gemeinsames Projekt mit der Europäischen Union zur Förderung der nachhaltigen familiären Landwirtschaft im Nordosten von Brasilien. Die Lebenssituation der Kleinbauern in dieser Region ist schwierig und hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft: Auf der einen Seite sind die kleinbäuerlichen Betriebe dem steigenden Druck großer landwirtschaftlicher Konzerne ausgesetzt, auf der anderen Seite müssen sie sich mit zunehmenden Umweltproblemen wie Wüstenbildung, Wasserknappheit und langen Dürreperioden auseinandersetzen. Ziel des Projekts ist es, Methoden der Biolandwirtschaft zu vermitteln und über die Vermarktung ökologischer Produkte zu informieren. Die Bauern lernen Anbaumethoden kennen, die nicht nur effizienter und nachhaltiger sind, sondern auch Boden und Natur schonen. Die KAS versucht so, den Lebensstandard dauerhaft zu verbessern und dadurch der Armut entgegenzuwirken. Darüber hinaus setzt sich die Stiftung für die Errichtung eines Netzwerks zwischen den einzelnen kleinbäuerlichen Betrieben ein, so dass die Bauern die Möglichkeit haben, Informationen, Fragen und Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen sowie ihr neues Wissen weiterzugeben. Dass eine Steigerung des Einkommens und damit auch der Lebensqualität mit politischer Partizipation und Artikulation in Wechselwirkung steht, wird hier deutlich. Die Regierung des Bundesstaates Ceará hat die KAS daher gebeten, sie in diesem Bereich auch auf regionaler Ebene zu beraten.

Aber auch auf nationaler Ebene ist das Länderprogramm Brasilien aktiv. Anlässlich der 2010 stattfindenden Präsidentschaftswahlen haben die Democratas, die Schwesterpartei der CDU in Brasilien, ein Parteiprogramm verfasst, in dem die Themenbereiche Umwelt, Energie und Klimaschutz an prominenter Stelle berücksichtigt sind. Die KAS lud 2009 führende Politiker der Partei nach Deutschland ein und brachte sie mit deutschen Umweltexperten, darunter auch Wissenschaftlern vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, zusammen. Bei einem Gespräch mit der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner ließen sich die Brasilianer über aktuelle Entwicklungen in der deutschen Umweltpolitik unterrichten. Dabei standen die Haltung der Bundesregierung und der CDU zu Biokraftstoffen und erneuerbaren Energien sowie zur Atomenergie im Mittelpunkt. Aber auch konkrete Fragen wie die Entsorgung von Elektroschrott, die Einführung einer CO₂-Steuer oder die Möglichkeiten umweltverträglichen Bauens wurden besprochen.

Die Beispiele zeigen, dass politische Bildung und umweltpolitisches Engagement zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb ist es ein Anliegen der KAS, Demokratieförderung mit nachhaltiger Entwicklung und Zukunftssicherung zu verbinden.



Für junge Journalisten und für Journalistikstudenten veranstaltete das KAS-Büro in Fortaleza im September 2009 ein Praxisseminar zu umweltpolitischen Themen. Im Mittelpunkt standen die Probleme des Nationalwaldes Araripe im Bundesstaat Ceará im Nordosten Brasiliens.



DIE DIGITALISIERUNG DER WELT REVOLUTIONIERT DIE ERINNERUNG UND DETERMINIERT DIE ZUKUNFT. ZWISCHEN DATENSPEICHERN UND INFORMATIONSFLOTEN DROHT DEM MENSCHEN DIE FREMDBESTIMMUNG. EINE HERAUSFORDERUNG AUCH AN DIE LITERATUR UND IHRE ALTE FUNKTION ALS SEISMOGRAPH GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNGEN.



IM NETZ DER PARTEIEN?

INTERNET UND POLITISCHE KULTUR

RALF GÜLDENZOPF

*Leiter Abteilung Politische
Kommunikation, Hauptabteilung
Politische Bildung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Parteien und insbesondere die Volksparteien haben es schwer. Nicht nur die immer schwächer werdende Wählerbindung, sondern auch der Mitgliederschwund geht an ihre Substanz. Fast schon zu einem klagenden Vorwurf werden die Rufe, die vor dem Ende der Volksparteien warnen. Häufig wird gefragt, ob das Erfolgsmodell der deutschen Parteiengeschichte und der Garant für politische Stabilität am Ende sei. Sicher können gesellschaftliche Prozesse für die wachsende Distanz zwischen Bürger und Partei verantwortlich gemacht werden – vom Wertewandel bis zur Schwächung sozialer Milieus durch die zunehmende Individualisierung. Allerdings hat das Modell der Volksparteien nicht nur auf der Nachfrageseite ein Problem. Immer wieder wird auch Kritik an die Parteien selbst gerichtet: zu starr und unflexibel, zu hierarchisch und zu eng, zu ähnlich und zu abgehoben.

VON DER VOLKSPARTEI ZUR KAMPAGNENPARTEI?

Eine Vielzahl von Betroffenen und Beobachtern sind der Meinung, dass gerade das Internet den Parteien helfen kann, mit den Bürgern in Kontakt oder gar Dialog zu kommen. Die Utopie der grenzenlosen, gleichberechtigten, direkten und interaktiven politischen Partizipation scheint durch das Internet näher gerückt zu sein. Vor allem das Web 2.0 wird als eine Möglichkeit der Demokratisierung und ein Raum für soziale Bewegungen gesehen. Ist das Internet also eine neue Chance für die deutschen Volksparteien, mit ihren Mitgliedern und potenziellen Wählern in Kontakt zu kommen, sich zu „konsolidieren“? Oder verstärkt die Machtverschiebung im Internet vom Anbieter zum Nachfrager die zentrifugalen Kräfte, die drohen, die Volksparteien zu zerreißen? Macht denn nicht gerade das Internet den Schritt von der Volks- und Mitgliederpartei zur Kampagnenpartei nötig und möglich?

DIE BASIS WILL MITREDEN UND MITBESTIMMEN

Der Blick auf die Erfolgsfaktoren Barack Obamas zeigt, dass diese auch mit den Bedürfnissen der deutschen Wählerschaft korrespondieren: Personalisierung, überzeugende Botschaft, klare politische Alternativen, Plattformen für direkte Mitsprache und Diskussion, Raum für Selbstorganisation und vor allem zeitlich begrenztes Engagement für ein konkretes Projekt. Oder anders gewendet: Während die Menschen skeptischer gegenüber Politikern werden und sich nicht mehr auf eine Partei so richtig festlegen wollen, verlangen sie nach (neuen) Formen der Mitsprache und Mitbestimmung an politischen Prozessen. Das Internet bietet die Chance, dieses Verlangen zu kanalisieren und die Kräfte in einer Partei einzubinden. Dazu müssen innerparteiliche Diskurs- und Entscheidungsprozesse überdacht werden. Gerade der Rückgang der normativen Bindung stellt die Parteien vor die Herausforderungen, dass sie immer wieder unter Beweis stellen müssen, die Ziele, Interessen und Vorstellungen ihrer Mitglieder zu vertreten. Das bedeutet unter anderem auch, dass man noch stärker nachhören muss, was die

Basis will. Man könnte etwas überspitzt sagen, dass die Basis nicht nur mitgenommen werden will. Sie möchte mitbestimmen.

Das Internet hat ohne Frage die Gesellschaft verändert. Der Psychologe Peter Kruse weist beispielsweise darauf hin, dass die *digital natives*, also die Generation, die mit dem Internet aufgewachsen ist, wie Menschen aus einer anderen Kultur sind und wahrscheinlich grundlegend andere unbewusste Wertepreferenzen ausbilden. Kruse bringt das auf den Punkt: „Heimat ist, wo man seine Pubertät durchlitten hat.“ Bereits heute informieren sich die Jugendlichen vor allem im Internet. Für die 18- bis 29-Jährigen ist das Internet vor dem Fernsehen die wichtigste Quelle für politische Informationen. Dies ist auch die Alterskohorte, die E-Mails an Politiker schreibt, anstatt das persönliche Gespräch zu suchen. Mit dem Informationsverhalten ändert sich auch die Erwartung an die Kommunikation von Politikern.

KOMMUNIKATION ÜBER DAS INTERNET IST KEIN SELBSTLÄUFER

Diese „Kulturrevolution“ kann nicht ohne Folgen auf die Politik sein. Eine entscheidende Frage ist, inwieweit es Parteien gelingt, sich zu öffnen und mit der Konkurrenz von *Single-Issue*-Kampagnen im Internet umzugehen. Wie an den Aktienmärkten können die Bürger mittlerweile auch im politischen Prozess bei der Suche nach „strategischen Partnern“ diversifizieren. Sie können aus einem breiten Angebot von NGOs und Bürgerinitiativen auswählen. Warum sollte man heute noch in den großen, als schwerfällig empfundenen Mischkonzern „Volkspartei“ Zeit und Geld investieren, wenn man den größten Profit mit Hilfe schnell agierender, hochspezialisierter Bewegungen realisieren kann? Wie die E-Petition beim Bundestag zum Thema Netzsperrern gezeigt hat, kann mit vergleichsweise niedrigem Aufwand online mehr erreicht werden als in einer langwierigen Sitzung im Ortsverband, die im Zweifel von vornherein kaum Platz im Terminkalender findet. Etwas technischer ausgedrückt: Die Partizipationskosten im Ortsverband einer Partei sind im Zweifel um ein Vielfaches höher als im Internet, der Gewinn aber im besten Fall gleich groß. Einen Informationsvorsprung durch Parteimitgliedschaft gibt es kaum noch. Auch als Diskussionsraum ist die Verbandssitzung im Stammlokal nicht mehr notwendig. Nicht gebunden an Ort und Zeit scheint das Internet für viele die günstigere Alternative. Während die Möglichkeiten der Partizipation über das Internet sicherlich ein Gewinn für die Politik im Allgemeinen darstellt, sind sie per se noch kein Garant für die Erhöhung der Attraktivität von Volksparteien. Parteien müssen verstehen, dass nicht alles, was sie ins Internet stellen, euphorisch erwartet wird.

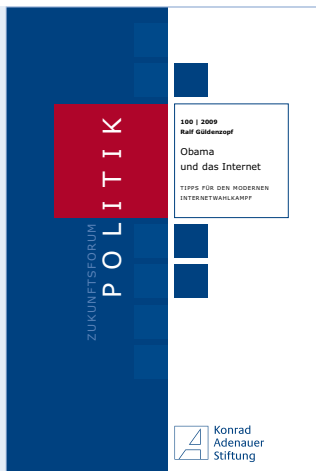
PARTIZIPATION IM WEB 2.0 – FÜR POLITIKER UND WÄHLER GIBT ES NOCH VIEL ZU LERNEN

Bei allem Rummel um das Internet und den Möglichkeiten für die Parteien muss man nüchtern feststellen, dass wir erst am Anfang des politischen Web 2.0 sind. Es bleiben noch viele Herausforderungen. So ist die Frage nach Verdichtung und Steuerung von Diskussionen, Beiträgen und Hinweisen im Internet ganz zentral, wenn man über die Möglichkeiten der E-Partizipation diskutiert. Hierbei geht es nicht um die Steuerung durch Parteien, aber den reibungslosen Diskurs der Aktivisten. Während viele das Ideal der Polis vor Augen haben, muss man auf der einen Seite danach fragen, was passiert, wenn sich 63 Millionen Wähler am Onlinediskurs mit Stellungnahmen etc. beteiligen würden. Auf der anderen Seite, was passiert, wenn „wenige“ zehntausende, gut ausgebildete und mit dem Internet Vertraute die Agenda einer ganzen Nation bestimmen. Gibt es so etwas wie die Schweigespirale 2.0?

Es ist nicht nur die Politik, die lernen muss, mit den neuen Instrumenten des Web 2.0 umzugehen. Auch die Nutzer – Bürger und Wähler – werden sich erst langsam der (politischen) Informations- und Einflussmöglichkeiten bewusst. Aber auch hier hat Obama einen entscheidenden Beitrag geleistet. Nicht nur beim Spenden wurden Bür-



Gehören Infostände der Parteien bald der Vergangenheit an?



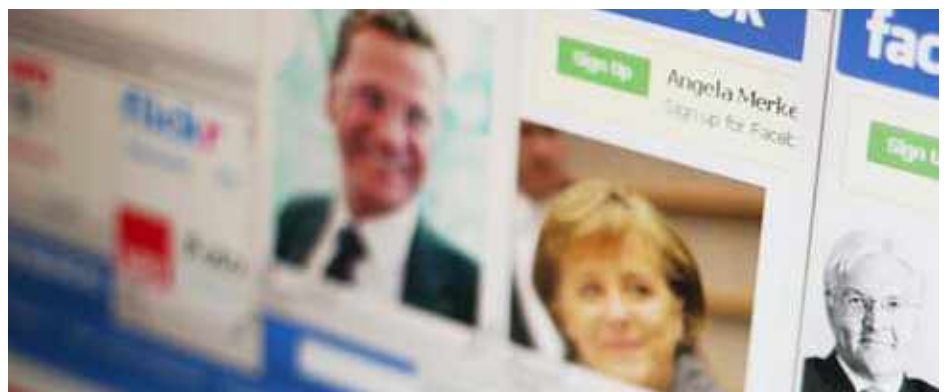
In dieser Broschüre betrachtet Ralf Güldenlopf wichtige Elemente des viel gelobten Online-Wahlkampfes von Barack Obama. Dabei prüft er, in wie weit sich die verschiedenen Methoden auf Deutschland übertragen lassen. Zugleich ermutigt er dazu, den Dialog zwischen Bürger und Politik mit Hilfe des Internets zu wagen. (Zukunftsforum Politik Nr. 100)

gern verschiedene Facetten der Partizipation verdeutlicht. Allerdings stimmt der Einwand, dass die kontinuierliche Parteiarbeit in Deutschland nur schwer mit den Wahlkampfmaschinen in den USA zu vergleichen ist, die je nach Bedarf alle vier Jahre angeschmissen werden. Es wäre jedoch ein Fehler, die Entwicklungen mit dem kritischen Blick auf eine drohende „Amerikanisierung“ einfach abzulehnen. Genauso falsch wäre es, mit *copy and paste* die US-Vorgaben eins zu eins zu übernehmen. Es muss auf Verhalten, Interessen und Werte im Internet eingegangen werden, um auch die Philosophie des Internets sowie deren länderspezifischen Unterschiede zu verstehen. Dass dabei das eine oder andere auch mal schiefgeht, vielleicht „uncool“ und gar nicht „netzreif“ ist, versteht sich von selbst.

ERFOLGVERSPRECHEND: DIE DEUTSCHEN VOLKSPARTEIEN MÜSSEN DAS INTERNET UND SEINE NUTZER ERNST NEHMEN

Diesen Raum des Experimentierens auf Seiten der Politik und Bevölkerung müssen auch die Medien einräumen. Noch zu häufig wurden die deutschen Bundestagskampagnen mit Obama verglichen – ein Vergleich, der aus vielerlei Gründen hinken muss. Es ist nicht einmal so sehr die große Differenz in den Budgets. Vielmehr scheint die US-Bevölkerung im Umgang mit dem Internet geübter, vielleicht auch innovativer und mutiger. Sicher hat auch Deutschland seine *digital natives*, aber in der Masse sind sie noch nicht mit dem Potenzial der USA vergleichbar. Auch die Netzwerke müssen sich hierzulande noch weiter verdichten.

Es ist heute unbestritten: Das Internet gehört zum Standardinstrument der politischen Kommunikation. Es trägt maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg einer Kampagne bei und kann ein entscheidender Pfeiler für die Organisation von Politik und Partei sein. Es gibt vielen Engagierten und Interessierten neue Möglichkeiten, sich in den politischen Prozess einzubringen. Die deutschen (Volks-)Parteien müssen Antworten auf die gesellschaftlichen, aber auch technologischen Herausforderungen finden, wollen sie nicht zwischen aktiven Netzwerken zerrieben werden. Dies wird nur gelingen, wenn man sich auf das Medium einlässt und seine Nutzer ernst nimmt.



Im Bundestagswahlkampf 2009 nutzten die deutschen Parteien verstärkt das Internet: Vor allem die Portale Twitter, YouTube und Facebook waren sehr beliebt.

VOM ARCHIVREGAL ZUM DATENSPEICHER

MICHAEL HANSMANN

*Sachbearbeiter Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/Archiv
für Christlich-Demokratische
Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Bewahrung von schriftlichen Hinterlassenschaften ist unabdingbar für jede Hochkultur und deshalb seit den ersten Keilschriftarchiven im Zweistromland vor 5.000 Jahren nachweisbar. Die europäischen Archive haben sich aus den Staats- und Adelsarchiven des Hochmittelalters entwickelt und weisen heute noch im Wesentlichen dieselben Funktionsmerkmale auf: Im Kern geht es darum, Schriftgut, das in der Verwaltung oder in privaten Zusammenhängen entstanden ist, zu übernehmen, es auf den bewahrenswerten Kern zu reduzieren, es zu verzeichnen, damit es wiedergefunden wird, und schließlich so zu lagern, dass es die nächsten Jahrhunderte vor Verfall geschützt ist, aber gleichzeitig der Forschung zur Verfügung steht.

DR. WOLFGANG TISCHNER

*Leiter Publikationen
Hauptabteilung Wissenschaftliche
Dienste/Archiv für
Christlich-Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

In den letzten zehn Jahren hat sich dieses Anforderungsprofil jedoch dramatisch zu ändern begonnen, was sowohl an den technischen Gegebenheiten wie dem „papierlosen Büro“ als auch an veränderten Kommunikationsbedingungen – Stichwort Internet – liegt. Es entsteht sowohl „Schriftgut“, das zwar theoretisch ausdrückbar wäre, aber nur noch in elektronischer Form vorliegt – E-Mails, Excel-Tabellen, Word-Dateien – wie auch Internetauftritte, die keinerlei Entsprechung mehr in einem Schriftstück haben und sich mehr und mehr zu einer Quellenform sui generis entwickeln. Als wäre dies noch nicht genug, wächst gleichzeitig der Papierausstoß immer mehr, so dass die traditionelle Lagerung von Akten an räumliche Grenzen zu stoßen beginnt. Gleichzeitig verlangen Nutzer, mittlerweile gewöhnt an elektronische Recherchemethoden, eine immer bessere Erschließung der vorhandenen Bestände. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass diese vier Problemkomplexe – elektronisches Schriftgut, die Archivierung von Internetseiten, das Volumen der übernommenen Akten und die Rechercheanforderungen – das Archivwesen in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten dramatisch verändern werden.

Die KAS nutzt die Möglichkeiten der EDV für ihre archivarische Arbeit optimal und ist auf diesem Gebiet mehr als konkurrenzfähig.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt sich schon jetzt diesen Herausforderungen. Dabei kommt ihm zugute, dass es als vergleichsweise junge Einrichtung – das ACDP wurde 1975 auf Initiative von Helmut Kohl gegründet – weniger als staatliche Institutionen von der Last der eigenen Traditionen gehemmt wird. Obwohl die Mittelausstattung nicht der der Landesarchive vergleichbar ist, wurde hier früh die Bedeutung der EDV für die archivarische Arbeit erkannt und man ist bestrebt, neue Techniken zur Lösung der anstehenden Aufgaben einzusetzen.

Schon weitgehend gegeben ist die Recherchemöglichkeit. Die über die Internetpräsenz der KAS benutzbare Archivdatenbank FAUST macht die Bestände des ACDP vollständig elektronisch recherchierbar und wird sukzessive durch Sonderbestände wie das bereits seit 2008 online verfügbare Plakatarchiv weiter ausgebaut.

Sehr gut aufgestellt ist das ACDP auch bei der Archivierung von Internetseiten: Das in Zusammenarbeit mit einer kommerziellen Softwarefirma entwickelte Offline Web Archiv (OWA) scheint sich momentan zur Standardsoftware im deutschsprachigen Raum für die professionelle Archivierung von Internetpräsenzen zu entwickeln. Konzipiert und

ständig weiterentwickelt nach den Vorgaben des ACDP, erlaubt es die Speicherung von Internetseiten einschließlich fast aller dort abrufbaren Animationen, Downloads etc. Wenn man sich vor Augen führt, in welcher Geschwindigkeit sich Anwendungen für Internetseiten ändern, wird leicht verständlich, warum OWA ständig weiterentwickelt werden muss. Zurzeit werden die Seiten der KAS und der CDU sowie ihrer Gliederungen regelmäßig gespeichert. Für die politische Arbeit wichtige Entwicklungen wie etwa die Internetwahlkämpfe in den USA 2008 und in der Bundesrepublik 2005 und 2009 sind ebenfalls für die zukünftige Forschung gesichert worden.

Noch keine einfach zu realisierende Lösung zeichnet sich bei der ständigen Zunahme des einzulagernden Archivgutes ab. Immer wieder gemachte Vorschläge, doch einfach papierne Akten zu scannen und elektronisch zu archivieren, scheitern unter anderem daran, dass bisher noch kein Speichermedium entwickelt worden ist, bei dem der Hersteller eine physische Haltbarkeit über zwei Jahrzehnte hinaus garantiert. Zum Vergleich: Bei Papier liegt die Lagerdauer unter günstigen Bedingungen bei mindestens 500 Jahren. Zwar gibt es vielversprechende Entwicklungen im Bereich von länger lesbaren DVDs und neuartigen Kristallspeichern, doch ist noch keine dieser Alternativen wirklich einsatzbereit.

*Auch Daten migrieren:
Damit nichts verlorenght,
müssen digitale Dokumente
immer wieder in neuen,
lesbaren Formaten auf neue
Server kopiert werden.*

Das gleiche Problem stellt sich in verschärfter Form auch bei der Sicherung elektronischer Dokumente wie E-Mails oder Textdateien. Zwar kann das ACDP bei der Akquisition der Akten, die etwa in einer Kreisgeschäftsstelle in den 1990er Jahren entstanden sind, auch deren Disketten, Festplatten etc. mit übernehmen. Bei der Sicherung kommt aber zum beschriebenen Problem der Speicherung noch hinzu, dass häufig damals verwendete Dateiformate mit heutiger Software kaum mehr lesbar sind: Word-Perfect oder Word für Dos 1.0 sind nicht mehr gängig. Hier kann man deshalb nur mit Zwischenlösungen arbeiten. Um den zukünftigen Anforderungen der digitalen Überlieferung gerecht zu werden, hat sich das ACDP entschlossen, ein digitales Archiv aufzubauen. Das Offline Web Archiv wird so weiterentwickelt, dass es dem derzeit fortschrittlichsten Standard der elektronischen Archivierung, dem ursprünglich für Daten der NASA entwickelten OAIS-Standard, entspricht. So wird es demnächst möglich



Die Spreu vom Weizen trennen: Nach sorgfältiger Sichtung wird das Bewahrenswerte archiviert.



sein, digitale Akten aus Fraktion und Partei sowohl im Originalformat als auch in konvertierter Form zu archivieren und lesbar zu halten. Solange ein dauerhaftes Speichermedium nicht verfügbar ist, werden die Daten ständig migriert: Alle drei bis fünf Jahre müssen die digitalen Dokumente in einer vorausschauenden Bestandserhaltung (*preservation planning*) kontinuierlich in einem neuen, lesbaren Format auf einen neuen Server kopiert werden.

LITERATUR ALS SEISMOGRAPH

KAS-LITERATURPREISTRÄGER MACHEN GESCHICHTEN AUS DER GESCHICHTE

PROFESSOR DR.
MICHAEL BRAUN

*Leiter Referat Literatur,
Hauptabteilung Begabten-
förderung und Kultur,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Beim Gedenken an den Mauerfall vor zwanzig und die Gründung der Bundesrepublik vor sechzig Jahren spielt die Literatur eine herausragende Rolle. Anders als Historiker überliefern Schriftsteller die Geschichte dem Gedächtnis der Gegenwart in Romanen und Essays, in Gedichten und manchmal auch in Dramen. Sie halten in literarischer Form fest, was geschehen ist, auch die leisen Erschütterungen unter der Oberfläche sichtbarer politischer und sozialer Ereignisse. Thomas Mann hat deshalb im Gründungsjahr der Bundesrepublik den Dichter als „Melde-Instrument, Seismograph, Medium der Empfindlichkeit“ bezeichnet.

Literatur als Seismograph vermag zukünftige Ereignisse vorwegzunehmen und rückblickend zu ermessen, wie bestimmte historische Prozesse möglich wurden. So haben polnische, tschechische und ungarische Schriftsteller in den 1980er Jahren die Mauern in den Köpfen überwunden, bevor im Herbst 1989 die real existierende Mauer in Europa fiel. Walter Kempowski (1929-2006), den die Kritik lange Zeit als in die Literatur verirrtten Archivar und besseren Unterhaltungsschriftsteller verkannte, hat uns mit seinem zehnbändigen Epochalwerk *Das Echolot* die letzten großen Zeitzeugdokumente von Krieg und Holocaust, Flucht und Vertreibung überliefert. Herta Müller, Literaturnobelpreisträgerin 2009, hat mit höchster Präzision die europäischen Diktaturschäden beschrieben. Und Uwe Tellkamps Roman *Der Turm* (2008) ist eines der sensibelsten poetischen „Melde-Instrumente“ der friedlichen Revolution.

Herta Müllers Roman *Atemschaukel* führt in ein vernachlässigtes Kapitel der europäischen Diktaturgeschichte. Noch bevor der Zweite Weltkrieg zu Ende war, wurden Anfang 1945 auf Geheiß Stalins viele in Rumänien lebende Deutsche für den „Wiederaufbau“ der im Krieg zerstörten Sowjetunion zur Zwangsarbeit in sowjetische Lager deportiert. Einer dieser Deportierten war der aus Hermannstadt stammende Schriftsteller Oskar Pastior. Eine andere die Mutter von Herta Müller. Im Jahr 2001 hat Herta Müller damit begonnen, Gespräche mit ehemals Deportierten aus ihrem Dorf und Pastiors Erinnerungen aufzuzeichnen, welche die Sprache anders „rafften“ als die verstoßenen Hinweise der Mutter. *Der Tod Pastiors* (2006) durchkreuzte den Plan eines gemeinsamen Buches. Herta Müller hat die Erinnerungen anderer zu einem Roman gemacht.

Sie beschreibt, wie ein siebzehnjähriger Siebenbürger Sachse im Januar 1945 zuhause abgeholt und nach wochenlangem Zugtransport in ein russisches Arbeitslager verbracht wird. Das Elend der fünf Lagerjahre wird jedoch nicht im realistischen Stil einer Chronik dokumentiert, sondern mit der bildhaft-genauen Absicht poetischer Wahrheit. In diesem Sinne gehen die Kapitel des Romans stets von den Dingen aus, von denen die Erinnerung noch über fünfzig Jahre nach der Rückkehr heimgesucht wird. Der „Hungerengel“, die „Mondsichelmadonna“, die „Kalkfrauen“, der „Blechkuss“, das „Meldekraut“: Jedes dieser Kunstworte enthält eine Welt für sich, das Gedächtnis von Arbeitskolonne und Abendappell, von der Schinderei im Schlackekeller und im Zementturm, von der Langeweile als der „Geduld der Angst“, von der Sehnsuchtskrankheit und dem

Heimweh als dem „Hunger nach dem Ort, wo ich früher einmal satt war“. Schmucklos, ohne Milde wird die vielfache Freiheitsberaubung des Menschen beschrieben: „Kälte schneidet, Hunger betrügt, Müdigkeit lastet, Heimweh zehrt, Wanzen und Läuse beißen“. Joachim Gauck hat dieser Sprache, welche die Freiheit des Wortes rettet, in seiner Laudatio auf die Literaturpreisträgerin der Konrad-Adenauer-Stiftung (2004) einen „imaginativen Realismus“ bescheinigt.

Ein seismographisches Zeugnis vom Anfang des Endes der DDR ist Uwe Tellkamps Roman *Der Turm*. Der 1968 in Dresden geborene Autor, der am 6. Dezember 2009 vom Vorsitzenden der KAS, Ministerpräsident a.D. Professor Bernhard Vogel, mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet wurde, hat die DDR von ihrer finstersten Seite kennengelernt. Während seines Wehrdienstes als Panzerkommandant in der NVA wurde er wegen „politischer Diversantentätigkeit“ inhaftiert; er hatte Anfang Oktober 1989 den Befehl verweigert, gegen Demonstranten vorzugehen, unter denen er seinen Bruder wusste. Seinen Medizin-Studienplatz verlor er daraufhin.

Als Romanautor will der nach 1989 promovierte Arzt Tellkamp „diagnostizieren“ und seinen „Figuren beim Leben“ zuschauen. Dies geschieht im *Turm* in prägnanten Porträts der Dresdner Bildungsbürgerschicht, der Nationalen Volksarmee, der Arbeiterwelt und der Bürgerrechtsbewegungen der DDR. Auf diese Weise kann man Tellkamps Buch als Gesellschafts- und Bildungsroman lesen. In symbolischer Form zeichnen sich darin viele Gründe für den Untergang der DDR ab: ihr aufgeblähter Staats- und Sicherheitsapparat, ihre Selbstmythisierung, ein drastischer Modernisierungsrückstand, eine selbstverschuldete Umweltkatastrophe und nicht zuletzt eine radikale Abschottung nach innen, die noch im November 1988 dazu führte, dass die mit „Glasnost“ und „Perestroika“ sympathisierende russische Zeitschrift Sputnik in der DDR verboten wurde.

Merkwürdigerweise – ein Unikum in der deutschen Literatur – endet Tellkamps Roman mit einem Doppelpunkt: „... aber dann auf einmal ... schlugen die Uhren, schlugen den 9. November, ‚Deutschland einig Vaterland‘, schlugen ans Brandenburger Tor.“ In der ursprünglichen Textfassung folgte auf den Doppelpunkt: „die Mauer fiel.“ Diesen plakativen Nachsatz hat der Autor für die Druckfassung gestrichen. Mit dem Brandenburger Tor öffnet sich der Roman am Ende der Geschichte, die ja weitergeht. Er zeigt uns zugleich den Abstand der Heutigen von der Geschichte. Tellkamp hat damit auch einen Zeitroman geschrieben, ganz im Sinne von Thomas Mann, indem er das „innere Bild einer Epoche“ entwirft.

Die Literatur kann das Geschehene nicht ungeschehen machen. Auch macht sie – als Seismograph – nicht die Erdbeben. Sie registriert die Haarrisse der Zeitgeschichte, sie misst die sozialen und ethischen Fragen der Zeit, sie signalisiert die Gefährdungen des Menschen und seiner Welt. Wir verstehen die Geschichte besser, wenn wir die literarischen Geschichten von Herta Müller, Uwe Tellkamp und anderer Autoren lesen.



KAS-Literaturpreisträger bei der Arbeit: Herta Müller (2004) und Uwe Tellkamp (2009) signieren ihre Werke. Die Aufnahmen entstanden jeweils nach der Preisverleihung in Weimar.

„MAN TROTZT DER ANGST BIS TIEF IN DIE SEELE“

HERTA MÜLLER ERHIELT DEN LITERATURNOBELPREIS

PROFESSOR DR.
GÜNTHER RÜTHER

*Leiter Hauptabteilung
Begabtenförderung und Kultur,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Im Dezember des letzten Jahres wurde Herta Müller der Literaturnobelpreis in Stockholm verliehen. Wahrlich ein großer Augenblick für die zierliche, aber willensstarke deutsche Schriftstellerin aus dem rumäniendeutschen Banat, wo sie in Nitzkydorf und Temesvar aufwuchs, studierte und berufstätig wurde. Achtzig Jahre zuvor war es Thomas Mann, dem die gleiche Ehrung in dem schicksalsschweren Jahr 1929 zuteil wurde, als die Weltwirtschaftskrise einsetzte und der Weimarer Republik mehr und mehr die demokratische Zustimmung entzog.

Während Thomas Mann das „Seelendunkel“ der Diktatur heraufziehen sah, als ihm der Nobelpreis verliehen wurde, schreibt Herta Müller sich die bitteren Erfahrungen des Totalitarismus von der Seele, denen sie sich bis zu ihrer Übersiedlung aus dem Dikturland Ceausescus in die Bundesrepublik Deutschland 1987 ausgeliefert sah. Ganz im Gegensatz zu Schriftstellern wie Christa Wolf oder Volker Braun nutzte sie ihre Ankunft in der Freiheit in allen ihren Romanen, Erzählungen, Gedichten und Essays zu einer ebenso eindringlichen wie sprachlich virtuoson Auseinandersetzung mit der Menschenleben zerstörenden Gewalt kommunistischer Regime. In 27 Jahren veröffentlichte sie weit mehr als zwanzig Bücher, die alle von der tiefen Beschädigung der Menschen in Zeiten der Unterdrückung, von Angst und Entwürdigung Zeugnis ablegen.

Schon in ihrem ersten, von der Zensur verstümmelten Erzählband *Niederungen*, der 1982 in Bukarest erschien, schreibt sie ihre Grunderfahrungen der Diktatur in Schmerzätzen nieder, die ihre ungewöhnliche poetische Virtuosität sichtbar werden ließen: „Ich hatte Angst“, berichtet sie in der Titelseite, „dass ich vor soviel Schmerz nicht mehr am Leben bin, und gleichzeitig wusste ich, dass ich am Leben bin, weil es noch schmerzte“. Dem Dasein zwischen Todesangst und Lebenswillen hat Herta Müller in ihrer Prosa und in ihren weniger bekannten, aber ebenso unter die Haut gehenden, aus Collagen zusammengesetzten Gedichten eine Poetik abgewonnen, aus der wir von der Diktatur für die Demokratie lernen können. Als Herta Müller 2004 der Literatur-



Die Nacht ist aus Tinte gemacht.

Herta Müller erzählt ihre Kindheit im Banat, 2 Audio-CDs, supposé, Berlin 2009, ISBN 978-3-932513-88-6

Herta Müller berichtet eindrucksvoll über ihre rumäniendeutsche Herkunft. Die Kritik nahm das Hörbuch, das sich ausgezeichnet als Einstieg in das Werk der Autorin eignet, begeistert auf.

preis der Konrad-Adenauer-Stiftung in Weimar verliehen wurde, schrieb der damalige Laudator Joachim Gauck, sie habe dem Dunkel der Diktatur Melodien abgelauscht, die „an das Geräusch der Ketten erinnern“. Aber sie ergäben, so unterschiedlich diese auch seien, doch ein Ganzes, „dessen Botschaft klar ist, wie ein Hymnus. Die Totenklage über die Zerstörten beschwört das Lebensrecht und die Würde aller Bedrohten“.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass Herta Müller genau zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt für ihr Werk geehrt wurde. Die Totenklage über die Zerstörten ist ebenso wenig verstummt wie die Würde der Bedrohten gesichert. Nur die Orte haben einen anderen Namen. Die Welt ist globaler geworden, aber die Freiheit damit nicht sicherer. In diesem Sinne ist Herta Müller eine politisch engagierte Schriftstellerin. Wer sie kennengelernt hat, spürt, dass sie bis in das letzte Wort und Bild hinein authentisch berichtet. Aber auch der Leser ihrer Werke spürt, ähnlich wie bei ihrem Schriftstellerkollegen Imre Kertesz, dass sie der Angst bis tief in die Seele getrotzt hat. Den Literaturnobelpreis erhielt sie, weil sie dieser Angst in einer faszinierenden, autobiographisch geprägten Bildsprache Ausdruck verlieh und „höchsten literarischen Ansprüchen“ genügt (Norbert Lammert).

Zu den wichtigsten Werken Herta Müllers gehören:

Atemschaukel, München 2009, ISBN 978-3-446-23391-1

Der König verneigt sich und tötet, München (u.a.) 2003, ISBN 3-446-20353-2

Herztier, Reinbek 1994, ISBN 3-498-04366-8

Der Fuchs war damals schon der Jäger, Reinbek 1992, ISBN 3-498-04352-8

Heute wär ich mir lieber nicht begegnet, Reinbek 1997, ISBN 3-498-04389-7

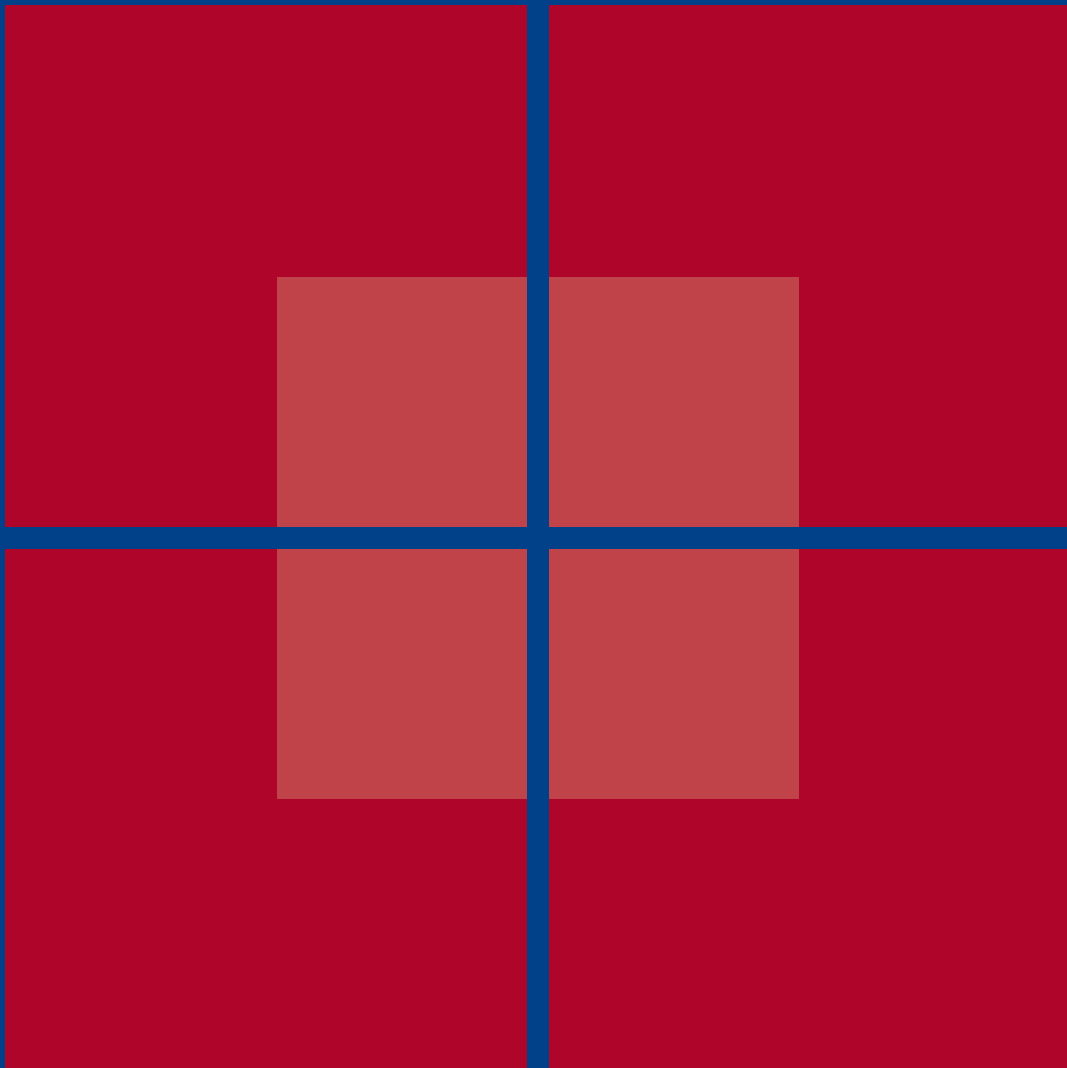


GELESEN

Die „Atemschaukel“, dieser jüngste Roman von Herta Müller, werde „zu Recht gefeiert“, schreibt Professor Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender KAS-Vorsitzender auf seiner Homepage. In diesem „bedrückenden literarischen Dokument“ schildert die Autorin das Schicksal der am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Rumänien nach Russland verschleppten Deutschen. Sie beschreibt „den aufreibenden, zermürbenden, vom ständigen Hunger geprägten Lageralltag, der die Menschen physisch wie psychisch verändert“. Für Lammert ist das Buch „eine Lektion zum Thema Glück. Und Demut. Und darüber, was das eine mit dem anderen zu tun hat.“

Quelle: www.norbert-lammert.de/gelesen





S T I F T U N G

WIR SIND EINE POLITISCHE STIFTUNG, DIE BUNDESWEIT IN ZWEI BILDUNGSZENTREN UND 16 BILDUNGSWERKEN AKTIV IST. RUND 70 AUSLANDSBÜROS BETREUEN WELTWEIT PROJEKTE IN MEHR ALS 100 LÄNDERN. UNSER SITZ IST IN SANKT AUGUSTIN BEI BONN UND IN BERLIN.

WIR ÜBER UNS

KONRAD ADENAUER UND SEINE GRUNDSÄTZE SIND FÜR UNS LEITLINIEN, AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG. DIE STIFTUNG TRÄGT SEIT 1964 DEN NAMEN DES ERSTEN BUNDESKANZLERS. SIE GING AUS DER BEREITS 1955 GEGRÜNDETEN „GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT“ HERVOR.



WIR DANKEN UNSEREN STIFTERN, SPENDERN UND SPONSOREN

Einen besonders herzlichen Dank richten wir an unsere Spender und Sponsoren, die auch im Jahr 2009 die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Konrad-Adenauer-Stiftung wieder durch Zustiftungen, Spenden und Sponsoring, mit ihren Förderbeiträgen oder als Kooperationspartner unterstützt haben.

Wir bedanken uns für das Engagement und das Vertrauen, das Sie der Konrad-Adenauer-Stiftung entgegenbringen, für die Empfehlungen, die so manche Tür geöffnet haben, und für die vielen guten Ideen und Anregungen, die eine Weiterentwicklung der privaten Finanzierung unserer Stiftung ermöglichen.

Wir alle können mehr bewegen, wenn wir Menschen in unserer Umgebung wissen, die uns begleiten und ideell und finanziell fördern. Wenn auch Sie die Zukunft mit gestalten möchten und Ihnen bestimmte Schwerpunkte unserer Arbeit wie zum Beispiel die Begabtenförderung, die politische Bildung, die internationale Zusammenarbeit oder Kunst und Kultur besonders am Herzen liegen, bietet eine Stiftung oder ein Fonds die ideale Form, Verantwortung für das Gemeinwohl mit zu übernehmen.

Unsere Erbschaftsbroschüre

Um weitere Möglichkeiten für Engagement, das dem Gemeinwohl dient, aufzuzeigen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Erbschaftsbroschüre herausgegeben. Darin finden Sie viele Fakten und nützliche Hinweise in verständlicher Form rund ums Erben und Vererben sowie Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung. Interessenten können die Broschüre über die unten angegebene Adresse bestellen.

Wir beraten Sie gerne.

Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Kulcsar
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41 / 246-26 16
Telefax: 0 22 41 / 246-25 39
E-Mail: petra.kulcsar@kas.de

■ **NATIONAL UND INTERNATIONAL** setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlage für politisches Handeln erarbeiten wir vorausschauend wissenschaftliche und aktuelle Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

■ **AUF TAGUNGEN UND KONGRESSEN** bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell. Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 10.000.

■ **AUSSTELLUNGEN, LESUNGEN UND PREISE** ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise eingesetzt haben. In unserem DenkT@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

■ **DIE GESCHICHTE DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE** in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 177.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

STIFTER UND SPENDER HABEN VIELES BEWIRKT

Eine Gemeinschaft kann umso Größeres bewegen, je mehr Menschen sie mittragen und fördern. Es lohnt sich, die christlich-demokratische Bewegung zu stärken. Seit vielen Jahren tun dies engagierte Menschen, indem sie die Konrad-Adenauer-Stiftung ideell und finanziell unterstützen. Mit dem ihr hinterlassenen Vermögen gründete die Stiftung verschiedene Fonds oder stockte schon bestehende auf. Alle Fonds dienen der satzungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der KAS. Stellvertretend für unsere weiteren Fonds stellen wir Ihnen hier den Else-Heiliger-Fonds vor.

Eine Bürgerin aus Aachen förderte mit ihrem Nachlass junge Talente

Else Heiliger bestimmte die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Alleinerbin ihres Vermögens mit der Auflage, befähigte und bedürftige Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. Aus dem Nachlass wurde der Else-Heiliger-Fonds (EHF) eingerichtet, und von 1994 bis 2009 erhielten zahlreiche junge bildende Künstler Arbeitsstipendien aus diesem Fonds.

Im Jahr 2009 gelang es, das bisherige Künstler-Förderprogramm des Else-Heiliger-Fonds in das Trustee-Programm EHF 2010 zu überführen und so seine Weiterführung sicherzustellen. Engagierte Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gewährleisten gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die Fortsetzung eines bürgerschaftlichen Erfolgsprogramms. Sechs bildende Künstler, zwei Autoren, ein Komponist und ein Tänzer erhalten Arbeitsstipendien, die ihnen ein Jahr lang kreatives Schaffen ohne Existenzdruck ermöglichen. Erstmals trafen sich Trustees zu einer Werkstatt in der Villa La Collina am Comer See, um Strategien des Programms zu diskutieren und den Dialog mit den geförderten Kreativen zu suchen. Albrecht Schäfer (Bildende Kunst), Friedemann Grieshaber (Bildende Kunst), Alex Nowitz (Komposition) und Julia Schoch (Literatur) präsentierten und diskutierten ihre Arbeit. Kein Zweifel: Die Trustee-Werkstätten werden fester Bestandteil des KAS-Kulturkalenders.

Sich engagieren und Steuern sparen

Das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sieht erhebliche Steuererleichterungen für Spender und Stifter vor. Mit einer Zustiftung in bestehende Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung oder mit der Gründung eines neuen Fonds, der Ihren Wünschen entsprechend anderen Sat-

zungszwecken der Stiftung zugutekommt, unterstützen Sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und tragen dazu bei, Frieden und Freiheit in der Welt zu sichern.



Erbschaften und Vermächnisse: Lassen Sie sich beraten

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gibt mit ihrer Broschüre „Zukunft schenken“ eine erste Hilfestellung zu Fragen rund um das Testament. Hier finden Sie auch Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung sowie zahlreiche nützliche Hinweise in verständlicher Form.

Bitte wenden Sie sich an:

Maria Skowronek
Tel. 02241/246-2427
Fax 02241/246-2539
maria.skowronek@kas.de
www.kas.de/zukunft-schenken

IN ÜBER HUNDERT LÄNDERN SETZT SICH DIE **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT** DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN AUFBAU FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHER UND RECHTSSTAATLICHER STRUKTUREN SOWIE FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT EIN. DIE FOLGEN DER INTERNATIONALEN FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE UND IHRE ÜBERWINDUNG BESTIMMTEN DIE ARBEIT IM JAHR 2009 EBENSO WIE ASPEKTE DER KLIMAPOLITIK UND DIE HERAUSFORDERUNGEN IN AFGHANISTAN UND IM NAHEN OSTEN.



75

NEUE GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

Die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Europäische Integration, eine zukunftsweisende Klimapolitik, Afghanistan und der Nahe Osten – dies sind die aktuellen Aufgaben, mit denen sich Deutschland, die EU und die atlantische Gemeinschaft 2009 konfrontiert sahen. Daneben haben die akuten Bedrohungen durch den transnationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, durch scheiternde Staaten und fanatisierte Regime nicht nachgelassen.

Zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs steht die Politik vor neuen, ernsthaften Herausforderungen. Die Gefahren der Gegenwart führen die Notwendigkeit der internationalen Arbeit der politischen Stiftungen vor Augen. Ihre Aufgabe ist es, das internationale Engagement Deutschlands um die „Macht der Argumente“ (Alt-Bundespräsident Professor Roman Herzog) zu ergänzen und auf diese Weise eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung in Frieden und Freiheit zu unterstützen.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat eine ordnungspolitische Diskussion in Gang gebracht. Dies ist für die KAS eine große Chance: Denn mit der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland ein Modell anzubieten, das gleichermaßen für wirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich steht und in der Bundesrepublik zu einem nachhaltigen Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten geführt hat. Die KAS hat ihr Engagement für die Soziale Marktwirtschaft in der internationalen Zusammenarbeit im vergangenen Jahr ausgebaut und durch neue Instrumente ergänzt. Dabei wurde der Fokus auf die aufstrebenden Schwellenländer und die G20-Staaten gelegt.

Dank ihrer sektoralen Ausrichtung ist die KAS für diese Diskussion gut vorbereitet. Im Rahmen des Projekts „Globale Ordnungspolitik“ begleiten Mitarbeiter seit einigen Jahren von Berlin aus inhaltlich übergreifend Querschnittsaufgaben wie „Globale Wirtschafts- und Sozialordnung“, aber auch „Werte- und Religionsdialog“, „Entwicklungspolitik und Demokratie“, „Parlaments- und Parteienförderung“ oder „Energie und Umwelt“. Daneben konzentriert die internationale Arbeit der KAS ihre Bemühungen weiterhin auf den Aufbau und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung freier und unabhängiger Medien sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Mehr als die Hälfte der finanziellen Mittel der KAS werden für die internationale Zusammenarbeit aufgewendet. In den derzeit 77 Auslandsbüros betreuen die Auslandsmitarbeiter gemeinsam mit über 300 Ortskräften Projekte in über hundert Ländern. Im Inland unterstützt die KAS ihr weltweites Engagement durch Deutschlandseminare, Fachkonferenzen, Studien- und Informationsprogramme. Dabei bringt sie ausländische Gäste mit Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Im Jahr 2009 fanden über hundert Besucherprogramme mit knapp tausend Teilnehmern statt. Auf 72 Fachkonferenzen und Fachgesprächen konnte die KAS rund 4.000 Teilnehmer begrüßen. Daneben betreute das projektbezogene Studienprogramm rund 150 Stipendiaten. Achtzig junge Führungskräfte aus Entwicklungsländern wurden neu in die Förderung aufgenommen.



Auf dem Podium diskutierten am 19. März 2009 in Berlin der ehemalige estnische Finanzminister Taavi Veskimägi, Norbert Röttgen MdB und Bischof Wolfgang Huber (v.l.). Karen Horn, Institut der deutschen Wirtschaft, moderierte das Gespräch.



Bild rechts: Im Vorfeld der Europawahl vom Juni 2009 fand im Mai 2009 die Konferenz „Europa heißt Freiheit. Über die Verantwortung von Demokraten“ statt. Zu den Referenten zählten Laurent Schouteten, Vorsitzender der Jugend der Europäischen Volkspartei, Rocco Buttiglione, Vizepräsident des italienischen Abgeordnetenhauses, Professor Beate Neuss, stv. KAS-Vorsitzende, und der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering.

EUROPA UND NORDAMERIKA

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon standen 2009 ganz oben auf der europäischen Agenda. Die KAS setzte den Akzent auf die Vorbereitungen zur Umsetzung des Vertrags. Das Europabüro Brüssel erörterte mit den zuständigen EU-Kommissaren die Auswirkungen des Vertrags auf einzelne Politikfelder. In Paris organisierte die Stiftung eine Diskussionsveranstaltung, die sich mit den Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag befasste.

Daneben griff die KAS die Jubiläen Sechzig Jahre Grundgesetz und Zwanzig Jahre Mauerfall auf. Das Pariser Büro veranstaltete ein Kolloquium zum Thema „Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall: Wohin steuert die Europäische Union?“ In Rom waren Sechzig Jahre Grundgesetz und Sechzig Jahre italienische Verfassung Anlass, mit Verfassungs- und Rechtsexperten bioethische Fragestellungen zu erörtern.

Das Auslandsbüro in Washington setzte seine wichtige Arbeit zur Festigung der transatlantischen Beziehungen auch 2009 fort. Nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen baute es Verbindungen zur neuen US-Administration und zu neu gewählten politischen Entscheidungsträgern auf. Einen Schwerpunkt bildeten Maßnahmen zur gemeinsamen Überwindung der internationalen Wirtschaftskrise. Auch in London stand dieses Thema im Mittelpunkt: Das Expertenforum „Wirtschaft, Ethik und Wachstum in Europa nach der Finanzkrise“ trug dazu bei, für die Soziale Marktwirtschaft zu werben. Im Vorfeld der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 hat die KAS ihr Engagement auf der iberischen Halbinsel – nicht zuletzt durch die Entsendung eines Auslandsmitarbeiters nach Madrid – wieder erhöht.

In Moskau und St. Petersburg entwickelte die Stiftung die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Partei „Einiges Russland“ sowie mit Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen fort. Insbesondere der rege Austausch junger Nachwuchspolitiker aus Russland und Deutschland hat zu einem besseren Verständnis füreinander beigetragen. Auch 2009 fand mit dem Baden-Badener Dialog ein Austausch der höchsten russischen und deutschen Richterschaft zu ausgewählten Rechtsthemen statt. Eine große Medienkonferenz in Moskau konnte nicht zuletzt aufgrund der hochrangigen Teilnehmer und der offenen Diskussions- und Gesprächskultur besondere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das 2. Zukunftsforum Schloss Wackerbarth, dessen Schirmherr auch 2009 wieder der sächsische Ministerpräsident war, stellte sich aktuellen Fragen zur Energiepolitik.

Die östliche Nachbarschaftspolitik der EU und die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise standen in Weißrussland und der Ukraine im Fokus. Weiterhin baute die KAS in Weißrussland die Arbeit mit Vertretern freier und unabhängiger Medien aus. In der Ukraine führte die fragile Parteienlandschaft zu einer verstärkten Arbeit mit politischen Think Tanks und wissenschaftlichen Instituten. Ziel bleibt, für ein stabiles demokratisches Parteiensystem zu werben.

Evaluierung

Die Qualität von Erfolgskontrolle und Evaluierung der internationalen Zusammenarbeit der KAS wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gewürdigt. In einer 2009 erschienenen Untersuchung der Evaluierungseinheiten zahlreicher deutscher Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit heißt es: „hinichtlich der für Evaluation eingerichteten Personalstellen [...] bei den politischen Stiftungen ist die KAS hervorzuheben“. Positives Echo erhält die KAS auch für die Entscheidung, die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen ihrer Evaluierungen der internationalen Zusammenarbeit der Öffentlichkeit im Internet zugänglich zu machen. Die konsequente Beschäftigung mit der Frage, was Wirkungsorientierung für ihre internationale Arbeit und deren Evaluierung bedeutet, wird ebenfalls unterstrichen.

Die Arbeit in Bulgarien war insbesondere durch den Erfolg der Partnerpartei GERB bei den Parlamentswahlen geprägt. In Rumänien und der Republik Moldau konnte der intensive Kontakt zu den Partnerparteien fortgesetzt und vertieft werden. Darüber hinaus wurde durch eine große kulturpolitische Konferenz in Hermannstadt (Sibiu) ein wichtiger Beitrag zur europäischen Verständigung geleistet. An dieser Konferenz nahm auch Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller teil. In der Republik Moldau eröffnete die KAS in diesem Jahr ein Ortskraftbüro, das die Entwicklung des Landes nach dem Regierungswechsel von den Postkommunisten zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung begleiten wird.

Zwanzig Jahre Freiheitsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und zwanzig Jahre Friedliche Revolution in der DDR waren die herausragenden Themen in Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien und der Slowakei. Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm an einer Veranstaltung mit Zeitzeugen anlässlich des 20. Jahrestages des Paneuropäischen Picknicks in Sopron teil. In Berlin erinnerte die KAS mit einem Vortrag des ungarischen Oppositionsführers Viktor Orbán an dieses für Europa und Deutschland wichtige Ereignis. In Polen feierte das KAS-Büro gleichzeitig sein zwanzigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass fand in Warschau eine Konferenz mit dem Titel „Umbruch und Aufbruch. 1989-2009: Christlich-Demokratische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit“ statt, an der Ministerpräsident Donald Tusk und sein Vorgänger Tadeusz Mazowiecki teilnahmen.

In Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien unterstützte die Stiftung ihre Partnerparteien bei der Entwicklung hin zu modernen Volksparteien mit aussagekräftigen Programmen und demokratischen Strukturen. Große Bedeutung hat dabei die Nachwuchsförderung; mit zahlreichen Politischen Akademien, Sommerschulen und mit der Vergabe von Stipendien setzte sich die Stiftung dafür ein, dass den demokratischen Parteien der Mitte in Zukunft qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Das neue Büro in Albanien konnte sehr gute Kontakte zur Demokratischen Partei (DP) von Premierminister Professor Sali Berisha etablieren. Im Vorfeld der Büroeröffnung hielt Berisha in Berlin einen Vortrag zum Ende des Kommunismus in Albanien, in dem er eindringlich schilderte, wie wichtig eine KAS-Außenstelle in seinem Land für die weitere demokratische Entwicklung sei.

In allen Ländern des westlichen Balkans wirkten die Länderbüros intensiv mit dem regionalen Rechtsstaatsprogramm sowie auch mit dem Medienprogramm zusammen. Anlässlich des 60. Geburtstags des Grundgesetzes wurde eine mazedonische Übersetzung wesentlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts veröffentlicht und der Justiz zur Verfügung gestellt.

ASIEN

Politische Parteien spielen für den Aufbau und das Funktionieren pluralistischer Gesellschaften eine wichtige Rolle. Aus historischen Gründen stellt sich die Situation asiatischer politischer Parteien höchst vielfältig dar und unterscheidet sich deutlich von den westeuropäischen Modellen. Die Spannweite in Asien reicht von voll entwickelten, vom politischen Wettbewerb geprägten Parteiensystemen wie in Indien bis zum marxistisch-leninistischen System einer Einheitspartei, etwa in Vietnam. In der Regel sind die Parteien stark personenorientiert; die Entwicklung einer politischen Programmatik ist noch häufig rudimentär. Aus diesem Grund hat die Stiftung auch 2009 ein breites Spektrum an Methoden zur Stärkung programmatischer Parteien angeboten, etwa durch Schulungen des politischen Nachwuchses und zur Programmentwicklung. Um den Erfahrungsaustausch zwischen den Länder- und Regionalprogrammen, aber auch mit den in der Region existierenden Parteien(bündnissen) zu intensivieren, fanden Fachkonferenzen zur „Parteienförderung in Südostasien“ in Kuala Lumpur und zu „Parteienkooperationen der KAS im Südlichen Kaukasus, in Zentral-, Süd- und in Ostasien“ in der früheren Hauptstadt Kasachstans, Almaty, statt.



Stipendien im Senegal

In dem westafrikanischen Land erhielten im Jahr 2009 19 Studenten ein Stipendium zur Weiterbildung. Während ihres Studiums werden sie intensiv durch das KAS-Büro in Dakar betreut. Einige der Stipendiaten stammen aus abgelegenen und sehr armen Gegenden des Landes und tragen als Vorbildfunktion zu einer höheren Einschulungsrate und besseren Schulergebnissen in ihrer Heimatregion bei. Nach ihrem Studienabschluss leisten sie als Lehrer und Initiatoren von Entwicklungsprojekten einen aktiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung Senegals.

In Kooperation mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin und der Japanischen Entwicklungsagentur führte die KAS in Berlin ein Symposium durch, bei dem Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Konzeption und Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen zwischen Deutschland bzw. Europa und Japan in Afrika erörtert wurden.

Die Parlamentswahlen in Indien und Indonesien im Frühjahr 2009 haben vielen jungen Politikern erstmalig den Einzug in die nationalen Parlamente ermöglicht. Viele Frauen und Männer dieser neuen Generation haben zuvor bereits an KAS-Maßnahmen zur Förderung des politischen Nachwuchses teilgenommen, so dass hier schon Kontakte bestehen, so etwa zur Jugendorganisation des Indischen Nationalkongresses (INC) und zur indonesischen Golkar-Partei.

In Thailand feierte das 1999 vom Medienprogramm der KAS gegründete „Asia News Network“ (ANN) sein zehnjähriges Bestehen. An dem Nachrichtensyndikat sind inzwischen 21 Zeitungen aus achtzehn Ländern Asiens beteiligt. Damit erreicht ANN täglich knapp dreißig Millionen Leser. In Nepal hat die politische Revolution der Stiftung die Chance eröffnet, schon im Prozess der Verfassungsgebung ihre Expertise einzubringen. Neben Beratungsmaßnahmen in Kathmandu zum Verfassungsrecht wurde auch eine Studienreise für Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung nach Deutschland durchgeführt. Ferner wurde damit begonnen, die Regierung Nepals bei der Formulierung außenpolitischer Leitlinien zu unterstützen.

Insbesondere für Pakistan war das Jahr 2009 von widersprüchlichen Entwicklungen geprägt: Während mit der Wiedereinsetzung des Obersten Verfassungsrichters Fortschritte im Bereich der Unabhängigkeit der Justiz erzielt wurden, verschlechterte sich die allgemeine Sicherheitslage im Land so signifikant, dass zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Dennoch baute die Stiftung mit ihrem Büro in Islamabad ihre Aktivitäten in Pakistan weiter aus. In Afghanistan unterliegt der international angestrebte *Nationbuilding*-Prozess, den die KAS seit 2002 unterstützt, erheblichen Schwierigkeiten. Gemeinsam mit dem Hauptpartner National Centre for Policy Research (NCPR) führt die Stiftung Seminare zur Sozialen Marktwirtschaft durch.

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Mit Blick auf den Nahen Osten erfuhr die Projektarbeit der Stiftung eine Vertiefung und strategische Erweiterung: Ihr stellvertretender Vorsitzender, Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert MdB, gab am 9. Juni 2009 in Abu Dhabi den Startschuss für das neue Regionalprogramm Golf-Staaten. Dessen Aufgabe ist es, den ordnungspolitischen sowie den außen- und sicherheitspolitischen Dialog in dieser immer wichtiger werdenden Region auf- und auszubauen.

In der Türkei setzte die KAS die Schulungen für Imame, die durch das Amt für Religiöse Angelegenheiten nach Deutschland entsandt werden, fort. In Alanya diskutierten deutsche und türkische Experten über das Verhältnis von Integration und interreligiösem Dialog in beiden Ländern. Anlässlich des 30. Jahrestags der Gründung der Islamischen Republik Iran diskutierten deutsche und iranische Experten in Mülheim/Ruhr über die Entwicklung des Rechts, die Situation der religiösen Minderheiten und über die Perspektiven der „grünen Bewegung“ des Reformers Mir-Hossein Mussawi.

Zu einer internationalen Konferenz über den Mauerfall lud die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel renommierte Bürgerrechtler und Zeitzeugen, wie Rainer Eppelmann, Vera Lengsfeld, Bärbel Bohley und Konrad Weiss, nach Haifa ein. Mit der internationalen Veranstaltung „Fünfzig Jahre europäisch-israelische Beziehungen“ richtete die KAS Jerusalem den Blick auf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen. Das Büro in Ramallah widmete sich dem Thema religiöser Narrative zu Jerusalem aus der Perspektive der drei monotheistischen Religionen. Internationale Experten diskutierten deren Bedeutung sowie deren friedentiftendes Potenzial für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess.

Im besonderen Fokus stand in Ägypten die Fortführung der „Politischen Bildung für Imame“, eine Fortbildungsreihe, mit der sich die KAS erfolgreich mit Inhalten zum Thema Rechtsstaat und Demokratie an entscheidende Multiplikatoren der ägyptischen Gesellschaft wendet. Aufgrund der nach wie vor marginalisierten Rolle von Frauen galt der Familiengesetzgebung sowie den Frauenrechten besondere Aufmerksamkeit.

Im ersten Jahr nach der auf dem Gipfel von Paris beschlossenen Gründung der „Union für das Mittelmeer: Barcelona-Prozess“ nahm das Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb mit einer Veranstaltung in Tunis eine Zwischenbilanz vor. Zusammen mit dem Club of Rome stellte die KAS das DESERTEC-Projekt und seine politischen Implikationen vor.

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

In der Republik Südafrika, wo Jacob Zuma, schillernder Präsidentschaftskandidat des African National Congress (ANC), bei den Wahlen vom 22. April 2009 die Zwei-Drittel-Mehrheit knapp verpasste, setzt die KAS auf die Stärkung oppositioneller Kräfte in der jungen Demokratie. Viel beachtet wurde auch eine Maßnahme, die in Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft 2010 durchgeführt wurde: Der so genannte Green Goal Action Plan ist ein umfassendes, verwaltungsübergreifendes Konzept und hat eine umweltfreundliche Ausrichtung der Fußball-WM im Spielort Kapstadt zum Ziel.

In Namibia wurde die intensive Kooperation mit dem Parlament fortgeführt. Neben der programmatischen Förderung der neugegründeten Bewegung für Demokratie und Fortschritt (RDP) wurde im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen ein Wahlbeobachterhandbuch veröffentlicht. In Angola fördert die KAS weiterhin die oppositionelle UNITA-Partei, während in Mosambik künftig neben der Oppositionspartei RENAMO auch die neugegründete Movimento Democrático de Moçambique (MDM) beim Aufbau der Parteistrukturen unterstützt wird.

In Simbabwe stärkt die KAS Reformkräfte, die Menschenrechte schützen, politische Partizipation fördern und für den friedlichen Übergang hin zu einer demokratisch legitimierte Regierung arbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Mass Public Opinion Institute (MPOI) wurde eine Publikation erarbeitet, die die Vorkommnisse im Wahljahr 2008 aufarbeitet.

Um in Nigeria Politiker, Wissenschaftler, Ökonomen und Vertreter der Kirchen in einen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu bringen, führt die KAS in verschiedenen Bundesstaaten regelmäßig Diskussionsforen durch, unter anderem mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. Bei der vierten sicherheitspolitischen Regionalkonferenz in Lomé erörterten ranghohe Militärs und Spitzenpolitiker aus Benin, Mali, Elfenbeinküste, Niger, Burkina Faso und Togo die Frage der politischen Kontrolle der Armee durch den demokratischen Staat.



Generalkonsul Hans-Werner Bussmann, Kapstadts Bürgermeister Dan Plato, Werner Böhler, Leiter des KAS-Büros in Kapstadt, und die Premier des Western Cape, Helen Zille, förderten den Green Goal Action Plan in Südafrika.

Auf Einladung des Medienprogramms Subsahara-Afrika hatten junge Politiker aus Westafrika in Ouagadougou (Burkina Faso) die Möglichkeit, sich über neue, erfolgversprechende Techniken des Marketings und der Kampagnenführung in der Politik zu informieren.

LATEINAMERIKA

In Lateinamerika konkurrieren sehr unterschiedliche ordnungspolitische Entwicklungsmodelle. Die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise offensichtlich gewordene Grundsatfrage, welche erfolgreichen und nachhaltigen Strategien die Armut überwinden können, behandelte das regionale Sektorprogramm „Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika“ (SOPLA) in Studien und Seminaren. Hinsichtlich der Verbesserung der Partizipation marginalisierter Bevölkerungsgruppen, allen voran die der Indigenen, hat das



Planungsausschuss

Der langjährige Vorsitzende des Planungsausschusses und frühere Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Volkmar Köhler (2.v.r.), gab am 5. Juli 2009 den Vorsitz des Gremiums, das er seit 1989 führte, aus Altersgründen ab. Der stellvertretende Vorsitzende der KAS, Staatsminister a.D. Anton Pfeifer (rechts), dankte Köhler für das jahrzehntelange Engagement für die Stiftung und würdigte seine kompetente Leitung und die stets gute Gesprächsatmosphäre. Als Nachfolger wurde der stellvertretende KAS-Generalsekretär Gerhard Wahlers (links) berufen.

Regionalprojekt „Politische Partizipation der Indigenen“ die Regierungsschulen in Ecuador, Peru und Bolivien fortgesetzt und auf Guatemala ausgedehnt. Im Bereich der Rechtsstaatsförderung hat die Frage der Koexistenz des klassischen westlichen Justizsystems und indigener Rechtstraditionen an Bedeutung gewonnen.

In Mexiko konzentrierte sich die Arbeit mit der Partnerpartei PAN (Partido Acción Nacional) auf die Wahlprozesse und auf Fragen der Vermittlung der aktuellen Reformagenda. Dies stand auch im Mittelpunkt einer gemeinsam mit der Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft organisierten Mexiko-Tagung in Berlin. Das Thema Soziale Marktwirtschaft behielt einen herausragenden Stellenwert. Unternehmerverbände blieben dabei ein ebenso wichtiger Bündnispartner wie verschiedene Universitäten und Forschungsinstitute.

In Zentralamerika wurden sowohl länderspezifische Aspekte als auch regionale Themen behandelt. Wichtige Bestandteile sind dabei die politische Bildung und Nachwuchsförderung sowie die Stärkung der politischen Systeme insbesondere über die Wahlgerichte. In Kolumbien standen Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für die Partei- und Parlamentsberatung mit der Partnerpartei Partido Conservador an vorderster Stelle. Dies wurde durch Maßnahmen zur Sensibilisierung von Medien in der politischen Berichterstattung flankiert. Die Arbeit in Venezuela wird auch weiterhin durch die gezielten und zunehmenden Einschränkungen durch die Regierung von Präsident Hugo Chávez geprägt. Die zentrale Herausforderung lag deshalb darin, die Handlungsfähigkeit der Opposition zu stärken.

Im Andenraum blieb die Entwicklung politisch mehr als besorgniserregend. In Bolivien hat die KAS im Kontext des offen zu Tage getretenen Konflikts um Autonomiebestrebungen einiger erdgasreicher Provinzen den gesellschaftspolitischen Dialog, die Parlamentsberatung und die Stärkung der demokratischen Opposition gefördert. In Peru hat sich die Arbeit auf die Kooperation mit dem Parteienbündnis Unidad Nacional und der Partido Popular Cristiano (PPC) konzentriert.

Die KAS hat in Chile den politischen Prozess im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen mit strategischer Beratung der Partnerpartei PDC (Partido Demócrata Cristiano) aktiv begleitet. Die Arbeit in Brasilien konzentrierte sich einerseits auf die Themen nachhaltige Lokal- und Regionalentwicklung sowie Stärkung der Zivilgesellschaft und andererseits auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und Integration in Südamerika sowie die Intensivierung des Dialogs zwischen Brasilien und Deutschland bzw. der Europäischen Union.

Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften

Die Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise erfordert internationale Regeln. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bietet einen solchen Orientierungsrahmen. Die KAS hat mit den 2009 erarbeiteten „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ eine Grundlage für den internationalen ordnungspolitischen Dialog geschaffen, das u.a. vom Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Joseph Daul, und dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, mitgetragen wurde. Ziel ist es, die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft zu erhöhen und ihren Prinzipien im jeweiligen kulturellen Kontext Geltung zu verschaffen. Die Leitlinien wurden bisher in elf Sprachen übersetzt, darunter Englisch, Französisch, Chinesisch, Russisch und Spanisch.

www.kas.de/leitlinien



WELTWEIT GUT VERNETZT – MIT PASTIS EFFIZIENT PROJEKTE STEUERN

In ihrer internationalen Zusammenarbeit betreibt die KAS rund 200 Projekte mit einem Finanzvolumen von rund sechzig Millionen Euro. Der zeitliche, finanzielle und vor allem administrative Aufwand für die Entwicklung, Beantragung und Durchführung der Projekte und den abschließenden Verwendungsnachweis ist hoch. Um die inhaltliche Arbeit zu stärken, hat sich die KAS das Ziel gesetzt, vorhandene Potenziale zur Prozessoptimierung konsequent zu nutzen.

Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnet gewaltige Möglichkeiten. Dank des Internets lassen sich Arbeitsprozesse stärker elektronisch unterstützen: Dokumente sollen nicht mehr lange Umlaufpläne durchlaufen, Daten müssen nicht in mehreren Parallelsystemen eingepflegt werden und Informationen stehen orts- und zeitunabhängig allen Beteiligten eines Vorganges zur Verfügung. Das ist der Leitgedanke von PASTIS.

PASTIS. Diese Abkürzung steht für **P**rojekt**A**brechnungs-, **S**teuerungs- und **I**nformations**S**ystem. Dieser Begriff deutet bereits an, wie komplex das System ist. Ursprünglich ging es darum, die großen Finanztransaktionen der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit in den Gesamtbuchhaltungskreislauf der KAS zu



Im Herbst 2009 erhielten sechs Buchhaltungs-Ortskräfte aus Lateinamerika und ihre Kollegen aus der Zentrale in Berlin ein zweiwöchiges Training zur Nutzung von PASTIS.

integrieren, um unnötige Schnittstellen und mehrfache Dateneingaben überflüssig zu machen. Als die Verantwortlichen erkannten, dass nicht nur effizientere Finanzabläufe, sondern auch eine erheblich effizientere Projektsteuerung und Informationsbeschaffung möglich ist, erfuhr das Projekt die Erweiterung, die im Namen steckt. Der komplette Lebenszyklus eines Projekts soll elektronisch unterstützt werden. Nun kann gelingen, was vordem als Widerspruch galt: eine Kombination aus stärkerer Verlagerung von Verantwortung auf die Auslandsbüros bei zeitgleicher und verbesserter Steuerungsmöglichkeit durch die Zentrale.

Nicht zuletzt die Zuwendungsgeber verlangen mit zunehmendem Nachdruck, dass die Abrechnung, die inhaltliche Steuerung und die Evaluierung von Projekten zu einem integrierten System verbunden werden und für sie wie für die Wirtschaftsprüfer eine ganzheitliche wie durchgängige Betrachtung der Auslandsprojekte ermöglichen.

Im Januar 2010 erfolgt die Einführung von PASTIS in der Pilotregion Lateinamerika. Das ist für die beteiligten Mitarbeiter an den Auslandsstandorten und der Zentrale in Berlin der Startschuss zur Abwicklung der Projektadministration mithilfe eines elektronischen Vorgangsbearbeitungssystems. Im Herbst 2009 wurden die zukünftigen Nutzer bei einer Regionalkonferenz auf den Einsatz der neuen Steuerungsinstrumente vorbereitet. Ab 2011 werden die anderen Kontinente sukzessive in das neue System integriert.

PASTIS ist eine Aufgabe, die herausfordert und motiviert und die viele Projektbeteiligte mit den unterschiedlichsten Funktionen aus mehreren Hauptabteilungen, Bereichen und Querschnittsfunktionen zusammenführt. Ein Beispiel gelungener Vernetzung und stiftungsweiter Zusammenarbeit.

*Felix Dinnessen
Projektleiter PASTIS in der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit der
Konrad-Adenauer-Stiftung*



DIE HAUPTABTEILUNG POLITIK UND BERATUNG HAT SICH ZUR FESTEN GRÖSSE IM POLITISCHEN BERLIN UND BEI LANDESPOLITIKERN ENTWICKELT. IN DEN BEREICHEN INNENPOLITIK, GESELLSCHAFTSPOLITIK, WIRTSCHAFTSPOLITIK SOWIE EUROPA-, AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK ERARBEITEN RUND ZWANZIG WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER ANALYSEN UND LÖSUNGSORIENTIERTE KONZEPTE. SIE BEGLEITEN DAS GESPRÄCH ZWISCHEN WISSENSCHAFTLERN UND POLITIKERN UND VERMITTELN INHALTE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

MIT EXPERTISE ENTSCHEIDUNGEN BEGLEITEN

Unter den Angeboten in der Politikberatung der KAS bildeten die Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Fragen der vernetzten Sicherheit und Beispiele kommunaler Familienpolitik besondere Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2009.

TEAM INNENPOLITIK

Ein Höhepunkt des Jahres war die 4. Berliner Rechtspolitische Konferenz. Hochrangige Teilnehmer aus Legislative, Exekutive und Judikative – unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Professor Roman Herzog und Helmut Schmidt – diskutierten über die rechtspolitischen Folgen für Staaten in einer globalisierten Welt. Dabei ging es vor allem um die Themen Wirtschaft, Sicherheit, Gerechtigkeit und die Souveränität von Staaten im Prozess der Globalisierung. Bei der neuen Veranstaltungsreihe „Rechtspolitische Gespräche zum Sozial- und Arbeitsrecht“ kamen 2009 erstmals Fachpolitiker, Richter und Wissenschaftler zum Gedankenaustausch zusammen.

Zum Jubiläum „Sechzig Jahre Bundesrepublik“ führte die KAS eine repräsentative Umfrage zum Demokratieverständnis der Deutschen durch. Erfreuliches Ergebnis: Über neunzig Prozent der Wahlberechtigten sehen in der Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte. Zur Würdigung von „Zwanzig Jahre friedliche Revolution“ erschienen mehrere Publikationen in der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“. Insbesondere die Hefte zum Thema „Wie schmeckte die DDR?“ waren stark nachgefragt. Der Gesprächskreis „Neue Länder“ befasste sich auf seiner jährlichen Tagung mit den Chancen der neuen Länder in der Globalisierung und der Zukunft der europäischen Strukturfonds.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Rechts- und Linksextremismus befassten sich zwei Studien mit der Linkspartei und eine mit Rechts- und Linksextremismus in Deutschland.

Die Idee der Bürgergesellschaft überzeugt vor allem durch Vorbilder. Welche Beispiele, die zur Nachahmung einladen, gibt es? In der Reihe „Themen zum bürgerschaftlichen Engagement“ sind zwei neue Titel erschienen, die sowohl in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements als auch in die Politik hinein wirken sollen.

Der Arbeitskreis Kommunalpolitik veröffentlichte das Best-Practice-Papier „Kommunale Familienpolitik. Argumente – Methoden – Praxisbeispiele“. Außerdem bildeten die Themen „Mehr Verantwortung für das öffentliche Bildungswesen“ und „Stärkung der kommunalpolitischen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern“ Schwerpunkte.

TEAM WIRTSCHAFTSPOLITIK

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise stellte das Team Wirtschaftspolitik die Erneuerung der Grundlagen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Dieser Wirtschaftsordnung, die die Freiheit auf dem Markt stets mit sozialer Balance verbindet, sollte wieder mehr Beachtung verschafft werden.



(v.l.n.r.) Professor Günther Hasinger, Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik Garching, Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung, und Professor Antonio Hurtado, Lehrstuhl für Wasserstoff- und Kernenergietechnik der TU Dresden, auf der Konferenz „Zukunftsenergien – Zukunftstechnologien – Zukunftsperspektiven“

Dies geschah mit vielfältigen Publikationen, die die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer historischen, ideellen wie konzeptionellen Wurzeln herausarbeiteten. Herauszuheben ist die Publikation „Fragen und Antworten zur Finanzkrise“, die die Ursachen, Folgen und Perspektiven der Krise kompakt zusammenstellt und verständlich aufbereitet. Diese thematische Konzentration spiegelt sich im neuen Internetportal der KAS zur Sozialen Marktwirtschaft. Ziel ist es, auf anschauliche Weise neue Interessenten für das Thema zu gewinnen.

Höhepunkte der Arbeit waren darüber hinaus die Veranstaltung „Wirtschaft trifft Politik“ in Cadenabbia unter dem Motto „Die Soziale Marktwirtschaft als Wegweiser in der Krise“ und eine internationale Konferenz, mit der die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft speziell für den angelsächsischen Raum herausgestellt wurden.

TEAM GESELLSCHAFTSPOLITIK

In unserer wissensbasierten Industriegesellschaft ist die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung unbestritten. Welche Herausforderungen und Perspektiven sich im Wissenschaftssektor auftun, war Gegenstand einer Tagung mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan, Landesministerin Johanna Wanka und anderen prominenten Wissenschaftsmanagern. Die Initiative „Bildung der Persönlichkeit“ wurde mit dem 19. Wartburggespräch zu Entwicklungen im Schulsektor fortgesetzt.

Bildung ist auch der Schlüssel für Integration: Die Konferenz „Islamunterricht an Schulen“ bildete den Auftakt der Reihe „Religiöse Bildung und Integration von Muslimen in Deutschland“ mit der Universität Osnabrück. „Sprachförderprogramme für Schüler mit Migrationshintergrund“ untersuchte eine Kurzanalyse. Das Almanyta-Programm gab integrationspolitische Infodienste für türkische und deutsche Verantwortungsträger heraus.

In der Familienpolitik stand das Thema Eltern weiterhin im Focus. Die Publikation „Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut“ präsentiert erfolgreiche Modelle für Erziehungshilfen, von denen die KAS drei explizit ehrte. In Expertengesprächen und Publikationen wurden die Lebenssituationen von Familien in unterschiedlichen Milieus analysiert und der politische Handlungsbedarf formuliert.

Der Bedeutung der Kirchen in unserer Gesellschaft widmete sich die Tagung „Individualität und religiöse Werte“ mit Bischöfin Margot Käßmann, die hervorhob, dass sich Religiosität in unserer Gesellschaft zunehmend individualisiere und privatisiere. Bei der Kontroverse um die Wahlfreiheit zwischen Ethik- oder Religionsunterricht ging es um die Rolle dieser Fächer für die Wertevermittlung. Hierzu versammelte die Broschüre „Nun sag, wie hast Du's mit der Religion?“ ergänzende Argumente. Zur Sozialenzyklika des Papstes erschien die Bewertung „Moralische Wegmarke“.

Die wichtige Frage nach einem zukunftsfähigen Ordnungsrahmen im Gesundheitswesen griff das Thesenpapier „Soziale Gesundheitswirtschaft“ auf. Im diesjährigen Cadenabbia-Gespräch „Medizin – Ethik – Recht“ wurden die Innovationen in Medizin und Gesundheitswesen diskutiert. Zu den Herausforderungen von Volkskrankheiten erschien ein Herder-Taschenbuch.

TEAM AUSSEN-, EUROPA- UND SICHERHEITSPOLITIK

Im Mittelpunkt der Arbeit dieses Teams stand im Jahr 2009 die vernetzte Sicherheit. Es dominierte auch den „Gesprächskreis Cecilienhof“, bei dem es um die zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands ging. Darüber hinaus traf sich der Kollegkreis „Vernetzte Sicherheit“ zu zwei weiteren Wochenendseminaren, um die zivil-militärische Zusammenarbeit und Fragen der transatlantischen Sicherheit zu erörtern.



*Staaten in der Globalisierung.
4. Berliner Rechtspolitische
Konferenz.*

*Tagungsband zur gleichnamigen
Konferenz vom 12. Oktober
2009. Mit Beiträgen von Angela
Merkel, Roman Herzog,
Bernhard Vogel und anderen.*

Qualität sichern durch Evaluation

Die Evaluationstätigkeit der KAS hat in der Auslands- wie der Inlandsarbeit im Jahr 2009 positive Einschätzungen durch ihre Zuwendungsgeber erfahren. Noch besser zu prüfen, ob die Ziele der Arbeit erreicht wurden und wie die Leistung verbessert werden kann, gewinnt immer mehr Bedeutung für die KAS – auch den Zuwendungsgebern gegenüber.

Um ein verbindliches stiftungsübergreifendes Konzept zur Evaluation zu entwickeln, gründete sich Anfang 2009 eine Arbeitsgruppe. Sie bündelt die vorliegenden Erfahrungen und das methodische Wissen der verschiedenen Abteilungen, um es schließlich der gesamten Stiftung zur Verfügung zu stellen. Eine stiftungswest verbindliche Evaluationsordnung soll im Jahr 2010 zum Einsatz kommen und danach kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Ein großer Erfolg war die Afghanistan-Konferenz, die im Beisein von Verteidigungsminister Franz Josef Jung im Mai 2009 in der KAS-Akademie in Berlin vor einem großen Auditorium stattfand. Ein Leitfaden zur Afghanistan-Debatte wurde für die Konferenzteilnehmer erarbeitet. Der neue Gesprächskreis „Vernetzte Sicherheit“, mit dem die KAS den Anpassungsprozess der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik begleiten will, hat in ersten Veranstaltungen das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Entwicklung, das deutsche Engagement im Kosovo-Konflikt sowie die Bedrohung durch Pandemien und Bioterror zur Diskussion gestellt. Die hier gewonnenen Erkenntnisse sollen zu politischen Handlungsempfehlungen verdichtet werden.

Der „Arbeitskreis Junge Außenpolitiker“ veröffentlichte im Mai 2009 seine Studie „Impulse 2020: Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik“, die mit Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Rahmen einer neuen Arbeitsgruppe erörtert werden soll.

TEAM BERATUNGSMANAGEMENT

Dieses Team versteht sich als Dienstleister für die Hauptabteilung Politik und Beratung. Vom Controlling über die Vermarktung bis zur Evaluierung will es die Beratungsangebote unterstützen und begleiten. Außerdem ist es Ansprechpartner für Fragen zu Management und Marketing, Methoden und Instrumenten in der Politikberatung. Denn am Markt der Ideen kann nur der aktiv teilhaben, der seine Methoden den Aufgaben und Zielen adäquat anpasst und auch neue Wege geht.

Erstmals bildete die Evaluation der Projekte des Vorjahres wie auch ein systematisches Themenmonitoring Schwerpunkte der Arbeit. Beides sind notwendige Voraussetzungen für eine stärkere Zielorientierung und Nachhaltigkeit in der Politikberatung der Konrad-Adenauer-Stiftung.



(v.l.n.r.) Michael Rühle, stellvertretender Leiter des Planungsstabes des NATO-Generalsekretärs, und Patrick Keller, Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung, bei der Luncheon Discussion „Transatlantische Sicherheitskooperation: Rückblick auf den NATO-Gipfel und Analysen der Nuklearstrategie des Westens“

DIE POLITISCHE BILDUNG WILL BÜRGERINNEN UND BÜRGER INFORMIEREN UND ZUR POLITISCHEN MITGESTALTUNG MOTIVIEREN. ZIEL IST ES ZU VERMITTELN, DASS POLITIK UND VERÄNDERUNGEN KEIN UNABÄNDERLICHES SCHICKSAL SIND, SONDERN IN UNSERER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE MITGESTALTET WERDEN KÖNNEN. POLITISCH GEBILDETE BÜRGER SIND GEGENÜBER EXTREMISTEN RESISTENTER UND KÖNNEN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN BESSER EINORDNEN UND BEURTEILEN. 2009 BESUCHTEN RUND 100.000 TEILNEHMER 2.000 VERANSTALTUNGEN.



85

ERFOLGREICH. POLITISCH. BILDEN

Dieses Motto spiegelt den Auftrag und die Grundüberzeugung der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung wider. Zugleich ist es Leitlinie für die Arbeit dieser Hauptabteilung und im Dezember 2009 war es Devise für den Demokratie-Kongress. Der Leitgedanke steht auch für die Herausforderungen, denen sich die Politische Bildung angesichts von Haarrissen in der Demokratieentwicklung in Deutschland stellen muss. Die Ereignisse des Jahres 2009 haben auf eigenartig konträre Weise Sinn und Notwendigkeit dieses Auftrags unterstrichen:

Einerseits galt es, die Jubiläen großer, freudiger Ereignisse der deutschen Demokratie zu würdigen: sechzig Jahre Grundgesetz bzw. Gründung der Bundesrepublik Deutschland und zwanzig Jahre Fall der Mauer und Friedliche Revolution (60/20). Andererseits hat die Wirtschafts- und Finanzkrise einen starken Vertrauensverlust und ein Gefühl der Unsicherheit erzeugt, die nicht ohne nachteilige Wirkung auf die Akzeptanz unserer parlamentarischen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft geblieben sind. Die Bundestagswahl 2009 hat zwar die Kräfte gestärkt, die sich für Eigenverantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft und den mündigen Bürger einsetzen. Die niedrige Wahlbeteiligung und die deutliche Abkehr des Wählers von den klassischen Volksparteien haben aber neue Fragen zur Entwicklung des demokratischen Systems aufgeworfen. Die Politische Bildung hat sich diesen Herausforderungen gestellt und sich gleichzeitig ihren laufenden Aufgaben und den überjährigen Themen gewidmet.

60/20 UND DER „MYTHOS“ DDR

In bundesweit 77 Veranstaltungen, davon 14 mehrtägige Seminare, hat sich die Politische Bildung der Jubiläen „Grundgesetz“ und „Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ angenommen. In einer hochrangig besetzten Rednertour stand die Botschaft im Mittelpunkt, dass sich im Grundgesetz die Wertvorstellungen der Christlich Demokratischen Union in besonderer Weise wiederfinden und die Union die wichtigen politischen Entscheidungen der deutschen Nachkriegsgeschichte gestaltet hat. In Bonn fand dazu im Mai 2009 ein überaus gut besuchter Roundtable u.a. mit Professor Bernhard Vogel und dem Historiker Professor Andreas Rödder statt, bei dem Auftrag und Zukunft des Grundgesetzes diskutiert wurden.

Zusammen mit dem Rheinischen Merkur beteiligte sich die KAS an der Langen Nacht der Demokratie, mit der die Bundesstadt Bonn das sechzigjährige Jubiläum der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 2009 feierte. Auf dem Programm standen die politische Talkrunde „Das Volk und seine Vertreter – Wege aus der Beziehungskrise“ sowie die Bonner Kabarettisten Anka Zink mit „Grundgesetz made in Germany – Über das Mindesthaltbarkeitsdatum zum Exportschlager“.

An den zwanzigsten Jahrestag der Friedlichen Revolution und der Maueröffnung hat die Politische Bildung in über 136 Veranstaltungen erinnert und dies mit der Frage verbunden, wie sich das Bild der DDR seither entwickelt hat. Dazu fanden zahlreiche Zeitzeugengespräche statt, die das große und kleine Unrecht in der DDR authentisch



Die Kabarettistin und KAS-Altstipendiatin Anka Zink bei der Langen Nacht der Demokratie in Bonn.



Zu den Jubiläen des Jahres 2009 brachte die KAS die Publikation „Orte der Freiheit und der Demokratie in Deutschland“ heraus. Namhafte Autoren aus Politik – so Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert, der Kanzler der Deutschen Einheit Helmut Kohl, zahlreiche Ministerpräsidenten sowie Bürgerrechtler aus der DDR – und Wissenschaft stellen sehr persönlich ausgewählte Orte vor, die für sie symbolhaft mit der Entwicklung der Demokratie in Deutschland verbunden sind.

vermittelten. Das Internetportal „DDR: Mythos und Wirklichkeit“ – seit Januar 2009 im Netz – richtet sich vornehmlich an Schüler und Lehrer sowie politische Bildner.

DIE FINANZKRISE UND DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Politische Bildung der KAS nahm die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zum Anlass, um die wichtigsten Elemente der Sozialen Marktwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene in Seminaren zu diskutieren. Dabei bestätigte sich eine seit längerem in der Politischen Bildung zu beobachtende Tendenz: Angesichts der Dringlichkeit der Lage und einer allgemeinen Theoriemüdigkeit sind es weniger die „Prinzipien“, die nachgefragt werden, sondern ihre konkrete Anwendung in der Praxis.

Darüber hinaus wurden über die Bildungswerke bundesweit 102 Veranstaltungen angeboten, darunter 42 mehrtägige Seminare. Sechzig Mittag- und Abendveranstaltungen wurden zu einer Rednertour mit prominenten Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft zusammengefasst. Zu den Rednern zählten Karl-Josef Laumann, Helmut Linssen, Ingrid Sehrbrock, Stanislaw Tillich, Hanns-Eberhard Schleyer, Arend Oetker, Friedhelm Ost, Marie-Luise Dött und Michael Jungblut.

EUROPA UND DIE EU – LISSABON UND DIE FOLGEN

Thematische Akzente europapolitischer Veranstaltungen im Jahr 2009 waren der europaweite Urnengang im Juni und der Lissabonner Vertrag. Unmittelbare Eindrücke von der politischen Arbeit vor Ort vermittelten hierzu Seminare mit Exkursionen nach Brüssel.

Um den Reformvertrag von Lissabon politisch interessierten Bürgern näherzubringen, wurden Europareden von Politikern wie Hans-Gert Pöttering und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sowie namhaften Wissenschaftlern im Rahmen einer öffentlichen Vorlesungsreihe in Bonn durch eine Publikation auch einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Die Broschüre „Was Europa ausmacht. Namen, Daten und Fakten zur Europäischen Union“ erschien im Jahr 2009 in aktualisierter Neuauflage.

TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

Die Wahl und der Amtsantritt von Barack Obama bewirkte ein unerwartetes Interesse und Sympathie für die US-amerikanische Politik. Dies äußerte sich bei einer Veranstaltung in Bonn besonders deutlich: Der Journalist Christoph von Marschall, der Obama auf Wahlkampftouren begleitete und eine viel beachtete Biographie über ihn veröffentlicht hat, faszinierte am 26. Januar 2009 im Bonner Wasserwerk über 600 Teilnehmer mit seiner Analyse der Persönlichkeit und der Politik des 44. amerikanischen Präsidenten. Darüber hinaus weitete die KAS ihr Seminarangebot zu den transatlantischen Beziehungen aus.

Wachsender Beliebtheit erfreute sich die „Konrad Adenauer Summer School“, eine amerikanisch-deutsche Seminarreihe, in der 500 besonders begabte deutsche und amerikanische Jugendliche nach Schloss Eichholz und Wendgräben kamen, um dort mit US-amerikanischen Referenten – Wissenschaftlern, Experten und diplomatischem Personal – über die Politik der USA und die gemeinsame transatlantische Verantwortung zu diskutieren.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Erfolgreiche Vereinsarbeit erfordert Professionalität. Daher wurden die bundesweit etablierten Module „Vereinsmanagement in der Praxis“ unter dem Leitmotiv „Weniger Staat – mehr Eigeninitiative“ weiterentwickelt. Zielgruppenseminare wie „Eltern- und Schülerengagement“ und „Elterninitiative Kindergarten“ ergänzten das Angebot.

Breiter angelegt war die Fachtagung „Anreiz- und Anerkennungssysteme im Ehrenamt“. Sie stellte – anknüpfend an die Bestrebungen der Regierungskoalition, gesellschaftliches Engagement besser zu fördern, stärker zu vernetzen und für alle zugänglich zu machen – die Arbeit des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Engagements vor.

GESELLSCHAFTS-, SOZIAL- UND KOMMUNALPOLITIK

Kommunalpolitik steht in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals ein wenig im Schatten von Bundes- und Landespolitik. Dabei ist sie keine „kleine“ Politik. Sie ist die politische Ebene, auf der die Bürgerinnen und Bürger am häufigsten mit dem „Staat“ in unmittelbare Berührung kommen. Kommunalpolitik wird zudem immer vielschichtiger. Kommunale Mandatsträger sind überwiegend ehrenamtlich tätig. Gerade neuen Ratsmitgliedern sind die Rechtsgrundlagen und die daraus abgeleiteten politischen Gestaltungsspielräume kaum bekannt. Damit sie ihre Aufgabe qualifiziert und verantwortungsvoll wahrnehmen können, ist eine kompetente Schulung unerlässlich. Diese gewährleistet die Politische Bildung mit einem differenzierten Seminarangebot für kommunalpolitische Führungskräfte und Neueinsteiger.

Der demographische Wandel macht die Frage nach dem „Leben im Alter“ immer dringlicher. Die KAS hat daher die Seminarreihe „Gesellschaft 60plus“ aufgelegt. Zusammen mit dem großen Symposium „Leben im Alter“, auf dem einzelne Aspekte intensiver behandelt wurden, geht es in diesen Seminaren vor allem darum, Chancen einer alternativen Gesellschaft auszuloten.

Neu im Themenangebot der Politischen Bildung ist die Frage der Umsetzung der UN-Konvention zur Sicherstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Auch hier folgt die Stiftung ihrem bewährten Ansatz, nicht über die Menschen, sondern mit ihnen zu sprechen und das Thema von den unteren staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen aus zu behandeln, von der kommunalen Seite und den Betroffenenorganisationen. Auftakt bildete eine eindrucksvolle Tagung in der Lebensgemeinschaft Eichhof in Much.

POLITISCHE KOMMUNIKATION: ZWISCHEN KRISEN- UND SUPERWAHLJAHR

Das Jahr 2009 war unter vielen Gesichtspunkten ein besonderes für die politische Kommunikation. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure mussten und müssen auf die besonderen Herausforderungen auch kommunikativ reagieren: Hintergrundseminare – zum Beispiel zur Kommunikation im Internet, zum Politischen Marketing oder der Funktionsweise und Wirkung von TV-Duellen – analysierten und diskutierten die aktuellen Entwicklungen. Ein neuer, inhaltlicher Schwerpunkt war das Web 2.0 und seine Folgen für die Politik.

Darüber hinaus bot die KAS zahlreiche Workshops und Trainings an, in denen Bürger und Politiker ihre Fähigkeit zu kommunizieren schulen konnten – von Rhetorik und Rede bis Umgang mit Twitter und Co. Vor dem Hintergrund zahlreicher Kommunalwahlen stand das Engagement vor Ort und von Ehrenamtlichen bei einer Vielzahl von Maßnahmen im Fokus der Bemühungen.



*Ohne Hindernisse in die Bahn:
Seit 2009 beschäftigt sich
die Politische Bildung der KAS
mit Fragen der Barriere-
freiheit im öffentlichen Raum.*



DIE BEGABTENFÖRDERUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG GEHÖRT ZU DEN BEDEUTENDEN INSTITUTIONEN FÜR DIE HERAUSBILDUNG ZUKÜNFTIGER VERANTWORTUNGS- UND LEISTUNGSELITEN. SIE FÖRdert AKADEMISCHEN NACHWUCHS, DER FÜR SICH UND ANDERE VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT – IN POLITIK UND WIRTSCHAFT, IN WISSENSCHAFT, KULTUR UND MEDIEN. DIE VIELFÄLTIGEN KULTURAKTIVITÄTEN DER STIFTUNG GEHÖREN EBENFALLS ZU DEN AUFGABEN DER HAUPTABTEILUNG BEGABTENFÖRDERUNG UND KULTUR.

TALENTE FÖRDERN AUF KONSTANT HOHEM NIVEAU

Aufgrund einer Initiative des Bildungsministeriums nahmen im Jahr 2009 so viele Stipendiatinnen und Stipendiaten wie noch nie an der ideellen Förderung teil. Ihrem Motto „Talente entdecken, Talente fördern“ folgend, hat die Stiftung noch intensiver als bisher engagierte und leistungsstarke Abiturienten und Studierende auf die Stipendien aufmerksam gemacht. Dies geschah verstärkt an Schulen mit hohem Migrantenanteil, 2009 vor allem in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Mitarbeiter der Begabtenförderung informierten Schulleiter vor Ort über die Vorteile, die ein Stipendium insbesondere für Studierende mit Migrationshintergrund und aus „bildungsfernen Schichten“ bietet. Durch eine deutliche Steigerung der Bewerberzahlen stellte die Stiftung sicher, hochqualifizierte Bewerber für ihre Begabtenförderung auszuwählen.

DIGITAL DIE LEISTUNG STEIGERN

Wie die Seminare bei den Stipendiaten ankommen, das erhob die Deutsche Studentenförderung im Jahr 2009 erstmals ausschließlich elektronisch. Im Internet bewerteten die Teilnehmer unter anderem Referentenauswahl, Programmgestaltung und Methodenvielfalt. Damit trugen sie zur stetigen Verbesserung des Seminarprogramms bei.

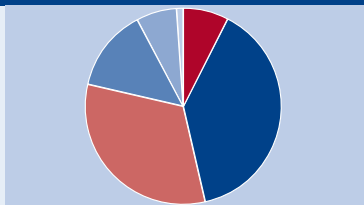
Darüber hinaus hat die Begabtenförderung 2009 zur Verbesserung ihrer Organisations- und Prozessabläufe mit der Einführung eines elektronischen Vorgangsbearbeitungssystems begonnen, das von der Bewerbung bis zur Betreuung der Alumni alle anfallenden Prozessschritte umfasst. Das erforderliche Fachkonzept konnte im Sommer abgeschlossen werden.

DIE DEUTSCHE STUDENTENFÖRDERUNG

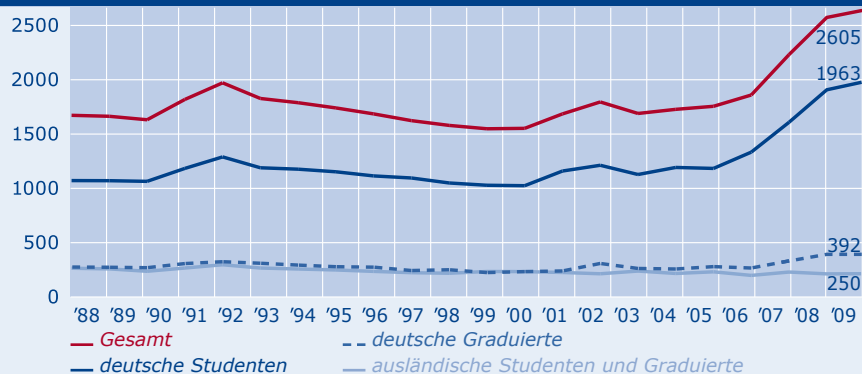
Durch die gestiegenen Bewerber- und Stipendiatenzahlen in den vergangenen drei Jahren stand die Deutsche Studentenförderung 2009 vor der Aufgabe, ihr Angebot inhaltlich und methodisch auf neue Anforderungen einzustellen. Aufgrund höherer Zahlen war es notwendig, die individuelle Betreuung der Stipendiaten nochmals zu intensivieren. Auch das ohnehin breite Angebot wurde auf 130 Seminare erweitert, darunter zahlreiche Initiativseminare der Stipendiaten.

In der ideellen Förderung stand die Ausbildung und Stärkung der sozialen und politischen Kompetenzen ebenso im Mittelpunkt wie eine verbesserte Vernetzung. So konnte die Qualität der Seminare durch die Mitwirkung der Vertrauensdozenten als Referenten und Veranstaltungsplaner weiterentwickelt werden. Die „Initiativseminare von Stipendiaten für Stipendiaten“ wurden 2009 ebenfalls weiter ausgebaut. Um einen raschen Einstieg aller neu aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten in die ideelle Förderung zu garantieren, hat die Deutsche Studentenförderung die Anzahl ihrer Grundlagenseminare 2009 auf insgesamt 21 gesteigert.





mit Auszeichnung	8 %
sehr gut	40 %
gut	33 %
voll befriedigend	14 %
befriedigend	7 %
ausreichend	1 %



* Deutsche Studentenförderung

Dialogfähigkeit und persönliche Entwicklung werden in den Hochschulgruppen gestärkt: Sie planen zu diesem Zweck auch eigene Veranstaltungen. Die Stiftung hat die Zahl dieser Hochschulgruppen und der sie betreuenden Vertrauensdozenten 2009 auf über 130 Gruppen und über 150 Dozenten erhöht. Dadurch konnte in der Regel eine Gruppengröße von nicht mehr als 25 Studierenden beibehalten werden.

DEUTSCHE GRADUIERTENFÖRDERUNG

In Folge der erfolgreich umgesetzten Exzellenzinitiative des Bildungsministeriums verfügt die Graduiertenförderung über einen großen und fachlich weit gefächerten Stipendiatenstamm. Für das Jahr 2009 bewarben sich 566 Personen, von denen 90 Nachwuchswissenschaftler in die Förderung aufgenommen wurden. Im Jahr zuvor waren es 117 Aufnahmen. Von den Absolventen schlossen 28 Prozent mit „summa cum laude“, 51 Prozent mit „magna cum laude“ und 21 Prozent mit „cum laude“ ab. Zwei Promovierende erhielten im Anschluss an ihre Förderung Kurzstipendien aus dem 2008 initiierten Kooperationsprogramm mit der Dorothee-Wilms-Stiftung. Vier Stipendiaten konnten 2009 unter der Leitung des Vertrauensdozenten Professor Hubertus Brunn zum 58. Treffen der Nobelpreisträger der Chemie in Lindau reisen. In der „Gesellschaftspolitischen Schriftenreihe der Begabtenförderung“ im LIT-Verlag wurde die Dissertation von Niklas Potrafke, Absolvent der Deutschen Graduiertenförderung, zur Konvergenz in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik veröffentlicht.

Die Jahrestagung der Vertrauensdozenten in Leipzig war auf die Rolle der Stadt als Keimzelle der Friedlichen Revolution abgestimmt. Der Vorstandsvorsitzende der KAS, Professor Bernhard Vogel, berichtete zum Auftakt aus der Zeit des Aufbaus der demokratischen Strukturen in den damals neuen Ländern, der Leipziger Regierungspräsident Walter Steinbach über seine Zeit als Pfarrer und Koordinator einer Umweltgruppe zur Zeit der SED-Diktatur. Besonderen Anklang fanden ein Kammerkonzert von Stipendiaten der KAS und ein ökumenischer Gottesdienst am 20. Jahrestag der ersten Montagsdemonstration. Fünf Professoren wurden in feierlichem Rahmen aus ihrem Ehrenamt verabschiedet, zwölf Vertrauensdozenten neu berufen.

JOURNALISTISCHE NACHWUCHSFÖRDERUNG

Mehr als 400 ehemalige und aktuelle Stipendiaten feierten im März 2009 das 30-jährige Bestehen der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA). Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte die Arbeit bei einem Festakt in Berlin. Im Jahr 2009 konnten 27 Studierende in den Kreis der Stipendiaten aufgenommen werden. Beworben hatten sich 110 Nachwuchsjournalisten.

Schwerpunkte der Ausbildung waren erneut Seminare, in denen crossmedial von Großereignissen wie der Leichtathletik-WM in Berlin berichtet wurde. Über den Naturraum Wattenmeer in Niedersachsen entstanden Magazintexte, Hörfunk- und Fernsehbeiträge. Ein Kooperationsseminar führte JONA-Stipendiaten ins KFOR-Camp in Prizren/Kosovo. Das Magazin „Einsatz“ fand innerhalb und außerhalb der Bundeswehr großen Anklang. Dem Stand der Integration von Migranten in Deutschland spürte eine Fern-

Deutsche Studentenförderung

Aufteilung nach Fachrichtungen
2009

■ Sprach- und Kulturwissenschaft	44 %
■ Wirtschafts- und Sozialwissenschaft	21 %
■ Rechtswissenschaft	14 %
■ Mathematik und Naturwissenschaft	13 %
■ Ingenieurwissenschaft	2 %
■ Human-, Zahn- und Veterinärmedizin	2 %
■ Kunstwissenschaft	2 %
■ Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft	1 %
■ Sonstige	1 %

sehakademie in Ludwigshafen nach. Passend zum Thema Zwanzig Jahre Mauerfall widmete sich ein kombiniertes Print-, Hörfunk- und Fernsehseminar in Leipzig den damaligen Ereignissen und den heutigen Folgen der Friedlichen Revolution.

Journalistisch interessierte Schüler berichteten im Rahmen der MedienWerkstatt 2009 in Berlin von der Preisverleihung des KAS-Denktag-Wettbewerbs, in Erfurt vom Jugendkongress zum Thema Friedliche Revolution, in Bergen von den Anne-Frank-Friedenstag und in Düsseldorf vom Jugendlandtag Nordrhein-Westfalen.

AUSLÄNDERFÖRDERUNG

Die Förderung, Betreuung und Nachbetreuung akademischer Nachwuchskräfte aus dem Ausland gehört zu den wichtigsten Anliegen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die Konrad-Adenauer-Stiftung erhält hierfür Mittel aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes. Mit der finanziellen und ideellen Förderung ausländischer Graduierte leistet die KAS einen Beitrag zur Ausbildung künftiger Führungskräfte weltweit und gewinnt zugleich kompetente Partner für Deutschland. Die Stipendiaten ihrerseits tragen zur Internationalität deutscher Universitäten und zur Bildung von Netzwerken deutscher und ausländischer Eliten bei.

2009 wurden 251 Ausländer gefördert. Der Frauenanteil betrug 61,4 Prozent. Aus Asien kamen 46 Stipendiaten, 12 kamen aus dem Nahen Osten, 6 aus Afrika, 49 aus Lateinamerika, 137 aus mittelost- und osteuropäischen Staaten und ein Stipendiat aus den USA. In Serbien, Chile, Benin und in China fanden Auswahltagungen statt. Eine Tagung wurde in Deutschland durchgeführt. 66 Stipendiaten wurden in die finanzielle Förderung aufgenommen. Der akademische Erfolg der ausländischen Stipendiaten war erneut hervorragend. Von 31 Promotions- bzw. Examenszeugnissen waren 29 mit einem Prädikat benotet.

BERUFSORIENTIERUNG/BERUFSFÖRDERUNG

Diese Abteilung begleitet die Stipendiaten auf dem Weg von der akademischen Ausbildung in den Beruf. Durch Bewerbungs-, Präsentations- und Kommunikationstrainings, spezielle Frauenförderprogramme und Projekte in Kooperation mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und der Politik vermittelt sie zentrale Kompetenzen für eine erfolgreiche Karriere. Altstipendiaten in hochrangigen Positionen, Vertrauensdozenten und Führungskräfte aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Rechtsanwaltskanzleien stehen als Ansprechpartner und Berater zur Verfügung. Mit Hilfe dieses Netzwerkes gelang es, trotz Rezession und Arbeitsmarktkrise vielfältige Zugänge in berufliche Einstiegspositionen zu eröffnen und Altstipendiaten bei ihren weiteren Karriereschritten zu unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk lag 2009 auf der Förderung von Nachwuchskräften, die in der Politik eine Option für ihre berufliche Zukunft sehen. Trainings zur politischen Kommunikation vermittelten die Kunst des Redeschreibens und das Handwerkszeug für Redeauftritte in der Öffentlichkeit. Junge Akademiker wurden auf die Auswahlverfahren des Auswärtigen Amtes und der EU-Institutionen vorbereitet. Im dritten Jahrgang des „Berufs-Kollegs für Internationale Politik“ erhielten 24 Stipendiatinnen und Stipendiaten das Rüstzeug für internationale Karrieren.

Bei dem neuen Projekt „Wege in die Selbständigkeit – Unternehmensgründung in Deutschland“ ermutigten junge Unternehmer aus dem Kreis der Altstipendiaten die Stipendiaten, eigene Unternehmen zu gründen.



Die Künstlerin und ihr Werk: Ilona Herreiner (im Bild links) beteiligte sich mit Skulpturen an der Gruppenausstellung 2009 der Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds.

Längst ist die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem festen Treffpunkt der Berliner Kulturszene geworden. Das als Satzungsaufgabe verankerte Bekenntnis zur Förderung von Kunst und Kultur dokumentiert die Stiftung in Ausstellungen, Lesungen, Werkstätten, Symposien, Soirées, internationalen Veranstaltungen und in einer erfolgreichen Künstlerförderung.

Gefeierte Stars des griechischen Kulturlebens waren 2009 ebenso zu Gast wie Jörg Bürkle, der Liebhaber der zeitgenössischen bildenden Kunst zu seiner ersten großen Einzelausstellung in Berlin zusammenführte. Ein volles Haus garantierte die feierliche Hommage für Oscar-Preisträger Volker Schlöndorff.

Ein wesentlicher Bestandteil der KAS-Kulturarbeit ist das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Künstlerförderung durch das Trustee-Programm EHF 2010, in das der bis 2009 laufende Else-Heiliger-Fonds überführt wurde. Herausragende Vertreter insbesondere der deutschen Wirtschaft fördern hier junge bildende Künstler und Autoren. Die Benefizausstellung für das Trustee-Programm war auch in diesem Jahr schon am Eröffnungsabend ausverkauft.

Im Mittelpunkt des Literaturjahres stand die Verleihung des Literaturpreises der Stiftung an Uwe Tellkamp in Weimar. Dem Gedenkjahr an Mauerfall und Vereinigung trugen ein Berliner Symposium über Literatur und Zeitgeschichte ebenso Rechnung wie die Bonner Soirée „Der Idealismus – ein deutsches Verhängnis?“. Die neue KAS-Reihe „Wahlverwandtschaften“ wurde mit einer deutsch-polnischen Veranstaltung über Literatur und Politik eröffnet. Diskussionspartner waren Chamisso-Preisträger Artur Becker und der Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten Michael Mertes.



Dank allen Kooperationspartnern der Begabtenförderung

Die Begabtenförderung bereitet ihre Stipendiatinnen und Stipendiaten bereits während des Studiums und der Promotion auf die hohen Anforderungen an den Fach- und Führungsnachwuchs vor und begleitet die Absolventen beim Übergang von der akademischen Ausbildung in den Beruf. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen Wirtschaftsunternehmen, Beratungsgesellschaften, Rechtsanwaltskanzleien und Verbände die KAS.

Die Kooperationspartner boten 2009 Workshops und regionale Info-Tage an, in denen die Stipendiaten und jungen Altstipendiaten Einblicke in die Arbeitswelt erhielten. Zu den weiteren berufsorientierenden Förderprojekten der Partner gehörten Angebote, als Werkstudenten zu arbeiten, für Praktika sowie die fachliche Unterstützung praxisbezogener Examensarbeiten und Promotionen.

Zu den wichtigsten Partnern zählten 2009 McKinsey & Company, The Boston Consulting Group, Roland Berger Strategy Consultants, Oliver Wyman, Booz & Company sowie KPMG und PricewaterhouseCoopers. Weitere bedeutende Kooperationspartner waren die Anwaltskanzlei Hengeler Mueller, die Unternehmen BASF, RWE, GEA Air Treatment und die Personalberatungen zfm – Edmund Mastiaux & Partner und MSW & Partner. Mehrere Projekte in Kooperation mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und dem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft gaben Studierenden und Promovenden Orientierung in ordnungspolitischen Fragen und bereiteten sie auf Führungsaufgaben in Wirtschaft und Politik vor. Das Bundesministerium der Verteidigung unterstützte ein Seminar der Journalistischen Nachwuchsförderung im Kosovo.



DIE HAUPTABTEILUNG WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE/
ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK STEHT MIT IHREN ABTEILUNGEN ARCHIV, BIBLIOTHEK UND DOKUMEN-
TATION FÜR DIE ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN
BEWEGUNG, DER UNION IN ALLEN IHREN LANDESVERBÄNDEN UND GLIEDERUNGEN
SOWIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG SELBST.

FORSCHEN UND ERINNERN

Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP) ist das Gedächtnis der christlich-demokratischen Bewegung. Sie sammelt und archiviert Unterlagen der CDU sowie der europäischen Parteienzusammenschlüsse und der KAS selbst. Außerdem erbringt sie für alle Bereiche der Stiftung Serviceleistungen bei wissenschaftlichen und sachthematischen Recherchen, bei Anfragen von Seiten der Partei und der Öffentlichkeit, sei es im Bereich von Archivalien, Sekundärliteratur oder Presseartikeln. Schwerpunkt der Forschungsarbeit ist die christlich-demokratische Bewegung. Über eigene Forschungsprojekte, mit der Edition der Quellenbestände und durch die Veranstaltung wissenschaftlicher Tagungen und Ausstellungen sowie der wachsenden Internetpräsenz werden eigene Akzente gesetzt.

HISTORISCHES ARCHIV

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des ACDP ist die Sicherung von Unterlagen der CDU-Gremien sowie ihrer Funktions- und Mandatsträger auf Bundes-, Landes- und der EU-Ebene. Übernommen und bewertet wurden 2009 insgesamt 350 laufende Meter Schriftgut, Fotomaterialien, Filme und Plakate. Im Umfeld der Bundes- und Landtagswahlen konnten Schriftgut der Fraktionen sowie Unterlagen von Abgeordneten gesichert werden. Besonders bedeutsam sind die Materialien der Bundesministerin Ursula von der Leyen, des Bundesministers Jochen Borchert und der letzten DDR-Volkskammerpräsidentin, Sabine Bergmann-Pohl. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament gab der EVP-Abgeordnete Elmar Brok seine Altakten ab.

Zudem wurden der Nachlass von Ministerpräsident Hans Filbinger, das Tagebuch von Gerhard Stoltenberg und die als verschollen gegoltenen Tagebuchaufzeichnungen des schleswig-holsteinischen Innenministers Paul Pagel dem Archiv zugeführt. Ein Teil der archivarischen Erschließung erfolgte durch vom Bundesministerium des Innern geförderte Projektmittel; die Aufarbeitung des Nachlasses des Abgeordneten Horst Langes wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt. Die Sicherung der Wahlkampfplattformen der CDU im Internet und die Archivierung der Wahlkampfakten der Bundespartei im Jahr 2009 ermöglichten die umfassende multimediale Dokumentation der CDU-Wahlkampfstrategie. Die Nutzung der Archivbestände erfolgt durch die online zugängliche Übersicht der Bestände, Beantwortung der schriftlichen und telefonischen Auskunftersuchen und Rechercheaufträge sowie die Vorlage der Archivalien. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Benutzer im Lesesaal mehr als verdoppelt.



Über die Schätze des KAS-Archivs informieren sich junge Leute bei dieser Führung.

TAGUNGEN UND AUSSTELLUNGEN

Mehrere wissenschaftliche Tagungen setzten unterschiedliche Akzente. Das traditionelle Treffen des Krone-Ellwanger-Kreises griff aktuelle politische Fragen im Wahljahr 2009 auf, eine Tagung widmete sich dem Verhältnis von „Archiv und Christlicher Demokratie in Politik und Zeitgeschichte“. Die Reihe „Ära Kohl im Gespräch“ erinnerte an die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag 1989 und behandelte innenpolitische



Im Januar 2009 gab KAS-Generalsekretär Michael Thielen das neue Internetportal zu Konrad Adenauer bei einer Veranstaltung auf dem Petersberg in Königswinter frei.

Reformimpulse der 1990er Jahre. Bei der wissenschaftlichen Tagung „Von der Diktatur zur Demokratie. Freie Wahlen als Erfolg der Friedlichen Revolution in der DDR“ ging es um die Wahlfälschung in der DDR und die erste freie Volkskammerwahl 1990.

Die Hauptabteilung erstellte und präsentierte 2009 eine Reihe von Ausstellungen: Zur „Geschichte des Grundgesetzes und der Mitglieder der CDU/CSU im Parlamentarischen Rat“ beim Tag der KAS in der Berliner Akademie im Mai 2009; anlässlich des 90. Geburtstages von Hans Katzer Dokumente und Gegenstände, die von der Familie für die Ausstellung zur Verfügung gestellt wurden; „Ersttagsbriefe zu den Bundespräsidentenwahlen“ und anlässlich des 20. Todestages von Bruno Heck, dem langjährigen KAS-Vorsitzenden. Außerdem wurde mit Exponaten an Felix von Eckardt, Kurt Schmücker und Manfred Wörner erinnert. Die Ausstellung „Christlich-Soziale im DGB“ wird 2010 ebenso an verschiedenen Standorten gezeigt werden wie die Ausstellung „Konrad Adenauer und die europäische Integration“, die über das gesamte Jahr 2009 ausgebaut war.

ZENTRALE DOKUMENTATION

Die Abteilung Presse- und Mediendokumentation versorgt die verschiedenen Hauptabteilungen der KAS mit den wichtigsten Berichten der Printmedien und des Fernsehens. Die Dokumentation der veröffentlichten Meinung versetzt die Stiftungsmitarbeiter in die Lage, die Positionen von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu verfolgen und so ein möglichst umfassendes Bild zu gewinnen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich der deutschsprachigen Presse. Daneben werden die wichtigsten ausländischen Periodika aufgenommen.

Im Jahr 2009 wurden wieder über 3.000 Anfragen bearbeitet. Das Spektrum reicht von der Suche nach einzelnen Karikaturen für eine Ausstellung über die Recherche zu bestimmten Personen bis hin zu kompletten Dossiers. Um auch die umfangreichen Materialien der nur in Papierform archivierten Presseauschnitte aus den Jahren 1959 bis 1993 nutzbar zu machen, hat die Abteilung die 2008 begonnene Digitalisierung fortgesetzt.

BIBLIOTHEK

Der Gesamtbestand der Bibliothek umfasst zurzeit 176.700 Medien. Von herausragender Bedeutung für die politische und wissenschaftliche Arbeit, aber auch die politische Bildung ist die einzigartige Spezialsammlung zur Geschichte der Christlichen Demokratie, die kontinuierlich erweitert wird. Gegenwärtig dokumentieren 17.680 Einzelschriften und 173 Periodika die programmatische Entwicklung der Partei auf Bundes- bzw. Landes- und Kommunalebene von 1945 an bis heute.

Zu den Daueraufgaben der Bibliothek gehört insbesondere die Bereitstellung von Literatur und Quellen für Mitarbeiter im In- und Ausland, und zwar zunehmend in digitalem Format. Für das Jahr 2009 weist die Statistik 20.733 Entleihungen aus eigenen Beständen sowie 1.325 Fernleihbestellungen auf.

Das Bibliothekspersonal bearbeitete angesichts der zahlreichen Wahlen 2009 und der Jubiläen zu sechzig Jahren deutscher Staatsgründung sowie zwanzig Jahren Friedlicher Revolution und Mauerfall rund 1.400 Aufträge und Anfragen. Durch die Bereitstellung von Literatur und Dokumenten, von biographischen Daten und Auskünften zu Spezialbeständen, die Erstellung von Auswahlbibliographien zu Sachthemen und Persönlichkeiten der Zeitgeschichte unterstützt die Bibliothek die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung. Schwerpunkte der Literaturrecherchen und zusammengestellten Dokumentationen waren bei den Sachthemen die Geschichte der CDU/CSU und ihrer Gliederungen sowie die Finanzkrise, bei den personenbezogenen Recherchen die Bundeskanzler Helmut Kohl und Konrad Adenauer. An privaten Sammlungen wurden u.a. Buchbestände von Heiner Geißler und Dorothee Wilms übernommen.

Im Herbst 2009 erfolgte der Umbau der Bibliothek zur Vergrößerung der Lesesaalfläche. Ziel war die Konzentration und Zusammenführung der auf verschiedene Magazinräume verteilten Bestände, so dass insbesondere die Spezialsammlungen benutzerfreundlicher präsentiert werden.

PUBLIKATIONEN UND INTERNET

Neue wissenschaftliche Ergebnisse wurden auch in diesem Jahr in den „Historisch-Politischen Mitteilungen“ Bd. 16 publiziert. In der Reihe „Forschungen und Quellen“ erschienen folgende Werke: ein Buch von Niels Hansen über Franz Böhm und Ricarda Huch, die Edition der Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973 sowie die dreibändige Studie von Guido Hitze zur CDU Nordrhein-Westfalens in der Oppositionszeit 1975–1995. In der KAS-Taschenbuchreihe im Verlag Herder kamen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls der Band von Hanns Jürgen Küsters „Das Ringen um die deutsche Einheit“ und der Sammelband von Günter Buchstab und Rudolf Uertz „Geschichtsbilder in Europa“ heraus. Der Band „Die kulturelle Eigenart Europas“ erscheint im März 2010.

Im Januar 2009 wurde unter www.Konrad-Adenauer.de die umfangreichste Internetpräsentation zum ersten Bundeskanzler online geschaltet und weiter ausgebaut. Das Portal fand ausweislich der Nutzerzahlen eine breite Resonanz, insbesondere bei Schülern und Studierenden, und bei der Vorstellung auf dem Deutschen Archivtag in Regensburg. Die Modernisierung der Internetpräsenz zu www.Helmut-Kohl.de ist in Vorbereitung.



Geschichtsbilder in Europa

Günter Buchstab, Rudolf Uertz (Hrsg.)

Freiburg 2009

320 Seiten | 15 EUR

ISBN 978-3-451-30198-8



Die kulturelle Eigenart Europas

Günter Buchstab (Hrsg.)

Freiburg 2010

240 Seiten | 13 EUR

ISBN 978-3-451-30287-9

ZEITREISEN MIT DEM ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Der schnelle Zugriff auf Nachrichten, gezielte und kompakte Hintergrundinformationen zu Tagesthemen, aber auch das zufällige Surfen prägen seit einigen Jahren das Leserverhalten im Internet. Kurze und bündige, gleichzeitig den Kern erfassende und die Möglichkeit zur Vertiefung bietende Zusammenfassungen sind daher für ein nutzerfreundliches Internetangebot unerlässlich. Mit zwei Formaten greift das ACDP diese Entwicklung auf: Biogramme rufen Persönlichkeiten der christlich-demokratischen Politik ins Gedächtnis, Jahrestage erinnern gerade in den Jubiläumsjahren 2009 und 2010 an die vielen wegweisenden Entscheidungen und Ereignisse bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und im Umfeld der Friedlichen Revolution vor zwanzig Jahren.

Biogramme

Anlässlich runder Geburtstage bzw. Todestage werden teilweise in Vergessenheit geratene christliche Demokraten wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit geholt. Wesentliche Merkmale der Biogramme sind die Lebensläufe, ergänzt um Fotografien, eine Auswahl an Dokumenten aus dem Archiv und Literaturhinweise. 2009 wurden zu den Geburtstagen von Lambert Lensing (120. Geburtstag), Josef Hermann Dufhues (100.), Hans Katzer und Josef Stingl (jeweils 90.), den Todestagen von Heinrich Brauns (70. Todestag), Felix von Eckardt und Franz Josef Röder (jeweils 30.), Bruno Heck und Heinrich Krone (jeweils 20.) sowie Manfred Wörner (15.) Biogramme verfasst. Auch weiterhin Impulse und Anregungen gebende Wegefahrten würdigt die KAS im Internet, so zum Beispiel Dorothee Wilms anlässlich ihres 80. Geburtstages.

Familienangehörige der Politiker, die ihren Nachlass dem ACDP anvertraut haben, begleiten mit Interesse die wissenschaftlichen Aufarbeitungen. So besuchte im Juni 2008 die Tochter von Josef Hermann Dufhues, Christa Krumeich, zusammen mit ihrem Ehemann die Stiftung, um sich die Ausstellung zum 100. Geburtstag ihres Vaters anzusehen und eine Führung durch das Archiv wahrzunehmen.



Am 28. Januar 2010 feierte Kurt Biedenkopf seinen 80. Geburtstag – Am selben Tag veröffentlichte die KAS in der Rubrik „Biogramme“ ausführliche Informationen zu dem Politiker. Biedenkopf war u.a. Generalsekretär der CDU Deutschlands und Ministerpräsident von Sachsen.

Jahrestage

Die Jahrestage im Jahr 2009 orientierten sich im Wesentlichen an den Jubiläen „Sechzig Jahre Bundesrepublik/Zwanzig Jahre Mauerfall“. Die personellen sowie parlamentarischen Aspekte in der Gründungsphase der Bundesrepublik fanden besondere Berücksichtigung, zum Beispiel die Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai 1949), die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag (14. August 1949), die Wahl des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (12. September 1949) und die Wahl des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer (15. September 1949). Die Gründung der DDR (7. Oktober 1949) wurde ebenso aufgearbeitet wie die Ereignisse, die im Rahmen der Friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung führten: die Fälschungen bei der Kommunalwahl in der DDR (7. Mai 1989), Gorbatschows Staatsbesuch in Bonn (12. bis 15. Juni 1989), die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge (1. Oktober 1989), der Sturz Erich Honeckers (18. Oktober 1989), der Fall der Mauer (9. November 1989), Helmut Kohls Besuch in Dresden (19. Dezember 1989).

Weitere Informationen im Internet:

www.kas.de/biogramme

www.kas.de/jahrestage

ALS FORUM DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN DIALOG ZWISCHEN POLITIK, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT GREIFT DIE **AKADEMIE IN BERLIN** GRUNDSÄTZLICHE UND AKTUELLE POLITISCHE FRAGEN AUF, FÖRdert DIE DEBATTE VON ZUKUNFTSTHEMEN EBENSO WIE DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER VERGANGENHEIT. 2009 PRÄGTEN VOR ALLEM DIE PROFILIERUNG VON VERANSTALTUNGSREIHEN, DER AUSBAU DER JUNGEN AKADEMIE UND GROSSEREIGNISSE WIE DER TAG DER KAS, DER JUGENDKONGRESS UND DIE FESTVERANSTALTUNG IM FRIEDRICHSTADTPALAST DIE ARBEIT.

ERFAHRUNGEN NUTZEN – ZUKUNFT DENKEN

VERANSTALTUNGSREIHEN

In der Reihe „Soziale Marktwirtschaft: Garant für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Stabilität“ erläutern führende Unternehmer ihr unternehmerisches Ethos und diskutieren darüber mit einem prominenten Gesprächspartner. „Abzocker oder am Gemeinwohl interessiert“ war 2009 Thema eines solchen Gedankenaustauschs zwischen Arend Oetker und Hans-Ulrich Jörges. Die Reihe „ZukunftsBlicke“ präsentiert seit drei Jahren Best-Practice-Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung von Reformansätzen. Unter der Zuspitzung „Vom Gedöns zur Standortfrage“ stellte 2009 NRW-Minister Armin Laschet eine moderne Familienpolitik vor. Die neuen Akademielesungen sollen den Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Kultur stärken. 2009 lasen und diskutierten Reiner Kunze, KAS-Literaturpreisträger Uwe Tellkamp, Arnold Stadler, Günter Kunert und Andreas Maier. In der Reihe „Deutschlandbilder“, in der seit 2008 Botschafter ihr persönliches Deutschlandbild entwickeln, berichteten 2009 die Vertreter der Niederlande, Spaniens, der Schweiz, Polens und Schwedens über ihre Erfahrungen und ihre Erwartungen.

EUROPA – EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Seit dreißig Jahren wählen die Bürger Europas ihre Vertreter für das Europäische Parlament direkt. Aus diesem Anlass hielten der frühere österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Ingo Friedrich MdEP in der Akademie ein leidenschaftliches Plädoyer für die Fortsetzung der „Erfolgsgeschichte Europa“. Im Frühjahr 2009 berichtete Simone Veil, erste Präsidentin des Europäischen Parlamentes, über ihre Zeit im Parlament und aktuelle Herausforderungen in der EU. Fragen der europäischen Integration standen im Mittelpunkt, als der polnische Parlamentspräsident Bronislaw Komorowski das Buch „Im Dienste Europas“ von Hans-Gert Pöttering im Beisein des Autors präsentierte und würdigte. Im Rahmen eines Forums beleuchteten unter anderem der frühere österreichische Vizekanzler Erhard Busek und der frühere tschechische Außenminister Karl Fürst zu Schwarzenberg die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa seit 1989/90 und diskutierten Identität und Herausforderungen des geeinten Europa. In der 6. Petersberger Europarede setzte sich der Sejm-Marschall Bronislaw Komorowski mit aktuellen Fragestellungen der Europäischen Union auseinander.

HISTORISCHES GEDÄCHTNIS

Zahlreiche Veranstaltungen befassten sich 2009 mit der DDR und der SED-Diktatur. Eine Tagung mit dem Autorenkreis der Bundesrepublik, bei der auch Literaturnobelpreisträger Imre Kertész mitwirkte, ging aktuellen Aspekten der Auseinandersetzung mit dem SED-Regime nach. Das 2. Hohenschönhausen-Forum – mit Ministerpräsident Wolfgang Böhmer sowie Gesprächspartnern aus Russland und Tschechien – beschäftigte sich mit dem Thema „Auferstanden aus Ruinen – Droht eine Renaissance des Kommunismus?“. Zum 65. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli würdigte Ministerpräsident Christian Wulff dieses als Vermächtnis und Zukunftsauftrag. An Berliner Schulen wurden zwei Wanderausstellungen gezeigt, die sich der „Geschichte von Widerstand und Opposition im 20. Jahrhundert“ widmeten. Zum 60. Jahrestag der Gründung der



Bei der Lesung „Instandsetzung des Morgens“ trug der Lyriker Reiner Kunze am 3. März 2009 Gedichte und Tagebuchnotizen vor und eröffnete damit die Reihe „Akademielesung“.

NATO befasste sich der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann mit den Erfolgen und neuen Herausforderungen für das Bündnis.

ZWANZIG JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION UND MAUERFALL

Auf vielfältige Weise nahm die Akademie 2009 Stationen und Entwicklungen der Friedlichen Revolution gegen das SED-Regime, aber auch den Umbruch in den mittel- und osteuropäischen Staaten in den Blick. So erinnerte eine Veranstaltung mit dem Verein von Mitgliedern der ehemaligen Volkskammerfraktion von CDU/DA an das legendäre Picknick von Sopron, bei dem mehr als 600 DDR-Bürgern die Flucht nach Österreich gelang. Zwei Ausstellungen stießen in der Akademie auf sehr positive Resonanz: Im Frühjahr eröffnete Joachim Gauck die Ausstellung zu Fluchtversuchen über die Ostsee. Zum 9. November wurde die Fotoausstellung „Der Fall der Mauer“ mit Bildern des Fotografen Karl-Ludwig Lange präsentiert. In ihrer Historischen Filmreihe zeigte die Akademie unter anderem den Dokumentarfilm „The Burning Wall“, der Widerstand und Aufbegehren in der SBZ/DDR bis zum Fall der Mauer schildert.

DIALOG MIT DER JÜDISCHEN WELT

Mit der neuen Hebraic Graduate School of Europe hat die Akademie die Tagung „Israel in Europa – Europa in Israel“ mit Referenten aus Europa und Israel durchgeführt. Veranstaltungen mit Partnern wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Jüdischen Museum befassten sich mit dem Stellenwert von Versöhnung im Judentum, Christentum und Islam sowie mit Fragen zum Verständnis des Judentums.

JUNGE AKADEMIE

Bei Schülern und Lehrern gleichermaßen beliebt sind die Schüler-Politik-Tage, bei denen sich 2009 jeweils 100 bis 150 Teilnehmer in Theater-, Film- und Kunst-Workshops Themen wie „Sechzig Jahre Grundgesetz – Sechzig Jahre Bundesrepublik“ oder auch „Zwanzig Jahre Fall der Mauer – Perspektiven für die Zukunft“ widmeten. „Confronting Religious Intolerance as a Renewed Challenge“ lautete der Titel der Modellkonferenz 2009 der Vereinten Nationen, die die KAS zusammen mit der J.F.-Kennedy-Schule organisierte. Drei Tage lang simulierten 240 Jugendliche aus Berlin, Brandenburg und Niedersachsen die Arbeit der Vereinten Nationen in Vollversammlung, Sicherheitsrat, Ländergruppen. Außerdem war die Akademie Ort für den Auftakt der diesjährigen „Simulation du Parlement Européen au Canada-Québec-Europe (SPEQUE 2009)“ mit 130 jungen Leuten aus verschiedenen europäischen Ländern und aus Nordamerika.

AKADEMIE VOR ORT

2009 hob die Akademie zusätzlich zu dem „Pankower Gespräch“ die „Biesdorfer Schlossgespräche“ (Bezirk Marzahn-Hellersdorf), die „Lichtenberger Gespräche“ sowie die „Friedrichshain-Kreuzberger Gespräche“ aus der Taufe. Ziel ist es, mit Multiplikatoren und politisch interessierten Menschen vor Ort über aktuelle Themen und Herausforderungen ins Gespräch zu kommen. 2010 weitet die KAS das Konzept auf ausgewählte Westbezirke aus.

BILDUNGSWERK BERLIN

In Vortragsveranstaltungen, Lesungen, bei Filmvorführungen und Zeitzeugengesprächen wurden interessante Fragestellungen zu den Jubiläen des Jahres 2009 beleuchtet. Themen wie die Finanzkrise und sozioökonomische Aspekte der Migration standen daneben genauso auf der Agenda wie die beliebte Seminarreihe zur Architektur in Berlin. Mit 38 Seminaren vermittelte das Bildungswerk Teilnehmern aus ganz Deutschland Einblicke in die Bundespolitik und die Geschichte der Hauptstadt.



v.l.n.r.

Professor Johannes Tuchel,
Leiter der Gedenkstätte
Deutscher Widerstand,
Christian Wulff, Ministerpräsident
des Landes Niedersachsen,
Sven Felix Kellerhoff
(Moderator), Die Welt,
Axel Smend, Vorsitzender
der Stiftung 20. Juli 1944,
Hans Speidel, Brigadegeneral a.D.



DIE VILLA LA COLLINA AM COMER SEE – URLAUB MIT GESCHICHTE

Genießen Sie individuelle Urlaubstage in der Villa La Collina, dem Urlaubsziel des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Oder entdecken Sie die Vorteile einer Tagung an diesem außergewöhnlich schönen Ort am Comer See. Eine 28.000 qm große, herrliche Parkanlage, moderne Tagungsmöglichkeiten für bis zu sechzig Personen, ein Restaurant, Boccia-Bahnen, ein Gartenschwimmbad und vieles mehr erwarten Sie.

Seit 1959 residierte Konrad Adenauer im Urlaub regelmäßig an der herrlichen Azaleen-Riviera in der Villa La Collina in Cadenabbia mit einem fantastischen Panoramablick auf den See und das gegenüberliegende Bellagio. Die Villa La Collina präsentiert sich heute zusammen mit der „Accademia Konrad Adenauer“ als internationale Begegnungsstätte für Politik, Wirtschaft und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die spektakuläre Lage und das entspannende Ambiente sind einzigartig, die Ausflugsmöglichkeiten vielfältig, und die gute italienische Küche sorgt für das körperliche und seelische Wohlbefinden.

Die 1895 gebaute, historische Villa selbst verfügt über zwölf Gästezimmer sowie Tagungs- und Aufenthaltsräume für kleine, geschlossene Gruppen. Die 1992 erbaute „Accademia Konrad Adenauer“ ist mit 22 Gästezimmern, einem Restaurant und einem großen Konferenzraum für bis zu siebenzig Personen ausgestattet. Beide Gebäude zusammen können für bis zu sechzig Übernachtungsgäste genutzt werden.

Besuchen Sie uns – Wir freuen uns auf Sie!

Ihre Ansprechpartner in der Villa La Collina sind:

Heiner Enterich als Geschäftsführer und Martina Süßmann, Marinella Galli, Nicoletta Canzani im Sekretariat.

Telefon: +39 034 444 111

Telefax: +39 034 441 058

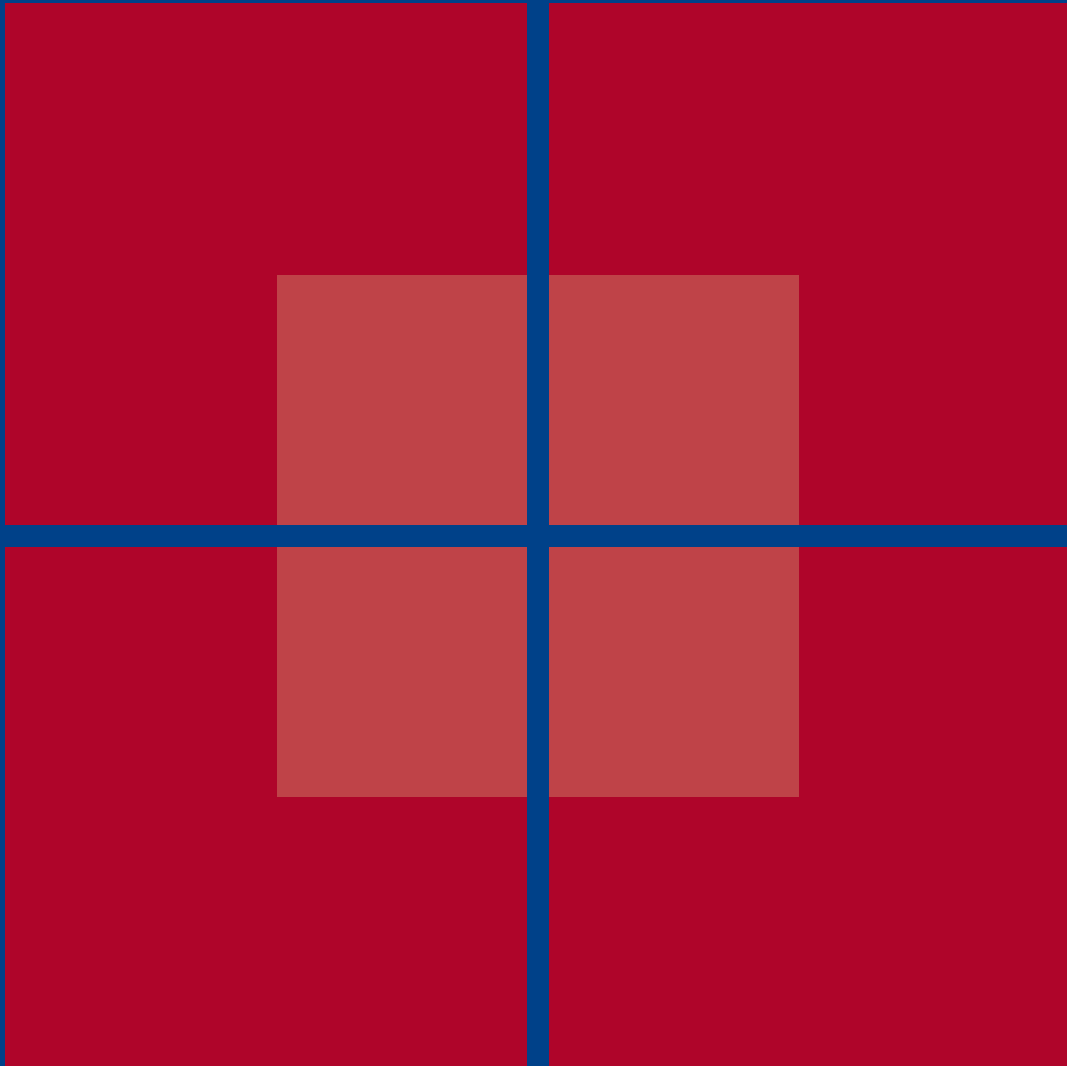
E-Mail: cadenabbia@villalacollina.it

Internet: www.villalacollina.com



DIE ALTSTIPENDIATEN: EIN BEEINDRUCKENDES KOMPETENZ-NETZWERK

Die 8.600 deutschen und knapp 2.200 ausländischen Altstipendiatinnen und Altstipendiaten bilden ein Kompetenz-Netzwerk mit einem beeindruckenden Reichtum an Wissen, Expertise, Erfahrungen und Kontakten sowie nationalen und internationalen Aktivitäten. Sie tragen Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, im Bildungswesen und in den Medien, setzen Akzente in Kunst und Kultur. Als Funktions- und Verantwortungseliten mit christlich-demokratischem Wertehorizont und als Teil des Stiftungs-Netzwerks nehmen sie einen hervorragenden Platz in der „KAS-Familie“ ein. Sie sind Ansprechpartner für die Konrad-Adenauer-Stiftung bei Veranstaltungen, Projekten und Publikationen, Mentoren für die aktuellen Stipendiaten in Studien- und Berufsfragen und wirken entscheidend bei der Auswahl der neuen Stipendiaten-Generationen mit. Darüber hinaus unterstützen die Altstipendiaten mit Mitteln aus ihrem Hilfs- und Sozialfonds Auslandsseminare für die Stipendiaten. Sie engagieren sich anteilig an der Finanzierung des Kammerorchesters der Begabtenförderung und gewähren Stipendiaten aus diesem Fonds zinslose Darlehen u. a. für Auslandsaufenthalte. Neben den vielfältigen Aktivitäten in über 50 Regionalgruppen im In- und Ausland bildeten die Jahrestagung im Mai 2009 in Stuttgart mit über 400 Teilnehmern, dem Startschuss für die digitale Social-Network-Plattform KASconnect und einem überzeugenden Konzert des Kammerorchesters vor 600 Zuhörern in der dortigen Stiftskirche den Höhepunkt in der Veranstaltungskultur der Altstipendiaten. In Hamburg fand Ende Oktober die glanzvolle Verleihung des elften Bruno-Heck-Wissenschaftspreises an die Psychologin und Stressforscherin Silja Bellingrath (2. v.l. im Bild oben) statt. Erfolgreich ist mit zwei Veranstaltungen das Unternehmer-Netzwerk der KAS-Alumni gestartet. In der KAS-Publikationsreihe „Im Plenum“ veröffentlichten die Altstipendiaten die Dokumentation ihres viel beachteten Kongresses „Public Private Partnership“, der 2008 in Berlin stattfand. Der Band konnte über 500 Entscheidungsträgern der öffentlichen Hand auf kommunaler Ebene kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.



N A M E N, F A K T E N, B I L A N Z E N

IN DIESEM KAPITEL: DIE BILANZEN, DER
VORSTAND, DIE MITGLIEDER UND DAS
KURATORIUM DER KAS, DIE ADRESSEN DER
BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE
SOWIE DER AUSLANDSBÜROS, NEUERSCHEI-
NUNGEN 2008 UND INFORMATIONEN AUS
DEM FREUNDESKREIS.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2008

VERMÖGENSRECHNUNG

AKTIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
▪ Immaterielle Vermögensgegenstände	210.806,75	190
▪ Sachanlagen	40.923.214,93	41.918
▪ Finanzanlagen	5.955.910,77	2.228
B. Sondervermögen	6.106.028,77	5.737
C. Umlaufvermögen		
▪ Vorräte	49.137,10	43
▪ Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	1.058.678,12	1.080
▪ Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3.341.766,46	2.871
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.410.145,55	4.406
Bilanzsumme	62.055.688,45	58.473

PASSIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 Tsd. €
A. EIGENE MITTEL	6.020.497,57	5.957
B. RÜCKLAGEN	426.665,76	314
C. ZWECKGEBUNDENE FONDS	1.641.871,92	1.301
D. ZUSCHÜSSE ZUR ANLAGENFINANZIERUNG	45.267.693,36	42.468
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN	2.752.905,33	3.047
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	5.946.054,51	5.386
Bilanzsumme	62.055.688,45	58.473

Dieser Jahresabschluss wurde von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bestätigt.
Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht ihre Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung sowie den vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet (www.ebundesanzeiger.de).

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2008

ERTRAGS-/AUFWANDSRECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2008

	2008 €	2007 Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Zuwendungen des Bundes	108.516.964,43	101.765
▪ Zuwendungen der Länder und Kommunen	2.091.159,48	2.078
▪ Sonstige Zuwendungen	1.930.992,69	2.094
	112.539.116,60	105.937
Erträge aus Fonds	528.474,13	486
Spenden	229.489,66	241
Teilnehmergebühren	1.771.438,30	1.891
Andere Einnahmen	1.900.621,01	1.677
Projektausgaben		
▪ Internationale Zusammenarbeit	56.439.588,07	54.017
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	13.629.545,50	12.151
▪ Kongresse, Tagungen und Seminare	4.824.326,88	5.013
▪ Ausstellungen und Publikationen	1.233.711,63	1.228
▪ Forschungsausgaben	205.713,71	263
▪ Sonstige Projektausgaben	345.836,20	495
	76.678.721,99	73.167
Ausgaben Fonds	528.474,13	486
Personalausgaben	24.858.255,21	24.023
Sächliche Verwaltungsausgaben	8.631.227,83	7.968
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	5.027.210,24	3.392
Zuwendungen an andere Stiftungen	938.588,72	1.035
Übrige Ausgaben	120.881,50	226
Abschreibungen auf Sachanlagen	46.253,00	67
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	139.527,08	-132
Entnahmen aus Rücklagen	106.441,72	205
Einstellung in Rücklagen	219.083,04	115
Ergebnis der Vermögensrechnung	26.885,76	-42

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2008

BESCHEINIGUNG

„An den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Vermögensrechnung und Ertrags-/Aufwandsrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung der Jahresrechnung nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt die Jahresrechnung auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleitete Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) erfolgen insbesondere bei der unmittelbaren Verausgabung angeschaffter beweglicher Vermögensgegenstände im Ausland, durch die Gesamtbewertung von Wertpapiervermögen, durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresrechnung unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Jahresrechnung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresrechnung überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.“

Köln, 10. August 2009

Ernst & Young AG | Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gockel Brüggemann
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlicht die Stiftung in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2008:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2007
Mitarbeiter Inland	460	452
Mitarbeiter Ausland	83	83
insgesamt	543	535
Auszubildende	16	13

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung Von insgesamt 22 Mitgliedern*) sind:

- 1 Bundeskanzlerin
- 1 Präsident des Deutschen Bundestages
- 11 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 1 Mitglied eines Landtages
- 6 Mitglieder des Bundespartei Vorstandes
- 3 Mitglieder eines Landespartei Vorstandes
- 1 Präsident des Europäischen Parlaments
- 1 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 7 ohne o. a. Führungsfunktionen

*) Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

GESAMTÜBERSICHT DER ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

EINNAHMEN

	2010 (Soll)* Tsd. €	2009 (Soll) Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Bund	112.584	117.460
▪ Länder	2.087	2.087
▪ Sonstige	2.851	2.941
	117.522	122.488
Fonds / Spenden	631	713
Teilnehmergebühren	1.828	1.856
Sonstige Einnahmen	1.474	1.589
Einnahmen Gesamt	121.455	126.646

AUSGABEN

	2010 (Soll)* Tsd. €	2009 (Soll) Tsd. €
Projektausgaben		
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	14.509	14.932
▪ Tagungen und Seminare	4.884	5.435
▪ Internationale Zusammenarbeit	60.029	61.185
▪ Veröffentlichungen / Ausstellungen	1.202	1.386
▪ Forschungsprojekte	237	368
▪ Förderung von Kunst und Kultur	263	348
▪ Sonstige Projektausgaben	112	128
	81.236	83.782
Personalausgaben (Inland)	26.208	25.745
Sächliche Verwaltungsausgaben		
▪ Geschäftsbedarf	3.063	2.723
▪ Gebäudeaufwand	4.392	5.696
▪ Sonstige Verwaltungsausgaben	1.968	2.343
	9.423	10.762
Übrige Ausgaben	3.828	4.501
Ausgaben für Investitionen	760	1.856
Ausgaben Gesamt	121.455	126.646

*) Haushalt 2010, Stand vom 10.09.2009

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STAATLICHEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text der „Gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden.

Tel. 030/2 69 96-32 16/-32 72

Fax 030/2 69 96-32 61

Internet <http://www.kas.de/wf/de/71.5035/>

VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

VORSITZENDER

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
*Präsident des
Europäischen Parlaments a.D.*

EHRENVORSITZENDER

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

**Professor Dr.
Norbert Lammert MdB**
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Beate Neuss
*Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz*

Professor Dr. Johanna Wanka MdL
*Landesvorsitzende der
CDU Brandenburg*

SCHATZMEISTER

Dr. Franz Schoser

GENERALSEKRETÄR

Michael Thielen

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Otto Bernhardt
*Vorsitzender der
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.*

Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Peter Hintze MdB
*Parl. Staatssekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft und Technologie*

Volker Kauder MdB
*Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag*

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a.D.

Dr. Hermann Kues MdB
*Parl. Staatssekretär bei der Bundes-
ministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Michael Mertes
*Bevollmächtigter des Landes
Nordrhein-Westfalen beim Bund*

Hildegard Müller
*Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband der Energie und
Wasserwirtschaft e.V.*

Anton Pfeifer
Staatsminister a.D.

Professor Dr. Günter Rinsche
*ehemaliger Vorsitzender der
CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament*

Professor Dr. Andreas Rödder
*Professor für Neueste Geschichte an der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
*ehemaliger Direktor des Seminars
für Politische Wissenschaft der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn*

MITGLIEDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Bettina Adenauer-Bieberstein
Honorarkonsulin der Republik Island

Otto Bernhardt
*Vorsitzender der
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.*

**Professor Dr.
Wolfgang Böhmer MdL**
*Ministerpräsident des Landes
Sachsen-Anhalt*

Dr. Christoph Böhr
*ehem. Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz*

Elmar Brok MdEP
*Mitglied des Ausschusses für
Auswärtige Angelegenheiten des
Europäischen Parlaments*

Emine Demirbükten-Wegner MdA
Sprecherin Jugend- und Familienpolitik

Eberhard Dieppen
*Regierender Bürgermeister a.D.
von Berlin*

Rainer Eppelmann
*Vorstandsvorsitzender der Stiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*

Steffen Flath MdL
*Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Sächsischen Landtag*

Dr. Reinhard Göhner
*Hauptgeschäftsführer der
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)*

Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Peter Hintze MdB
*Parl. Staatssekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft und Technologie*

Volker Kauder MdB
*Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag*

Eckart von Klæden MdB
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

Dr. Egon A. Klepsch
*Präsident des Europäischen
Parlaments a.D.*

Roland Koch MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

Brigitta Kögler
Rechtsanwältin

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a.D.

Dr. Hermann Kues MdB
*Parl. Staatssekretär bei der Bundes-
ministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*

**Professor Dr.
Norbert Lammert MdB**
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Gerd Langguth
Staatssekretär a.D.

Professor Dr. Carl Otto Lenz
*Generalanwalt a.D. am Gerichtshof
der Europäischen Gemeinschaften*

Christine Lieberknecht MdL
*Ministerpräsidentin des
Freistaats Thüringen*

Dr. Gisela Meister-Scheufelen
*Ministerialdirektorin im Finanz-
ministerium von Baden-Württemberg*

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Philipp Mißfelder MdB
*Bundesvorsitzender der Jungen Union
Deutschlands*

Hildegard Müller
*Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband der Energie-
und Wasserwirtschaft e.V.*

Hartmut Nassauer
*ehem. stellv. Vorsitzender der EVP-ED-
Fraktion im Europäischen Parlament*

Bernd Neumann MdB
Staatsminister im Bundeskanzleramt

Professor Dr. Beate Neuss
*Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz*

Doris Pack MdEP
*Vorsitzende des Ausschusses für Kultur,
Jugend, Bildung, Medien und Sport im
Europäischen Parlament*

Dr. Wolfgang Peiner
Senator a.D.

Anton Pfeifer
Staatsminister a.D.

Ronald Pofalla MdB
Chef des Bundeskanzleramts

Ruprecht Polenz MdB
*Vorsitzender des Auswärtigen Aus-
schusses des Deutschen Bundestages*

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
*Präsident des
Europäischen Parlaments a.D.*

Peter Radunski
Senator a.D.

Hans-Peter Repnik
Parl. Staatssekretär a.D.

Herbert Reul MdEP
*Vorsitzender des Ausschusses für
Industrie, Forschung und Energie
des Europäischen Parlaments*

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.
Heinz Riesenhuber MdB**
*Bundesminister a.D.
Präsident der Deutschen
Parlamentarischen Gesellschaft*

Professor Dr. Günter Rinsche
*ehem. Vorsitzender der
CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament*

Professor Dr. Andreas Rödder
*Professor für Neueste Geschichte an der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Dr. Norbert Röttgen MdB
*Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit*

Adolf Roth
*ehem. Vorsitzender des
Haushaltsausschusses des Deutschen
Bundestages*

**Professor Dr. Annette Schavan
MdB**
*Bundesministerin für Bildung
und Forschung*

Dr. Andreas Schockenhoff MdB
*stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag*

Jörg Schönbohm
*Innenminister und stellv. Minister-
präsident des Landes Brandenburg a.D.*

Dr. Franz Schoser
*Schatzmeister der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

Werner Schreiber
*Vorsitzender der Stiftung
Christlich-Soziale Politik e.V.*

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
*ehem. Direktor des Seminars für
Politische Wissenschaft der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Dr. h.c. Rudolf Seiters
*Bundesminister a.D.
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes*

Dr. Johannes von Thadden
*Leiter Politische Beziehungen von
EADS Astrium GmbH*

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.

Dr. Dorothee Wilms
Bundesministerin a.D.

Christian Wulff MdL
*Ministerpräsident des
Landes Niedersachsen*

Stand: 22. Dezember 2009

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. berief im Jahr 2000 ein Kuratorium. Dieses Gremium berät und unterstützt die Arbeit der KAS. Seine Aufgabe ist es insbesondere, als Seismograph auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen. In das Kuratorium wurden Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur berufen.

Professor Dr. Roman Herzog
Bundespräsident a.D.
Vorsitzender des Kuratoriums

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf
Ministerpräsident a.D.

Professor Dr. Manfred Erhardt
Generalsekretär a.D. des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Professor Monika Grütters MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag

Professor Dr. Wilfried Härle
Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, Universität Heidelberg

Professor Dr. Eilert Herms
Direktor des Instituts für Ethik an der Ev.-theol. Fakultät der Universität Tübingen

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann
Präsident der Technischen Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. Otfried Höffe
Leiter der Forschungsstelle für Politische Philosophie der Eberhard Karls Universität Tübingen

Professor Dr. Horst Köhler
Bundespräsident (ruhende Mitgliedschaft)

Dr. Volkmar Köhler
Staatssekretär a.D.

Prof. Dr. h.c. Klaus-Peter Müller
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG

Dr. h.c. Klaus D. Naumann
Generalinspekteur a.D. ehem. Vorsitzender des Nato-Militärausschusses

Birgit Schnieber-Jastram MdB
Senatorin a.D.

Professor Dr. Eberhard Schockenhoff
Professor für Moralthologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.

Professor Dr. Rupert Scholz
Bundesminister a.D. Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. Volker Schumpelick
Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik Universitätsklinikum Aachen

Ingrid Sehrbrock
Stellv. Vorsitzende des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. h. c. Wolfgang Spindler
Präsident des Bundesfinanzhofes

Dr. Burkhard Spinnen
Schriftsteller

Professor Dr. Christoph Stölzl
Senator a.D.

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte
ZDF-Intendant a.D.

Professor Dr. Dr. h.c. Horst Teltschik
Ministerialdirektor a.D.

Erwin Teufel
Ministerpräsident a.D.

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer
Präsident i.R. der Deutschen Bundesbank

ORGANISATIONSPLAN

Vorstand

- **Vorsitzender Dr. Hans-Gert Pöttering** | Berlin 3270 | Sankt Augustin 2420
- **Generalsekretär Michael Thielen** | Berlin 3240 / Sankt Augustin 2500
- **Stellvertretender Generalsekretär Dr. Gerhard Wahlers** | Berlin 3525

Vorstandsbüro: Dr. Nino Galetti | Berlin 3219

Politik und Beratung	Internationale Zusammenarbeit	Politische Bildung	Wissenschaftliche Dienste	Begabtenförderung und Kultur	Zentralabteilung Kommunikation	Akademie	Dienstleistungszentrum	Finanzen	IT/Organisation
Dr. Michael Borchard Berlin 3550	Dr. Gerhard Wahlers Berlin 3525 Stellvertreter Frank Spengler Berlin 3527	Dr. Melanie Pienpenschneider Wesseling 4212	Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters St. Augustin 2240	Prof. Dr. Günther Rütger St. Augustin 2280	Walter Bajohr St. Augustin 2517	Andreas Kleine-Kraneburg Berlin 3257	Leiter: Rolf Halfmann Personal Rolf Halfmann (Justiziar) St. Augustin 2540	Henrik Braun St. Augustin 2410	Christoph Kley St. Augustin 2268
Beratungsmanagement Dr. Wolfgang Maier Berlin 3587	Evaluierung Dr. Norbert Eschborn Berlin 3563	Bildungswerke und Bildungszentren Dr. Werner Blumenthal Wesseling 4215	Historisches Archiv/Historische Forschung Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters St. Augustin 2240	Berufsorientierung/Berufsförderung Armin Pawlik St. Augustin 2541	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Uta Hellwig Berlin 3222	Hauptstadtforum Andreas Kleine-Kraneburg Berlin 3257	Personal Inland Ute Grewenig St. Augustin 2392	Controlling Nicole Arntzen St. Augustin 2405	Organisation Christoph Kley St. Augustin 2268
Wirtschafts- und Sozialpolitik Matthias Schäfer (komm.) Berlin 3515	Grundsatzfragen Dr. Helmut Reifeld Berlin 3467	Politische Bildung und Zeitgeschehen Dr. Ludger Gruber Wesseling 4417	Zentrale Dokumentation NN St. Augustin 2497	Altstipendiaten Dr. Wolfgang-Böttcher St. Augustin 2503	Medienpolitik Barthel Schölgens St. Augustin 2525	Bildungswerk Berlin Renate Abt Berlin 3253	Personal Ausland Markus Rosenberger Berlin 3365	Beschaffung Holger Förster St. Augustin 2399	IT Thomas Nüske St. Augustin 2273
Gesellschafts-politik Dr. Norbert Arnold Berlin 3504	Europa, Nordamerika Jens Paulus Berlin 3526	Politische Kommunikation Ralf Güldenpopf Wesseling 4213	Bibliothek Hildegard Krenzel St. Augustin 2207	Deutsche Studententförderung Dr. Frank Müller St. Augustin 2423	Politische Meinung Rita Tüpper-Fotiadis St. Augustin 2522	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp Berlin 3430	Zentrale Veranstaltungenorganisation Andreas Kleine-Kraneburg Berlin 3257	Haushalt/Rechnungswesen Gordon Sobbeck St. Augustin 2402	Allgemeine Verwaltung Egon Radermacher St. Augustin 2395
Innenpolitik Dr. Ralf Thomas Baus Berlin 3503	Afrika und Naher Osten Dr. Hardy Östry Berlin 3541	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Journalisten-Akademie Walter Bajohr (komm., Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien) St. Augustin 2517	Deutsche Graduiertentförderung Dr. Daniela Tandecki St. Augustin 2511	Zentralredaktion Print/Online Walter Bajohr St. Augustin 2517	Private Finanzierung/ Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 2616	Haushalt/Rechnungswesen Gordon Sobbeck St. Augustin 2402	Projektverwaltung Thomas Schöneiffen St. Augustin 2367	
Außen-, Sicherheits- und Europapolitik Dr. Michael Lange Berlin 3510	Asien Dr. Stefan Friedrich Berlin 3530	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Deutsche Graduiertentförderung Dr. Daniela Tandecki St. Augustin 2511	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuße St. Augustin 2320	53757 Sankt Augustin Rathausallee 12 Telefon: 0 22 41 / 2 46-0 (Zentrale)	10785 Berlin Tiergartenstraße 35 und Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Telefon: 0 30 / 2 69 96-0 (Zentrale)	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp Berlin 3430	Private Finanzierung/ Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 2616	
	Lateinamerika Hans-Hartwig Blomeier Berlin 3375	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Journalisten-Akademie Walter Bajohr (komm., Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien) St. Augustin 2517	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuße St. Augustin 2320	53757 Sankt Augustin Rathausallee 12 Telefon: 0 22 41 / 2 46-0 (Zentrale)	10785 Berlin Tiergartenstraße 35 und Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Telefon: 0 30 / 2 69 96-0 (Zentrale)	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp Berlin 3430	Private Finanzierung/ Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 2616	
	Inlandsprogramme Gabriele Baumann Berlin 3538	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Journalisten-Akademie Walter Bajohr (komm., Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien) St. Augustin 2517	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuße St. Augustin 2320	53757 Sankt Augustin Rathausallee 12 Telefon: 0 22 41 / 2 46-0 (Zentrale)	10785 Berlin Tiergartenstraße 35 und Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Telefon: 0 30 / 2 69 96-0 (Zentrale)	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp Berlin 3430	Private Finanzierung/ Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 2616	
	Haushalt/Verwaltung Walter Glos Berlin 3481	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Journalisten-Akademie Walter Bajohr (komm., Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien) St. Augustin 2517	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuße St. Augustin 2320	53757 Sankt Augustin Rathausallee 12 Telefon: 0 22 41 / 2 46-0 (Zentrale)	10785 Berlin Tiergartenstraße 35 und Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Telefon: 0 30 / 2 69 96-0 (Zentrale)	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp Berlin 3430	Private Finanzierung/ Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 2616	

E-Mail: vorname.nachname@kas.de
Stand 1. Februar 2010

AUSLANDSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

AFRIKA UND NAHER OSTEN

Ägypten

Dr. Andreas Jacobs
8, Salah El-Din Street
7th floor, Flat No. 73
112111 Zamalek-Kairo
Tel.: 0020/2-7377450
Fax: 0020/2-7377454
kaf@internetegypt.com

Benin

David Robert
Lot 07 Les Cocotiers
(en Face Ecole Primaire)
Cotonou
Tel.: 00229/21301022
Fax: 00229/21300142
secretariat.benin@kas.de

DR Kongo

Tinko Weibezahl
Avenue de la Caisse
d'Epargne (Av. CADECO), 3
Commune de la Gombe
Kinshasa
Tel.: 00243/81-8801787
Sat-Tel.: 008821/654250668
Fax: 00243/81-3010944
info@kas-rdc.cd

Ghana

Klaus Lötzer
House No. 103
Osu Badu Street
Accra
Tel.: 00233/21-768629
Fax: 00233/21-768630
Mobil: 00233/21785188
k.loetzer@kas.de

Israel

Dr. Lars Hänsel
Lloyd George St. 6
Jerusalem 91082
Tel.: 00972/2-5671830
Fax: 00972/2-5671831
Mobil: 00972/544790788
office@kasisrael.org

Jordanien

Dr. Martin Beck
23, Ismael Haqqi Abdou Str.
Sweifiye (next Airport Rd/
7th Circle)
Amman
Tel.: 00962/6-5929777
Fax: 00962/6-5933087
Mobil: 00962/77839938
info@kas.org.jo

Kenia

Anke Lerch (Länderprogramm)
Prof. Dr. Christian Roschmann
(Rechtsstaatsprogramm)
Mbaruk Road 27
Kilimani – Golf Course
Nairobi
Tel.: 00254/2-02725957
Fax: 00254/2-02724902
info.nairobi@kas.de

Malawi

Annette Schwarzbauer
(zuständig)
Gelu House, 1st. Floor
Kamuzu Procession Road
Lilongwe
Tel. und Fax: 00265/1-759274
kasmal@malawi.net

Marokko

Thomas Schiller
11, rue d'Agadir
Quartier Hassan
10000 Rabat
Tel.: 00212/37-761232
Fax: 00212/37-761235
kasma@kas.org.ma

Mosambik

Annette Schwarzbauer
Rua B, No. 139, Bairro da
Coop
Maputo
Tel.: 00258/21-416804
Fax: 00258/21-416810
annette.schwarzbauer@kas.de

Namibia

Dr. Dr. Anton Bösl
Windhoek Sanlam Center,
11th Floor
154, Independence Avenue
Windhoek
Tel.: 00264/61-225568
Fax: 00264/61-225678
info@kas-namibia.de

Nigeria

Dr. Klaus Pähler
3, Rudolf Close
off Katsina Alla Crescent
Maitama
Abuja
Tel.: 00234/9-4132234
Fax: 00234/9-4132233
Mobil: 00234/8033208999
klauspaehler@gmx.com

Palästinensische Autonomiegebiete

Felix Dane
3, Tawfiq Zayyad St.
Al-Bireh/Ramallah
Tel.: 00972/2-2404305
Fax: 00972/2-2404307
felix.dane@kas.de

Republik Südafrika

Werner Böhler
(Länderprogramm)
Frank Windeck
(Medienprogramm)
60, Hume Road
Dunkeld 2196
Johannesburg
Tel.: 0027/11-2142900
Fax: 0027/11-2142913
(Länderprogramm)
Tel.: 0027/11-2142914
(Medienprogramm)
info@kas.org.za

Senegal

Dr. Stefan Gehrold
Stèle Mermoz 32
Route de la Pyrotechnie
Dakar
Tel.: 00221/33-8697778
Fax: 00221/33-8602430
buero@kas-dakar.de

Simbabwe

Helga Rothfritz
26, Sandringham Drive
Alexandra Park
Harare
Tel. und Fax: 00263/4-745395
Tel. und Fax: 00263/4-745397
Econet: 00263/91 292211
info@kaf.co.zw

Tansania

Anke Lerch (zuständig)
Isimani Rd. Plot No. 367
Upanga
Dar Es Salaam
Tel.: 00255/22-2153174
Fax: 00255/22-2151990
kasdar@kicheko.com

Tunesien

Thomas Schiller (zuständig)
3, Rue Mahmoud El Ghaznaoui
1082 Cité El Mahrajène
El Menzah IV – Tunis
Tel.: 00216/71-751420
Fax: 00216/71-750090
info@kas.com.tn

Türkei

Jan Senkyr
Ahmet Rasim Sokak 27
06550 Cankaya-Ankara
Tel.: 0090/312-4404080
Fax: 0090/312-4403248
kas@konrad.org.tr

Uganda

Peter Girke
51A, Prince Charles Drive
Kampala
Tel.: 00256/414-259611
Fax: 00256/414-255495
Mobil: 00256 77/405028
kas.girke@gmail.com

Vereinigte Arabische Emirate

Thomas Birringer
Villa No. B11
100 Wesr 12
Khalidiya
Abu Dhabi
Tel.: 00971/241-71200
Fax: 00971/241-71299
thomas.birringer@kas.de

ASIEN

Afghanistan

Dr. Babak Khalatbari
No. 291, 10th Street
Wazir Akbar Khan
Kabul
Sat-Tel.: 00870/761650774
Mobil: 0093/799327241
kas.kabul@ceretechs.com

China

Wolfgang Meyer
Lufthansa Center C813
No. 50 Liangmaqiao Road
Peking 100016
Tel.: 0086/10-64622207
Fax: 0086/10-64622209
Mobil: 0086/13801306854
beijing@kas.de

Thomas Awe
Shanghai Project Office
Overseas Chinese Mansion
1903/04
129, Yan'an Xi Lu
200040 Shanghai
Tel.: 0086/21-62491722
Fax: 0086/21-62494549
Mobil: 0086/13601662005
shanghai@kas.de

Georgien

Katja Plate
2, Peritswalebis
0103 Tiflis
Tel.: 00995/32-459111
Fax: 00995/32-747887
info.georgien@kas.de

Indien

Dr. Beatrice Gorawantschy
German House, 1st Floor
2, Nyaya Marg
Chanakyapuri
New Delhi 110 021
Tel.: 0091/11-26113520
Fax: 0091/11-26113536
info.india@kas.de

Indonesien

Winfried Weck
Plaza Aminta, 4th Floor
Jl. Let. Jend. TB Simatupang
Kav. 10
Jakarta 12310
Tel.: 0062/21-75909411
Fax: 0062/21-75909415
weck@kasindo.org

Kambodscha

Rabea Brauer
House No. 4, Street 462
Khan Chamkar Mon
Phnom Penh
Tel.: 00855/023-213363
Fax: 00855/023-213364
Mobil: 00855/012222540
rabea.brauer@kas.de

Kasachstan

Dr. Gregor Ryszel
Baraeva Str. 18/2-15
010002 Astana
Tel.: +77172224043
ryssel@kas.kz

Malaysia

Dr. Thomas Knirsch
M-3-16, Block M,
Plaza Damas
60, Jalan Sri Hartamas 1
Sri Hartamas
50480 Kuala Lumpur
Tel.: 0060/3-62031957
Fax: 0060/3-62031739
info.malaysia@kas.de

Mongolei

Dr. Thomas Schrapel
Jamyan Gun Street – 5/305
„Ar Mongol Travel“ Building
Ulan Bator 48
Tel.: 00976/11-319135
Fax: 00976/11-319137
thomas.schrapel@kas.de

Pakistan

Dr. Babak Khalatbari
House 4, 61st Street, F-3/6
Islamabad
Tel.: 0092518358972
Fax: 0092512822076
info.pakistan@kas.de

Philippinen

Dr. Peter Köppinger
ALPAP I Building, 3rd Floor
140, Leviste Street
Salcedo Village
Makati City, Metro Manila
Tel.: 0063/2-8943427
Fax: 0063/2-8936199
info@kas.ph

Republik Korea

Dr. Colin Dürkop
Dookyoung Bld. 301
Hannamdong 66-1
Yongsamku 140-210
Seoul
Tel.: 0082/2-7933979
Fax: 0082/2-7933979
colin.duerkop@kas.de

Singapur

Dr. Wilhelm Hofmeister
(Länderprogramm)
Paul Linnarz
(Medienprogramm)
Clauspeter Hill
(Rechtsstaatsprogramm)
34, Bukit Pasoh Rd.
Singapur 089848
Tel.: 0065/66036160
Fax: 0065/62278343
politics@kas-asia.org
media.singapore@kas.de
law@kas-asia.org

Thailand

Dr. Canan Atilgan
75/2 Sukhumvit Soi 61
Klongtan, Wattana
Bangkok 10 110
Tel.: 0066/02-7141207
Fax: 0066/02-7141307
canan.atilgan@kas.de

Usbekistan

Dr. Lars Peter Schmidt (komm.)
38, Sarbog ul.
100031 Taschkent
Tel.: 00998/71-3613021
Fax: 00998/71-3613024
kas-uzb@bcc.com.uz

Vietnam

Amos Helms
7, Trieu Viet Vuong
Hai Ba Trung Hanoi
Tel.: 0084/4-39432791
Fax: 0084/4-39432790
info.hanoi@kas.de

LATEINAMERIKA**Argentinien**

Dr. Bernd Löhmann
(Länderprogramm)
Suipacha 1175, Piso 3
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054/11-43262552
Fax: 0054/11-43269944
info.buenosaires@kas.de

Peter-Alberto Behrens
(Medienprogramm)
Suipacha 1175, Piso 2
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054/11-43932860
Fax: 0054/11-43933427
medios.buenosaires@kas.de

Bolivien

Susanne Käss
Av. Walter Guevara No. 8037
Calocoto
La Paz
Tel.: 00591/2-2786910
Fax: 00591/2-2786831
info@kasbolivia.org

Brasilien

Dr. Peter Fischer-Bollin
Olaf Jacob(SOPLA)
Praca Floriano 19, 30º andar,
20031-050 Centro
Rio de Janeiro RJ
Tel.: 0055/21-22205441
Fax: 0055/21-22205448
adenauer-brasil@kas.de

Anja Czymmeck
Av. Dom Luís, 176
Edifício Mercury – Mezanino,
Aldeota
60.160-230 –
Fortaleza – Ceará
Tel.: 0055/85-32619293
Fax: 0055/85-32612164
kas-fortaleza@kas.de

Chile

Winfried Jung
Enrique Nercaseaux 2381
Providencia
Santiago de Chile
Tel.: 0056/2-2342089
Fax: 0056/2-2342210
fkachile@fka.cl

Costa Rica

Kerstin von Bremen
Calle 32, Av. 0 y 1,
2^{do} Piso Edificio
La Carmelita
640-1000 San José
Tel.: 00506/2233-5874
Fax: 00506/2233-3279
info@kascostarica.org

Ekuador

Dr. Berthold Weig
Edificio Aseguradora del Sur,
Piso 7
Avenida República de
El Salvador 361 y Moscú
Casilla 17-17-1079
Quito
Tel.: 00593/2-2269763
Fax: 00593/2-2242438
Mobil: 00593/29448106
kasecu@kas.org.ec

Guatemala

Tjark M. Egenhoff
3ª Ave. „A“ 7-74, Zona 14
Col. El Campo
Ciudad de Guatemala
CP 01014
Tel.: 00502/23805100
Fax: 00502/23805115
Mobil: 00502/55266309
info.guatemala@kas.de

Kolumbien

Prof. Dr. Stefan Jost
Calle 79, No. 8-70
Bogota D.C.
Tel.: 0057/1-3214615
Fax: 0057/1-3214620
Mobil: 0057/3102593581
info.colombia@kas.de

Mexiko

Frank Priess
(Länderprogramm)
Christian Steiner
(Rechtsstaatsprogramm)
Río Guadiana No. 3
Col. Cuauhtémoc
06500 México, D.F.
Tel.: 0052/55-55664599
Fax: 0052/55-55664455
kasmex@kas.de

Nicaragua

Kerstin von Bremen
(zuständig)
Kohar Penalba
Apartado 3128
Km 14 Carretera Sur,
a mano izquierda,
300 metros
Managua
Tel.: 00505/2-657880
Fax: 00505/2-657896
kas@ibw.com.ni

Peru

Michael Lingenthal
Calle Arica 794
Lima 18 – Miraflores
Tel.: 0051/1-4458087
Fax: 0051/1-4459374
kasperu@kas.de

Uruguay

Gisela Elsner
Plaza de Cagancha 1356,
Of. 804
11.100 Montevideo
Tel.: 00598/2-9020943
Fax: 00598/2-9086781
uruguay.montevideo@kas.de

Venezuela

Dr. Georg Eickhoff
Av. Luis Roche
entre 6ª y 7ª Transversal
Quinta Las Lomas
1060 Altamira YV Caracas
Tel.: 0058/2-122634533
Fax: 0058/2-122652054
info.venezuela@kas.de

EUROPA UND USA**Albanien**

Dr. Willibold Frehner
Business Center
Rr. E Dibres
11th Floor
Tirana
Tel.: 00355/44-500479
willibold.frehner@kas.de

Belgien (Europabüro)

Dr. Peter R. Weilemann
Dr. Andrea Ostheimer
(Entwicklungspolitischer Dialog)
Avenue de l'Yser 11
1040 Brüssel
Tel.: 0032/2-7430743
Fax: 0032/2-7430749
sekretariat@eukas.be

Bosnien-Herzegowina

Sabina Wölkner
Prušćakova 23
BiH-71000 Sarajewo
Tel.: 00387/33-215240
Fax: 00387/33-215239
Mobil: 00387/61480309
sabina.woelkner@kasbih.com

Bulgarien

Dr. Andreas von Below
(Länderprogramm)
Matthias Barner
(Medienprogramm)
Boulevard „Janko Sakasov“ 19
4. Etage, App. 11
1504 Sofia
Tel.: 00359/2-9434388
Fax: 00359/2-9433459
kas.sofia@mb.bia-bg.com
media-program@kas.bg

Estland

Büro Tallinn
Sveta Pääru
Wismari 8-8
10136 Tallinn
Tel.: 00372/6-276700
Fax: 00372/6-276703
tallinn@adenauer.ee

Frankreich

Jörg Wolff
15 bis, rue de Marignan
75008 Paris
Tel.: 0033/1-56691500
Fax: 0033/1-56691501
joerg.wolff@kas.de

Großbritannien

Andreas Michael Klein (komm.)
London Office
63 D Eccleston Square
London SW1V 1PH
Tel.: 0044/20-78344119
Fax: 0044/20-78344134
Andreas.Klein@kas.de

Italien

Wilhelm Staudacher
Corso di Rinascimento 52
00186 Rom
Tel.: 0039/06-68809281
Fax: 0039/06-68806359
info.italien@kas.de

Kroatien

Reinhard Wessel
Frana Petrica 7
10000 Zagreb
Tel.: 00385/1-4882650
Fax: 00385/1-4882656
Mobil: 00385/98 453968
elma.kas@inet.hr

Lettland

(Regionalbüro Riga)
Andreas Michael Klein
Elizabetes iela 85a 1-1
1010 Riga
Tel.: 00371/67039325
Fax: 00371/67039327
riga@adenauer.lv

Litauen

Büro Wilna
Kristina Kviliunaite
Saviciaus g. 11-6/
Augustijonu g. 1-6
01127 Wilna
Tel.: 00370/52-691178
Fax: 00370/52-691179
vilnius@adenauer.lt

Mazedonien

Henri Giscard Bohnet
Ul. „Maksim Gorki“ 16, Kat 3
1000 Skopje
Tel.: 00389/2-3231122
Fax: 00389/2-3135290
Mobil: 00389/70279594
kas@kas.com.mk

Polen

Stephan Raabe
ul. J. Dabrowskiego 56
02-561 Warschau
Tel.: 0048/2-28453894
Fax: 0048/2-28485437
kas@kas.pl

Rumänien

Dr. Holger Dix
(Länderprogramm)
Dr. Stefanie Ricarda Roos
(Rechtsstaatsprogramm)
Str. Plantelor nr. 50, Sektor 2
023971 Bukarest
Tel.: 0040/21-3232127
Fax: 0040/21-3260407
office@kas.ro

Russische Föderation

Dr. Lars Peter Schmidt
1. Borodinskaja ul. 2a
Office Nr. 450
121059 Moskau
Tel.: 007/495-7486872
Fax: 007/495-7486873
Mobil: 007/9032626560
info@adenauer.ru

Elisabeth Bauer
Newskij Prospekt 1
191186 St. Petersburg
Tel. 007/812-3157236
Fax: 007/812-3157811
info@kas-spb.ru

Serbien

Claudia Crawford
Kralja Petra Str. 3
11000 Belgrad
Tel.: 00381/11-3285210
Fax: 00381/11-3285329
office@kas-bg.com

Slowakische Republik

Dr. Hubert Gehring (zuständig)
Agáta Pešková
Zelená 8
81101 Bratislava
Tel.: 00421/2-54419438
Fax: 00421/2-54419441
kasslovak@nexta.sk

Spanien

Thomas Stehling
Plaza de Castilla 3,
Piso 16/D2
28046 Madrid
Tel.: 0034/91-5796186
Fax: 0034/91-5718612
info@fka-madrid.org

Tschechische Republik

Dr. Hubert Gehring
Uruguayská 17
12000 Prag 2
Tel.: 00420/2-22320190
Fax: 00420/2-22320198
kasprag@kasprag.cz

Ukraine

Nico Lange
wul. Schowkowschtschna 10/4
01021 Kiew
Tel.: 00380/44-4927443
Fax: 00380/44-4927443
office@adenauer.kiev.ua

Ungarn

Hans-J. Kaiser
Batthyány u. 49
1015 Budapest
Tel.: 0036/1-4875010
Fax: 0036/1-4875011
hans.kaiser@adenauer.hu

USA

Dr. Norbert Wagner
Washington Research Office
2005 Massachusetts Avenue,
NW
Washington, DC 20036
Tel.: 001/202-4645840
Fax: 001/202-4645848
norbert.wagner@kasusa.org

Weißrussland

Stephan Malerius
Pilies g. 42-9
01123 Vilnius
Tel.: 00370/52-629475
Fax: 00370/52-122294
info@kas-belarus.lt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Begabtenförderung und Kultur, Dienstleistungszentrum (EDV, Finanzen, Personal und Allgemeine Verwaltung, Veranstaltungsorganisation)
 - Wissenschaftliche Dienste, Zentralabteilung
 - Kommunikation und Medien
- Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel.: 02241/246-0
Fax: 02241/246-2591

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Akademie
Tiergartenstraße 35
 - Internationale Zusammenarbeit
 - Online-Redaktion
 - Politik und Beratung
 - Pressestelle
- Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Tel.: 030/26996-0
Fax: 030/26996-3261

BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE

Politische Bildung Bildungszentrum Eichholz

Leitung: Dr. Melanie Piepenschneider
Urfelder Straße 221
50389 Wesseling
Tel.: 02236/707-0
Fax: 02236/707-4355
www.kas-eichholz.de

Bildungszentrum Wendgräben

Leitung: Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel.: 039245/952351
Fax: 039245/952366
www.kas-wendgraeben.de

Bildungswerk Berlin

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Tel.: 030/26996-0
Fax: 030/26996-3243
www.kas-berlin.de

Bildungswerk Bremen

Leitung: Dr. Ralf Altenhof
Martinstraße 25
28195 Bremen
Tel.: 0421/1630090
Fax: 0421/1630099
www.kas-bremen.de

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Kronenburgallee 1
44141 Dortmund
Tel.: 0231/10877770
Fax: 0231/10877777
www.kas-dortmund.de

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstraße 23
01097 Dresden
Tel.: 0351/5634460
Fax: 0351/56344610
www.kas-dresden.de

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Daniel Schranz
Benrather Straße 11
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/83680560
Fax: 0211/83680569
www.kas-duesseldorf.de

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Alexandra Mehnert
Thomas-Müntzer-Straße 21 a
99084 Erfurt
Tel.: 0361/654910
Fax: 0361/6549111
www.kas-erfurt.de

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstraße 34-36
79098 Freiburg
Tel.: 0761/15648070
Fax: 0761/15648079
www.kas-freiburg.de

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Carsten Dümmel
Warburgstraße 12
20354 Hamburg
Tel.: 040/21985080
Fax: 040/21985089
www.kas-hamburg.de

Bildungswerk Hannover

Leitung: Jörg Jäger
Leinstraße 8
30159 Hannover
Tel.: 0511/40080980
Fax: 0511/40080989
www.kas-hannover.de

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz van Lier
Weißlilienstraße 5
55116 Mainz
Tel.: 06131/2016930
Fax: 06131/2016939
www.kas-mainz.de

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Kurwickstraße 8-9
26122 Oldenburg
Tel.: 0441/20517990
Fax: 0441/20517999
www.kas-oldenburg.de

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Christian Schmitz
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Tel.: 0331/7488760
Fax: 0331/74887615
www.kas-potsdam.de

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11
66117 Saarbrücken
Tel.: 0681/9279880
Fax: 0681/9279889
www.kas-saarbruecken.de

Bildungswerk Schwerin

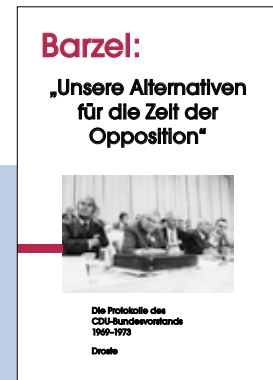
Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstraße 10
19053 Schwerin
Tel.: 0385/5557050
Fax: 0381/5557059
www.kas-schwerin.de

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke
Lange Straße 18 a
70174 Stuttgart
Tel.: 0711/8703093
Fax: 0711/87030955
www.kas-stuttgart.de

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstraße 38
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/1575980
Fax: 0611/15759819
www.kas-wiesbaden.de



NEUERSCHEINUNGEN

DREISSIG THESEN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT DIEJENIGEN, DIE DIE DDR IM NACHHINEIN VERKLÄREN ODER DIE WIEDERVEREINIGUNG ALS KETTE VON FEHLENTSCHEIDUNGEN DARSTELLEN, VERSCHAFFEN SICH ZUNEHMEND ÖFFENTLICH GEHÖR. MIT DIESEN UMDEUTUNGSVERSUCHEN SETZEN SICH IN DEM VON DAGMAR SCHIPANSKI UND BERNHARD VOGEL HERAUSGEGEBENEN TASCHENBUCH AKTEURE DER FRIEDLICHEN REVOLUTION UND WIEDERVEREINIGUNG, BÜRGERRECHTLER, POLITIKER UND WISSENSCHAFTLER AUSEINANDER.

VOLKSPARTEIEN: ERFOLGSMODELL FÜR DIE ZUKUNFT? KANN DIE LINKE IHRE ROLLE ALS GESAMTDEUTSCH AGIERENDE PARTEI KONSOLIDIEREN? WERDEN DIE „JUNIORPARTNER“ FDP UND GRÜNE IHRE STÄRKE BEHAUPTEN KÖNNEN? WIRD DAS WÄHLERPOTENTIAL DER SPD WEITER ERODIEREN? WELCHE BINDEKRÄFTE KANN DIE UNION MITTEL- BIS LANGFRISTIG ENTFALTEN? WIE SIEHT DAS INHALTLICHE UND STRATEGISCHE PROFIL DER BUNDESPARTEIEN AUS? PROMINENTE VERTRETER AUS WISSENSCHAFT UND PUBLIZISTIK SCHREIBEN ÜBER KONZEPTE, KONKURRENZEN UND KONSTELLATIONEN.

VOLKSKRANKHEITEN WELCHE VOLKSKRANKHEITEN GEWINNEN AN BEDEUTUNG? WELCHE RISIKEN KOMMEN AUF DIE MENSCHEN ZU? GIBT ES WIRKSAME DIAGNOSTISCHE UND THERAPEUTISCHE OPTIONEN, UM VOLKSKRANKHEITEN ZU BEKÄMPFEN? WAS KANN DIE BIO-MEDIZINISCHE FORSCHUNG LEISTEN? AUF WAS MÜSSEN SICH GESUNDHEITSWESEN UND GESUNDHEITSPOLITIK EINSTELLEN? FACHLEUTE AUS MEDIZIN, GESUNDHEITSPOLITIK, GESUNDHEITSWIRTSCHAFT, MEDIZINETHIK UND RECHT GEBEN ANTWORTEN AUF DIE VOLKSKRANKHEITEN ALS HERAUSFORDERUNGEN IN DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT.

BARZEL: „UNSERE ALTERNATIVEN FÜR DIE ZEIT DER OPPOSITION“. DIE PROTOKOLLE DES CDU-BUNDESVORSTANDS VON 1969 BIS 1973 DIE BUNDESTAGSWAHL 1969 BEDEUTETE FÜR DIE UNION DAS ENDE IHRER REGIERUNGSVERANTWORTUNG. AUCH IN DER OPPOSITION HIELT SIE IN DER AUSEINANDERSETZUNG UM DIE DEUTSCHLAND- UND OSTPOLITIK DER REGIERUNG BRANDT/SCHEEL AM ZIEL DER STAATLICHEN EINHEIT ALLER DEUTSCHEN FEST. DIES DIENTE SCHLIESSLICH ALS HEBEL ZUM STURZ DER REGIERUNG. DIESER BAND IST NICHT NUR EINE HERAUSRAGENDE QUELLE FÜR DIE PARTEIINTERNEN AUSEINANDERSETZUNGEN UND DIE ORGANISATORISCHE UND PROGRAMMATISCHE ENTWICKLUNG DER CDU, SONDERN AUCH EINE SPANNENDE LEKTÜRE ÜBER DIE ERSTEN JAHRE DER SOZIALLIBERALEN REGIERUNG.

NEUERSCHEINUNGEN (AUSWAHL)

BÜCHER IM HERDER-VERLAG

Freiburg 2009/10

Günter Buchstab (Hrsg.):
Die kulturelle Eigenart Europas
ISBN 978-3-451-30287-9

Günter Buchstab, Rudolf Uertz
(Hrsg.):
Geschichtsbilder in Europa
ISBN 978-3-451-30198-8

Volker Kronenberg,
Tilman Mayer (Hrsg.):
*Volksparteien: Erfolgsmodell
für die Zukunft? Konzepte,
Konkurrenzen und Konstel-
lationen*
ISBN 978-3-451-30286-2

Hanns Jürgen Küsters:
*Das Ringen um die deutsche
Einheit. Die Regierung Helmut
Kohl im Brennpunkt der
Entscheidungen 1989/90*
ISBN 978-3-451-30253-4

Dagmar Schipanski,
Bernhard Vogel (Hrsg.):
*Dreißig Thesen zur deutschen
Einheit*
ISBN 978-3-451-30342-5

Bernhard Vogel,
Volker Schumpelick (Hrsg.):
*Volkkrankheiten – gesund-
heitliche Herausforderungen
in der Wohlstandsgesellschaft*
ISBN 978-3-451-30285-5

FORSCHUNGEN UND QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Droste Verlag 2009, Düsseldorf

Günter Buchstab mit Denise
Lindsay (Hrsg.):
Rainer Barzel: *Unsere Alternati-
ven für die Zeit der Opposition:
Die Protokolle des CDU-
Bundesvorstands 1969–1973.*
Band 56
ISBN 978-3-7700-1907-6

Niels Hansen:
Franz Böhm mit Ricarda Huch.
Zwei wahre Patrioten. Band 57
ISBN 978-3-7700-1908-3

Guido Hitzte:
*Verlorene Jahre? Die nordrhein-
westfälische CDU in der
Opposition 1975–1995.*
Band 45 (3 Bände)
ISBN 978-3-7700-1893-2

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

Ralf Heimbach:
*Innovative Ansätze im
Krankensektor.
Best Practice-Beispiele*
(Heft 102)
ISBN 978-3-941904-34-7

Gesprächskreis „Innovationen
im Gesundheitswesen“:
*Soziale Gesundheitswirtschaft.
Ordnungsrahmen für ein
zukunftsfähiges Gesundheits-
system* (Heft 101)
ISBN 978-3-941904-15-6
auch auf Englisch erhältlich:
ISBN 978-3-941904-25-5

Ralf Güldenpof:
*Obama und das Internet.
Tipps für den modernen
Internetwahlkampf*
(Heft 100)
ISBN 978-3-940955-75-3

Arbeitskreis Junge
Außenpolitiker:
*„Impulse 2020“.
Akzente zukünftiger deutscher
Außenpolitik* (Heft 99)
ISBN 978-3-940955-74-6

Viola Neu:
*Rechts- und Linksextremismus
in Deutschland. Wahlverhalten
und Einstellungen* (Heft 98)
ISBN 978-3-940955-61-9

Manfred Wilke, Udo Baron:
*„Die Linke“. Politische
Konzeptionen der Partei*
(Heft 97)
ISBN 978-9-940955-60-6

Manfred Wilke, Udo Baron:
*„Die Linke“. Bündnis- und
Koalitionspolitik der Partei*
(Heft 96)
ISBN 978-3-940955-59-3

Karl-Josef Laumann, Ursula
Lehr, Heinz Mechling et al.:
Prävention bis ins hohe Alter
(Heft 95)
ISBN 978-3-940955-57-9

Udo Baron, Manfred Wilke:
*„Die Linke“. Entstehung –
Entwicklung – Geschichte*
(Heft 94)
ISBN 978-3-940955-37-1

MATERIALIEN FÜR DIE ARBEIT VOR ORT

Elisabeth Hoffmann:
*Kommunale Familienpolitik.
Argumente, Methoden, Praxis-
beispiele (2., überarbeitete
und erweiterte Auflage)*
(Heft 39)
ISBN 978-3-940955-86-9

IM PLENUM

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin 2009

Ralf Thomas Baus (Hrsg.):
*Zur Zukunft der Volksparteien.
Das Parteiensystem unter den
Bedingungen zunehmender
Fragmentierung*
ISBN 978-3-940955-42-5

Joachim Daduna, Stefan Haid,
Mario Walther, Markus Zeitzen
(Hrsg.):
*Public Private Partnership.
Erfahrungen, Erfolge und
Perspektiven*
ISBN 978-3-940955-71-5

Hermann Gröhe, Günter
Kriings, Michael Borchard,
Ralf Thomas Baus (Hrsg.):
*Föderalismusreform in
Deutschland.
Wege zur Stärkung des
Parlamentarismus?*
ISBN 978-3-940955-67-8

Thomas Kunze (Hrsg.):
*Europa heißt Freiheit.
Über die Verantwortung von
Demokraten*
ISBN 978-3-940955-91-3

Barthel Schölgens (Hrsg.):
*25 Jahre Urknall: Absichten –
Bilanz – Aussichten.
Eine medienpolitische
Betrachtung*
ISBN 978-3-941904-27-9

Franz Schoser (Hrsg.):
*Metropole Berlin. Stadtplanung
und Stadtarchitektur vor
den Herausforderungen von
Demographie und Migration*
ISBN 978-3-941904-14-9

Taavi Veskimägi, Norbert
Röttgen, Rolf J. Langhammer,
Wolfgang Huber:
*In der Krise liegt die Chance.
Die Soziale Marktwirtschaft als
(inter)nationales (Ordnungs-)
Modell?*
ISBN 978-3-940955-81-4

Bernhard Vogel (Hrsg.):
*Standort: Neue Länder. Politik
– Innovationen – Finanzen*
ISBN 978-3-940955-99-9

Bernhard Vogel (Hrsg.):
*Preis Soziale Marktwirtschaft
2008: Peter Wichtel: Für eine
Mitbestimmung mit Augenmaß*
ISBN 978-3-940955-95-1

Gerhard Wahlers, Helmut
Reifeld (Hrsg.):
*Jenseits der Millenniumsziele.
Werteorientierung für die
künftige Entwicklungspolitik*
ISBN 978-3-940955-80-7

IM PLENUM KOMPAKT

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin 2009/10

*Mehr als Öl und Gas.
Die Golfregion als außenpoli-
tische Herausforderung*
ISBN 978-3-940955-58-6

Elite Macht Afrika
ISBN 978-3-940955-44-9

*EU – China – Afrika:
Möglichkeiten einer trilateralen
Partnerschaft*
ISBN 978-3-940955-50-0

*Richtungswechsel im Weißen
Haus? Ansätze für die transat-
lantische Zusammenarbeit*
ISBN 978-3-940955-72-2

*Entwicklungspolitik weiter
denken*
ISBN 978-3-940955-93-7

*Global Governance im Zeichen
der Finanzmarktkrise*
ISBN 978-3-940955-83-8

*Herausforderung Afghanistan.
Vernetzte Sicherheit am
Hindukusch*
ISBN 978-3-941904-09-5

*Vernetzte Sicherheit und
Entwicklung*
ISBN 978-3-941904-10-1

*Zehn Jahre vernetzte
Sicherheit im Kosovo*
ISBN 978-3-941904-31-6

POSITIONEN

Sankt Augustin/Berlin 2009

Hans-Gert Pöttering:
*Einigkeit in Freiheit.
60 Jahre Bundesrepublik
Deutschland – 20 Jahre Mauer-
fall in Berlin. Deutschlands
Verantwortung für Europa*
(Heft Nr. 15)
ISBN 978-3-941904-01-9

Angela Merkel:
Staaten in der Globalisierung
(Heft Nr. 14)
ISBN 378-3-940955-90-6

Peter R. Weilemann (Ed.):
*Integration of Adolescents
with a Migration Background
into European Society.
Mit Beiträgen von S.E. Agostino
Marchetto und Ján Figel’*
(Heft Nr. 13)
ISBN 978-3-940955-63-0

Norbert Lammert:
Christ und Politik
(Heft Nr. 12)
ISBN 978-3-940955-51-7

WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin 2009

Uwe Backes, Ralf Thomas
Baus, Herfried Münkler:
Der Antifaschismus als
Staatsdoktrin der DDR
ISBN 978-3-940955-36-4

Joachim Gauck:
Die Flucht der Insassen.
Freiheit als Risiko
ISBN 978-3-940955-20-0

Ehrhart Neubert:
Friedliche Revolution.
Vom Herbst 1989 bis zur
Deutschen Einheit
ISBN 978-3-940955-82-1

Ehrhart Neubert, Florian
Havemann, Karl-Siegbert
Rehberg: Wie schmeckte
die DDR? Band 3: Identität
und Leben in der Diktatur
ISBN 978-3-941904-21-7

Beate Neuss, Stanislaw Tillich,
Richard Schröder:
Wie schmeckte die DDR?
Band 1: Wege zu einer Kultur
des Erinnerns
ISBN 978-3-940955-64-7

Wolfgang Schuller, Klaus
Schroeder:
Wie schmeckte die DDR?
Band 2: Mythen und Unwissen
ISBN 978-3-941904-12-5

Heiner Timmermann:
Adenauers Westbindung und
die Anfänge der europäischen
Einigung
ISBN 978-3-940955-87-6

ZEITSCHRIFTEN

Historisch-Politische Mitteilun-
gen. Archiv für Christlich-
Demokratische Politik.
Im Auftrag der KAS herausge-
geben von Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und
Hanns Jürgen Küsters.
16. Jahrgang, Böhlau Verlag,
Köln 2009, ISSN: 0943-691X,
erscheint jährlich

KAS-Auslandsinformationen.
Im Auftrag der Konrad-
Adenauer-Stiftung herausge-
geben von Gerhard Wahlers.
ISSN: 0177-7521, erscheint
monatlich

Die Politische Meinung.
Für die Konrad-Adenauer-
Stiftung herausgegeben
von Bernhard Vogel.
ISSN: 0032-3446, erscheint
monatlich

VERLAGS- PUBLIKATIONEN 2009

Ralf Thomas Baus, Henrik
Scheller, Rudolf Hrbek (Hrsg.):
Der deutsche Föderalismus
2020 – Die bundesstaatliche
Kompetenz und Finanzvertei-
lung im Spiegel der Föderalis-
musreform I und II (in Koope-
ration mit der Bertelsmann-
Stiftung und dem Europäischen
Zentrum für Föderalismus-
forschung)
Nomos-Verlag, Baden-Baden
ISBN 978-3-8329-4714-9

Martin Dabrowski, Judith Wolf,
Karlies Abmeier (Hrsg.):
Globalisierung und globale
Gerechtigkeit
Verlag Ferdinand Schöningh,
Paderborn
ISBN 978-3-506-76846-9

Niklas Potrafke:
Konvergenz in der deutschen
Finanz- und Sozialpolitik?
Gesellschaftspolitische
Schriftenreihe der Begabten-
förderung der KAS
LIT Verlag Berlin u.a.
ISBN 978-3-643-10247-8

KAS-EINZELTITEL

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin 2009

Norbert Arnold, Viola Bronsema,
Pablo Serrano:
Biotechnologie in Deutschland.
Argumente für die Stärkung
des innovativen Mittelstandes
ISBN 978-3-940955-78-4

Michael Borchard (Hrsg.):
Staaten in der Globalisierung.
Tagungsband der 4. Berliner
Rechtspolitischen Konferenz
ISBN 978-3-941904-04-0

Karsten Dümmel, Melanie
Piepenschneider:
Was war die Stasi? – Einblicke
in das Ministerium für Staats-
sicherheit der DDR (MFS)
(dritte, erweiterte Auflage)
ISBN 978-3-940955-98-2

Hans-Joachim Eckstein,
Manfred Oeming:
Was ist gerecht? – Biblische Im-
pulse zur politischen Diskussion
ISBN 978-3-941904-16-3

Dieter Golombek (Hrsg.):
Deutscher Lokaljournalisten-
preis 2008, Rezepte für die
Redaktion. Ergänzungsband 4
ISBN 3-901227-30-X

Christine Henry-Huthmacher,
Elisabeth Hoffmann (Hrsg.):
Wie erreichen wir Eltern?
Aus der Praxis für die Praxis
ISBN 978-3-941904-17-0

Wolfgang Hilberer, Tobias
Wangemann (Hrsg.):
Reader Bürgergesellschaft
2008. Themen zum bürger-
lichen Engagement
ISBN 978-3-940955-29-6

Wolfram Hilz, Volker Kronen-
berg, Melanie Piepenschneider,
Martin Reuber (Hrsg.):
Auf dem Weg zu mehr
Demokratie und Bürgernähe.
Europas Zukunft nach dem
Lissabonner Vertrag
ISBN 978-3-940955-56-2

Elisabeth Hoffmann:
Kinder, Kinder... Was sich
in den Kommunen tut.
Best-Practice-Modelle für
die Stärkung von Eltern
und Kindern

Caroline Hornstein Tomić:
Interethnische Beziehungen
in Südosteuropa.
Ein Bericht zur Lage in Bosnien-
Herzegowina, Kosovo, Kroatien,
Mazedonien, Montenegro und
Serbien
ISBN 978-3-940955-69-2

Rudolf van Hüllen:
Die Linke stellen – Hand-
reichungen zur politischen
Auseinandersetzung
ISBN 978-3-940955-70-8

Growth and Responsibility.
The Positioning of Emerging
Powers in the Global
Governance System
ISBN 978-3-940955-45-6

Demokratie- und Rechtsstaats-
förderung in der Entwicklung-
zusammenarbeit. Einschätzun-
gen aus den Empfängerländern
in Afrika, Asien, Lateinamerika
und Südosteuropa
ISBN 978-3-940955-49-4

Lehren aus der Finanzmarkt-
krise. Ein Comeback für die So-
ziale Marktwirtschaft – Band II
ISBN 978-3-940955-79-1

Im Dialog mit Juden weltweit
ISBN 978-3-940955-76-0

Die christlich-demokratische
Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
ISBN 978-3-940955-96-8

Zeit zur Neu-Verpflichtung.
Christlich-jüdischer Dialog
70 Jahre nach Kriegsbeginn
und Shoah/A Time for Recom-
mitment. Jewish Christian
Dialogue 70 Years after War
and Shoah
ISBN 978-3-940955-94-4

Leitlinien für Wohlstand, soziale
Gerechtigkeit und nachhaltiges
Wirtschaften

Weltweit für den Rechtsstaat.
Das Rechtsstaatsprogramm
der Konrad-Adenauer-Stiftung
ISBN 978-3-940955-21-0
(auch auf Spanisch erhältlich)

KAS-Demokratiereport 2009:
Democracy and Parties
ISBN 978-3-941904-07-1

Michael Knipper, Yasar Bilgin:
Migration und Gesundheit
ISBN 978-3-940955-55-5

Viola Neu:
Demokratieverständnis in
Deutschland. Auswertung
einer repräsentativen Umfrage
ISBN 978-3-940955-77-7

Melanie Piepenschneider,
Burkard Steppacher (Hrsg.):
Was Europa ausmacht –
Namen, Daten und Fakten
zur Europäischen Union
(2., überarbeitete Auflage)
ISBN 978-3-940955-84-4

Günther Rüter (Hrsg.):
Literaturpreis 2004 – Herta
Müller. 2. erweiterte Auflage
anlässlich der Verleihung des
Nobelpreises für Literatur 2009
ISBN 978-3-941904-23-1

Michael Thielen (Hrsg.):
Plädoyer für eine menschliche
Wirtschaftsordnung – Das
Engagement der Konrad-
Adenauer-Stiftung für die
Soziale Marktwirtschaft
ISBN 978-3-941904-00-2

Bernhard Vogel, Melanie
Piepenschneider, Klaus Jochen
Arnold (Hrsg.):
Orte der Freiheit und Demo-
kratie in Deutschland
ISBN 978-3-941904-03-3

Gerhard Wahlers (Hrsg.):
Das Gemeinwohl in einer
globalisierten Welt
ISBN 978-3-940955-11-1

ANALYSEN UND ARGUMENTE

Download auf www.kas.de

INFORMATIONSDIENSTE

Internet-Newsletter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Anmeldung über www.kas.de
oder publikationen@kas.de

KAS International
Download auf www.kas.de

Newsletter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Download auf www.kas.de

Stand: 31. Dezember 2009



AUSLANDSINFORMATIONEN

Die Zeitschrift für internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt Außen- und Entwicklungspolitik erscheint monatlich. Zu den Autoren zählen Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftler, Politiker und andere Fachleute aus den Ländern, in denen die KAS tätig ist. Die Beiträge richten sich an Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft, Bibliotheken von Forschungsinstituten und Universitäten sowie die interessierte Fachöffentlichkeit im In- und Ausland. Die KAS-Auslandsinformationen haben eine Auflage von 4.000 Exemplaren. Die Beiträge werden jeweils auf Englisch zusammengefasst und können unter www.kas.de abgerufen werden. 2009 berichtete die Zeitschrift in Schwerpunkten über die Politik Barack Obamas, die Situation in Afghanistan und den Friedensprozess im Nahen Osten. Themen für 2010 sind die Auswirkungen der Weltklimakonferenz in Kopenhagen und Fragen digitaler politischer Kommunikation.

www.kas.de/auslandsinformationen



DIE POLITISCHE MEINUNG

Die Monatszeitschrift mit einer Auflage von 5.700 Exemplaren ist seit 1956 eines der führenden politischen Meinungsforen im Kontext christlich-demokratischer und am christlichen Menschenbild orientierter Werte. Die Politische Meinung umfasst ein weites Themenspektrum von Außen- und Sicherheitspolitik, Innenpolitik und Gesellschaft, Parteien- und Wahlanalysen bis hin zu literaturkritischen, naturwissenschaftlichen, historischen, philosophischen, theologischen und kunsthistorischen Beiträgen. Ihnen ist das Streben nach gründlicher Analyse sowie nach Orientierung und pointierter, auch kontroverser, Stellungnahme jenseits des flüchtigen Zeitgeistes gemeinsam. Seit 2000 erscheint jede Ausgabe zu einem Schwerpunktthema. Das Jahr 2010 eröffnet die Zeitschrift mit Analysen zur Außenpolitik im multipolaren Spannungsfeld (Januar), Europa nach Lissabon (Februar), Internet und politische Kommunikation (März).

www.politische-meinung.de

FREUNDESKREIS

ZEHN JAHRE FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Am 4. November 2009 beging der Freundeskreis seinen ersten runden Geburtstag und feierte dies mit 250 Förderern rund drei Wochen später in Bonn. Ein Höhepunkt war dabei die siebte Europarede der KAS auf dem Petersberg in Königswinter mit dem polnischen Parlamentspräsidenten Bronislaw Komorowski. Im neuen Kameha Grand Hotel in Bonn fand ein festliches Abendessen statt, bei dem Lothar Kraft, ehemaliger stellvertretender KAS-Generalsekretär, die Festrede hielt. Zum Jubiläumsprogramm gehörte auch ein fünftägiges Seminar im Bildungszentrum Schloss Eichholz bei Wesseling zum Thema „Sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland, Zwanzig Jahre Mauerfall“ sowie Besichtigungen in Rhöndorf und Bonn.

Auch die übrigen Aktivitäten im Jubiläumsjahr konnten sich sehen lassen: Im Mai fand eine Reise nach Rom inklusive Besuch der KAS-Repräsentanz statt. „Die USA und die transatlantischen Beziehungen“ hieß ein Seminar im Schloss Wendgräben, das Fahrten nach Berlin, in die Lutherstadt Wittenberg, zum Schloss Wörlitz und zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich einschloss. Das „Windjammer“-Seminar zur Kieler Woche war für die Teilnehmer ein großartiges Erlebnis. Die Studienreise nach Moskau und zu den Städten des Goldenen Rings unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Josef Duchac bot prominente Gesprächspartner aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kirche.

Im Freundeskreis haben sich Menschen zusammengeschlossen, die der Konrad-Adenauer-Stiftung nahe stehen und sie unterstützen, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiterentwickeln und zu stärken. Dieses Netzwerk trägt dazu bei, die Arbeit der Stiftung auf dem heutigen hohen Niveau auch in Zukunft weiterzuführen. Wir freuen uns sehr, wenn sich immer mehr Menschen dem Freundeskreis anschließen. Die Förderer stehen in regelmäßiger Kommunikation mit der Stiftung und erhalten aktuelle Informationen über Schwerpunkte der Arbeit, über wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen und natürlich über das Reise- und Seminarangebot des Freundeskreises. Sie zahlen einen Mindestbeitrag von sechzig Euro im Jahr oder einen selbst gewählten höheren Beitrag. Eine Beitrittserklärung finden Sie auf der nächsten Seite oder im Internet unter www.kas.de/Freundeskreis.



„SO LEISTET DIE STIFTUNG SEIT NUN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT EINEN UNVERZICHTBAREN BEITRAG FÜR FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT.“

BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER



„WIR BRAUCHEN DIE POLITISCHEN STIFTUNGEN UND WIR BRAUCHEN DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN GANZ BESONDERER WEISE.“

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL



FREUNDKREIS

FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

FAX-NUMMER: 0 22 41 / 2 46-25 39

**JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄSSIG UNTERSTÜTZEN.**

Der Mindestbeitrag pro Jahr beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag _____ 500,00 € 250,00 € 180,00 € 120,00 € 60,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag jährlich halbjährlich

Firma

Telefon

Telefax

Titel, Name, Ansprechpartner

Vorname

E-Mail

Straße, Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen

Förderbeitrag ab dem _____ zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Die Zahlung erfolgt:

über mein Bankkonto

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

über meine Kreditkarte
(nur für Förderer im Ausland)

American Express

Eurocard/Mastercard

Visa

Karten-Nr.

Karteninhaber

Karte gültig bis

Ort, Datum

Unterschrift

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin,
petra.kulcsar@kas.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Kommunikation und Medien

Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46-0
Telefax: 0 22 41/2 46-25 91

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 0 30/2 69 96-0
Telefax: 0 30/2 69 96-32 61
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion

Walter Bajohr, Elisabeth Enders

Redaktionsassistentz

Cornelia Wurm, Harald Wendlberger

Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation gmbh | produktionsservice
für analoge und digitale medien, Bonn

Druck

druckpartner
Druck- und Medienhaus GmbH, Essen

SPENDEN SIE ÜBERS INTERNET!

Auf unserer Webseite unter www.kas.de können Sie Ihre Spende durch Bank- einzug oder durch Überweisung auf unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Nr. 304042, BLZ 300 308 80, der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute kommen lassen. Sie erhalten dann kurz nach Spendengutschrift von uns eine Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanzamt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen Förderung der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EstDV Anlage 1 Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr. 7, Nr. 10 und Nr. 12 durch Bescheid des Finanzamtes Sankt Augustin vom 04.02.2009 für das Jahr 2007 unter St.-Nr. 222/5751/0471 als gemeinnützig anerkannt worden und ist von der Körperschaftsteuer befreit.

www.kas.de

Bildnachweis

dpa: Titel (oben) 10 (re. oben), 16 (re. oben), 18 (re. oben), 23, 24, 25, 28, 30 (unten), 31, 33 (unten), 35, 36, 37, 39 (unten), 41 (unten), 47, 48, 49, 52, 55 (oben), 56 (unten), 57, 62 (unten), 63, 64, 70 (oben), 87
fotolia: Titel (Mitte und unten), 27, 30 (oben), 39 (oben), 40, 45, 46, 50, 51, 54, 55 (unten), 56 (oben), 61, 62 (oben), 65, 67, 70 (unten), 75 (oben), 80 (unten), 82 (oben)
Christian Echle: 16 (re. unten), 18 (li. unten), 75 (unten), 90, 96 (unten)
Angelika Fischer: 29
Hartmut Grewe: 82 (unten)
Henning Lüders: 14 (re.), 17 (li.), 76, 96 (oben), 97
Nicole Maskus: 9
Harald Odehnal: 10 (li. unten und re. unten), 18 (li. oben, re. unten), 66, 92, 93, 117
Maik Schuck: 7 (li.), 68, 69
Bernhard Stempfle: (16 li. unten)
Marco Urban: 4, 7 (re.), 8 (re.), 11, 12 (li.), 13 (unten), 14 (li.), 15, 38, 72, 85 (oben), 88 (unten)
Andreas Varnhorn: 8 (li.)
Julia Weber: 41 (oben), 42, 79
Ingmar Zielke: 84

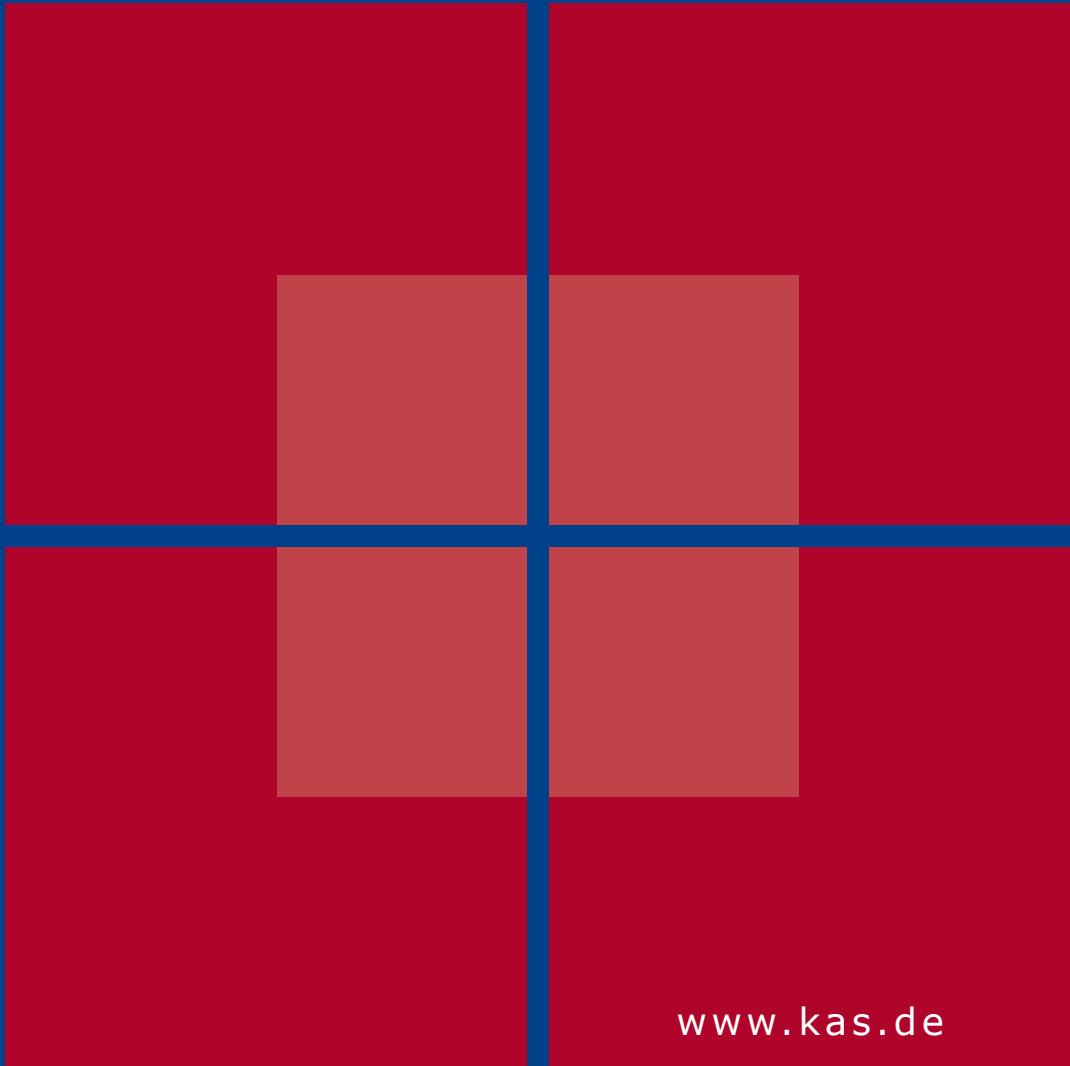
alle anderen: Konrad-Adenauer-Stiftung

Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle Rechteinhaber ermittelt werden. Sofern Sie eine Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein angemessenes Honorar.

© 2010 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Print  kompensiert
Ident-Nr. 104165

 **Mix**
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. IMO-COC-027827
© 1996 Forest Stewardship Council



www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung